D 20930 E

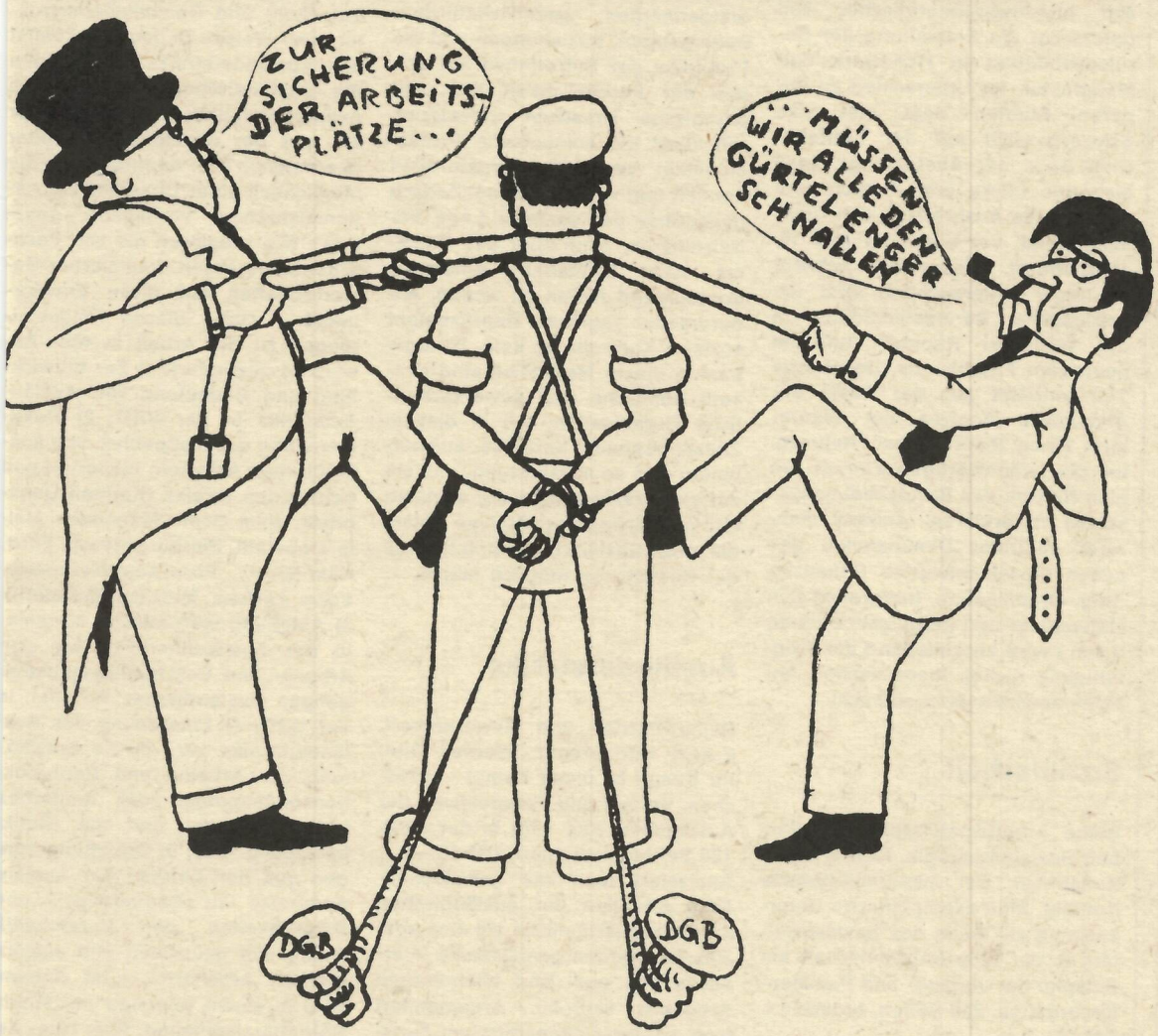
links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/M Nr. 70
Oktober '75 DM 1,50

Elmar Altvater / Christel Neusüss

Wirtschaftskrise, Konjunkturprogramm und Entwicklung der Klassengegensätze



Die gegenwärtige Krise macht deutlich, daß sich die Widersprüche der kapitalistischen Produktion auf dem Weltmarkt und in Westdeutschland im Vergleich zur Krise von 1966/67 weiterentwickelt, verschärft haben. Während 1967 die westdeutsche Wirtschaft bei expandierendem Weltmarkt stagnierte, befinden sich heute alle wichtigen Weltmarktländer in der schwersten Krise seit 1929. Der kapitalistische „Fortschritt" zeigt sich in einer sinkenden Profitabilität des Kapitals, die unmittelbar Folge der technologischen Veränderungen zur Steigerung der Produktivkraft der Arbeit ist; Arbeitskräfte werden in zunehmendem Maße überflüssig und dann, wenn die Gewinnträchtigkeit der Investitionen abnimmt und diese daher eingeschränkt werden, nicht mehr im Produktionsprozeß verwendbar; sie werden arbeitslos. So hat der „Fortschritt" unter kapitalistischen Verhältnissen Arbeitslosigkeit zur Folge. Im Unterschied zu 1967 ist gegenwärtig aber noch nicht einmal damit zu rechnen, daß die Arbeitslosen bei einem erneuten Aufschwung der Wirtschaft für die Produktion aktiviert werden.
Diese ökonomische Situation bringt auch das gewerkschaftliche Selbst-

FORTSETZUNG SEITE 11

In dieser Ausgabe:

Kommentare
Günter Pabst: Gollancz-Stiftung 3
Heinrich Meier: Stammheim 4
Hans Bäuerle: Ordnungsfaktor GEW 5
Manfred Goldbeck: ESG Hamburg 5
Rosa Cravos: Portugal 6
Gerhard Armanski: Zur Kommunalkrise in New York 8
Indien 9
Johann Eggert: Weizen für die UdSSR 10

Nachruf
A. Klönne/K. Vack: Zum Tode von Georg Jungclas 7

Ökonomie
Elmar Altvater/ Christel Neusüss: Wirtschaftskrise 1/11

Strategie
H. E. Brand: Kritik an E. Wedekind 15

International
Jens Huhn: Spanien 18

Aktion
Portugal-Kampagne 21

Dokument
Alfred Moos: Brief an Willy Brandt 22

Modelle
Kippe-Konflikt 24
Jugendclubs 27
Agitationstheater 27
Lehrlingsrolle 28

links

Sozialistische Zeitung

Die sozialistische Bewegung wird heute und hier nur dann reale gesellschaftliche Bedeutung gewinnen, wenn sie

- aus dem Dilemma unbrauchbarer traditionell-bürokratischer Organisationsvorstellungen hier, ebenso unbrauchbarer „reiner" und teils blinder Spontaneität dort, herausfindet;
- die chinesische Mauer zwischen isolierten Tageskämpfen einerseits, weitgespannten sozialistischen Zukunftsvorstellungen andererseits, durchbricht;
- Handlungsmöglichkeiten entwirft, die in hochentwickelten Gesellschaften unter Umständen jene Funktion übernehmen können, die unter anderen historischen und gesellschaftlichen Bedingungen „direkte" Gewalt und „einmalige" Revolutionsakte ausübten oder noch ausüben;
- eine neue, nicht autoritäre Antwort auf die Frage nach der internationalen Kooperation der Linken findet.

Die Entwicklung einer sozialistischen Bewegung kann nur Prozeßcharakter haben. Sowenig eine geschlossene, vereinheitlichte Organisation den gegenwärtigen Bedürfnissen der sozialistischen Gruppierungen entsprechen würde, so sehr besteht doch andererseits objektiv und subjektiv das Bedürfnis nach einer beständigen Kommunikation unter Sozialisten, dies auch als Voraussetzung für die Entwicklung weiterer Gruppen, neuer Aktionsformen. Hier sieht das „Sozialistische Büro", das „links" herausgibt, seine Funktion. Ein Instrument der besseren Kommunikation will „links" sein — ohne Monopolansprüche. „links" wird nicht jenen linken Journalismus pflegen, der dem Konsum revolutionär anmutender Euphorien dient. Unsere Zeitung sieht ihre Funktion dort, wo über Theorie der Praxis und Praxis der Theorie informiert und diskutiert wird, illusionslos, undogmatisch, verständlich für jeden, der linke Politik machen will.

●

Neben „links" gibt das Sozialistische Büro die Monatszeitung „express" heraus, eine Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. Außerdem hat das Sozialistische Büro periodisch erscheinende Informationsdienste für sozialistische Berufspraxis aufgebaut, so den Info für sozialistische Lehrer sowie die Infos Sozialarbeit und Arbeiterbildung. Ergänzend fördert das Sozialistische Büro mit verschiedenen Broschürenreihen und seinem Bücher- & Papervertrieb die Herstellung und Verbreitung ausgewählter Schriften für die theoretische Arbeit, für Schulung, für die Praxis in strategisch wichtigen Feldern, über lokale und projektbezogene Aktivitäten etc. Um das Sozialistische Büro und seine Projekte tragen zu können, haben wir den „Fördererkreis Sozialistisches Büro" gegründet. Die Förderer bestimmen die Höhe ihres Beitrags selbst (mindestens jedoch monatlich DM 5,—) und erhalten dafür regelmäßig die Zeitung „links" kostenlos zugesandt.

Sozialistisches Büro
605 Offenbach 4, Postf. 591
PSK: Frankfurt 2956 80-605

Neuerscheinungen im Verlag 2000

Berufsausbildung

Reihe Betrieb und Gewerkschaft, Dirk Axmacher: Kritik der Berufsausbildung, 120 Seiten, broschiert, DM 7,—.

Der Versuch, die Politik des Kapitals im Bereich der Berufsausbildung auf der Basis marxistischer Kategorien zu erklären und empirisch zu beschreiben, stößt auf erhebliche Widerstände, wenn man entweder hinter der Politik des Staates kurzerhand die des Kapitals durchblicken sieht, oder die Widersprüchlichkeit staatlicher Berufsausbildungspolitik auf den Nenner gegensätzlich interessierter Kapitalfraktionen bringt. Beide Kurzschlüsse sollen in dieser Arbeit vermieden werden: Es handelt sich im engeren Sinne um eine politisch-ökonomische Analyse, die das Interesse des Staates an einem in sich funktionsfähigen Gesamtbildungssystem zum Ausgangspunkt der Überlegungen macht. Die Schrift gliedert sich in zwei Teile: Ein erster historisch-theoretischer Teil untersucht die Entstehung der Berufsausbildung in Handwerk und Manufaktur. Im Unterschied zu anderen Studien liegt hier das Schwergewicht auf der betrieblichen Seite der Ausbildung; diese bisherige Lücke erklärt auch eine umfängliche Ausbreitung von Quellenmaterial, vor allem für das 19. Jahrhundert. Dieser Teil schließt mit einer Untersuchung über die betriebliche Berufsausbildung in der Weimarer Republik und im deutschen Faschismus. Der zweite Teil entfaltet auf der Basis der Marxschen Analyse der Warenform einen theoretischen Rahmen, um die gegenwärtigen Kämpfe um eine Reform des Berufsbildungsgesetzes zu erklären. Anhand mehrerer zentraler Dimensionen des neuen Gesetzentwurfes (Finanzierung, Organisation, Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung u.a.m.) wird abschließend die Tragfähigkeit dieses theoretischen Ansates nachzuweisen versucht.

Sozialarbeit

Reihe Arbeitsmaterialien Sozialarbeit/Sozialpädagogik, Heft 4, Timm Kunstreich: Der institutionalisierte Konflikt, Eine exemplarische Untersuchung zur Rolle des Sozialarbeiters in der Klassengesellschaft am Beispiel der Jugend- und Familienfürsorge, ca. 200 Seiten, broschiert, DM 10,—.

Analytischer Ausgangspunkt für eine materialistische Untersuchung der Beziehung zwischen Sozialarbeitern und Betroffenen ist ihre unterschiedliche Stellung im Produktions- und Reproduktionsprozeß. Ergebnis: Die Schwierigkeiten der Betroffenen resultieren aus deren Klassenlage als nicht oder wenig qualifizierte Lohnarbeiter, und die Jugend- und Familienfürsorge definiert mit den ihr zur Verfügung stehenden Maßnahmen diese notwendig als solche der — individuellen — Reproduktion. Die objektiven gesellschaftlichen Verhältnisse spiegeln sich in den Handlungsbedingungen der Institutionen wider, wobei diese, wie die Lage der Betroffenen und die Erwartungen der Sozialarbeiter an sich selbst, von den Sozialarbeitern subjektiv integriert und angeeignet werden müssen. Diese Aneignung findet ihren Niederschlag in der Beschreibung der Betroffenen in der Akte. Resultat dieser Integration ist die Zuschreibung individueller, persönlichkeitsbezogener Defizite, die einen behördlichen Eingriff legitimieren. — Eine weitere Analyseebene bietet die Identität der Sozialarbeiter, d. h. die Frage, wie integriert der Sozialarbeiter diese unterschiedlichen und widersprüchlichen Verhaltenserwartungen in seinem Beruf. Als typische Muster solcher Identitätsstrategien wird die personalisierende, klinische und solidarische Professionalität herausgearbeitet. Während die beiden erstgenannten gesellschaftlichen Bedingungen, Beziehungen und die Probleme der Betroffenen auf solche der Persönlichkeit bzw. auf psychische Ursachen reduzieren, reflektiert die solidarische Professionalität zwar den strukturellen Konflikt und verhält sich solidarisch gegenüber der sozialen Lage der Betroffenen, kann aber das Dilemma nicht aufheben: einerseits grundlegend helfen zu wollen, andererseits zugleich Repräsentant sozialer Kontrolle zu sein. Bezugspunkte dieser Motivation sind deshalb politische und gewerkschaftliche Organisation, um in diesem Zusammenhang Konflikte aufzuarbeiten und so auszutragen, daß sie auf eine Veränderung der sozialen und politischen Verhältnisse zielen, die eine Sozialarbeit im Interesse der Betroffenen möglich macht.

Ausländerstreiks

Reihe Betrieb und Gewerkschaft, Eckart Hildebrandt, Werner Olle: Ihr Kampf ist unser Kampf — Ursachen, Verlauf und Perspektiven der Ausländerstreiks 1973 in der BRD, 180 Seiten, broschiert, DM 10,—.

Analysiert man die gesellschaftliche Situation der ausländischen Arbeiter ausschließlich als eine spezifische, werden gemeinsame Interessen von aus- und inländischen Arbeitern verneint. Argumentiert man mit ihrer ökonomischen Funktion als industrielle Reservearmee und Lohndrücker, werden die ausländischen Arbeiter zum Feind des einheimischen Proletariats. Abstrahiert man von ihrer unterschiedlichen Nationalität und gesellschaftlichen Situation, verschwinden die Widersprüche zwischen aus- und inländischen Arbeitern unter dem Etikett einer einheitlichen Arbeiterklasse. Wie soll man argumentieren? Hat der Nationalismus innerhalb der Arbeiterbewegung eine materielle Basis? Inwieweit findet Konkurrenz zwischen aus- und inländischen Arbeitern statt? Wie wirken sich ökonomische Krisen auf die langfristige Entwicklung der Branchen- und Qualifikationsstruktur aus? Welche Bedeutung kommt den Ausländerstreiks zu? Können die ausländischen Arbeiter eine Avantgardefunktion im Kampf der an- und der ungelernten Arbeiter übernehmen? Ist dadurch auch die Möglichkeit einer Überwindung nationalistischen Verhaltens gegeben? Wie reagieren die von Facharbeiterinteressen dominierten Gewerkschaften auf diese Entwicklung? — Unter diesen Fragestellungen ist die Arbeit in fünf Abschnitte gegliedert: 1) Zur Entwicklung und Bedeutung von Ausländerstreiks in der BRD; 2) Dokumentation der maßgeblich von ausländischen Arbeitern initiierten und getragenen Streiks (Karman/Osnabrück, John Deere/Mannheim, Hella/Lippstadt, Pierburg/Neuss, Ford Köln-Niehl, Ford/Köln-Merkenich, Valvo/Aachen, Metzeler/Breuberg); 3) Ableitung wesentlicher Merkmale der Ausländerstreiks aus den Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen ausländischer Arbeiter in der BRD; 4) Einordnung der Ausländerstreiks 1973 in die Entwicklung der Arbeits- und Reproduktionsbedingungen der deutschen Industriearbeiter und die Streikbewegung 1973; 5) Schlußfolgerungen aus der Analyse der Ausländerstreiks zu Bedingungen und Möglichkeiten der Vereinheitlichung von deutschen und ausländischen Arbeitern. — Im Anhang wird in einem Interview mit einem Betriebsratsmitglied über die Arbeitskonflikte ausländischer Arbeiter bei Pierburg/Neuss die Problematik der Konsolidierung einer multinationalen Belegschaft diskutiert.

Diese Broschüren können über den Buchhandel oder auch (gegen Vorauszahlung) direkt bei Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591, bezogen werden.

„Reformer" stoppen Reformen — Das Ende der Victor-Gollancz-Stiftung

Die Victor-Gollancz-Stiftung — eine bundesweite Fortbildungseinrichtung für Sozialarbeiter/pädagogen — wird Ende des Jahres ihre Arbeit einstellen. Sie bietet dem Bundesministerium für Familie, Jugend und Gesundheit, das die Arbeit bisher mit 1,8 Millionen DM aus Mitteln des Bundesjugendplanes finanzierte, nicht mehr „die Gewähr für eine zweckentsprechende Verwendung der Förderungsmittel." (Schreiben des Ministeriums vom 26. 5. 1975) Damit wird nicht nur ein weiteres Reformprojekt liquidiert, sondern auch die Repressionspolitik gegenüber nicht genehmen Verbänden (Studentenverband der Fachhochschulen (SVI), Verband Deutscher Studentenschaften (VDS), Intern. Jugendgemeinschaftsdienst (IJCD) fortgesetzt. Welcher Verband wird folgen?

Victor Gollancz, englischer Verleger und Schriftsteller (1927 gründete er den Victor-Gollancz-Verlag und 1936 den „Buchclub der Linken"), hatte sich insbesondere in den ersten Nachkriegsjahren für die Lösung der Jugendprobleme im Nachkriegsdeutschland engagiert und war entschieden gegen die These der deutschen Kollektivschuld eingetreten. Auf seinen Appell hin wurde 1948 die Victor-Gollancz-Stiftung gegründet, um die Aus- und Fortbildung von Fachkräften auf dem Gebiet der Jugendwohlfahrt zu fördern. Nach jahrzehntelanger Förderung einer Sozialarbeiter-Elite wurde das Fortbildungskonzept der VGSt. Anfang der 70er Jahre auf Projektförderung umgestellt, d. h. die Fortbildung von Sozialarbeitern und -pädagogen wurde mit Modellmaßnahmen verknüpft, die zugleich der Erforschung der sozialpädagogischen Interventionsstrategien dienten.

Arbeitsschwerpunkte waren Offene Jugendhilfe-, Gemeinwesenarbeits- und Intrainstitutionelle Modelle, sowie Praxisbegleitende Fortbildung. Mit der Veränderung von Fortbildungsmaßnahmen wurde gleichzeitig eine Strukturreform der Stiftung eingeleitet, die den von Fortbildung Betroffenen ein Mitwirkungsrecht einräumte. Die traditionelle, seit 1948 existierende Vereinsstruktur wurde im Sommer 1972 demokratisiert. Die Mitgliederbasis bildeten nicht mehr allein die Vertreter der Fachöffentlichkeit (Vertreter aus der kommunalen Sozialarbeit, den Landes- und Bundesbehörden, dem Aus- und Fortbildungsbereich); die an Fortbildungsmaßnahmen Beteiligten und die hauptamtlichen Mitarbeiter wählten ebenfalls ihre Delegierten in die Mitgliederversammlung, aus der heraus Vertreter aller drei Gruppen in den Vorstand gewählt wurden. Gleichzeitig wurde auch die Position des früheren Geschäftsführers zugunsten eines kollegialen Leitungsorgans aufgelöst, das alle zwei Jahre von den hauptamtlichen Mitarbeitern gewählt wurde.

So wie die Neuorientierung der Arbeit der VGSt. (orientiert an den Interessen von Arbeiterjugendlichen, Obdachlosen, Bewohnern von Sanierungsgebieten) in direktem Zusammenhang mit der Reformbewegung in der Sozialarbeit Ende der sechziger Jahre stand und auf der Hoffnung beruhte, daß sich diese Reformen auf breiter Ebene durchsetzen lassen, so erfolgt ihre Liquidation im Kontext von Wirtschaftskrise, zunehmendem Abbau sozialer Leistungen und politischer Repression.

Träger dieser liquidatorischen Politik sind nicht offen konservative Kreise, sondern SPD-Mitglieder in Amt und Würden, die vor Jahren einmal vorgaben, die Sozialarbeit zu reformieren; gerechtigkeitshalber muß gesagt werden, daß der Teil von SPD-Mitgliedern, die dieser Politik Widerstand entgegensetzten, sich nicht durchsetzen konnte.

Die ersten Anzeichen des sich anbahnenden Konflikts wurden Anfang 1974 sichtbar. So erhielt die VGSt. nicht den Auftrag für die Durchführung eines vom Bundesministerium für Familie, Jugend und Gesundheit geförderten Forschungs- und Fortbildungsmodells für Elementarerziehung, weil die „freien" Träger der Sozialarbeit die Leistungsfähigkeit der VGSt. bezweifelten. Im Klartext: die an den Interessen der Kinder und Sozialpädagogen orientierten Mitarbeiter der VGSt. boten nicht die Gewähr für eine den Trägerinteressen genehme Politik.

Schon damals wurde den Mitarbeitern vorgehalten, „daß die VGSt. einseitige Meinungen vertrete und Tendenzen unterstütze, die sich gegen Bund, Länder und Kommune richten". Die Auseinandersetzungen verschärften sich, als der Rahmenplan für ein Projekt mit proletarischen Jugendlichen in Absprache mit Frankfurter Jugendhäusern vorgelegt wurde. Statt der offenen Diskussion über dieses Projekt setzte sich der engere Vorstand über alle demokratischen Gepflogenheiten und Gremien hinweg und verfügte die fristlose Entlassung der Mitarbeiter des Arbeitsfeldes Modelle Offener Arbeitshilfe (siehe „links" Nr. 59). Unter dem fadenscheinigen Vorwurf, sich im Zusammenhang mit der Teilnahme an einem Vorbereitungstreffen der Sozialistischen Aktion zum Jugendhilfetag 1974 in Hamburg dienstlich unkorrekt verhalten zu haben, das in die Mitarbeiter gesetzte Vertrauen zu mißbrauchen, wurden diese Mitarbeiter fristlos gekündigt.

Der Widerstand gegen die fristlosen Entlassungen regte sich aber nicht nur innerhalb der VGSt, sondern auch bundesweit unter Sozialarbeitern, Wissenschaftlern, Hochschullehrern und Jugendverbänden. Die Solidaritätswelle war so stark, daß sich der Vorsitzende Zeit (Präsident der Stiftungsfachhochschule München) genötigt sah, in der Mitgliederversammlung im Oktober 1974 die Absender der Solidaritätsschreiben als von der ‚links' gesteuerte Aktion zu diffamieren. So konnte er denn auch in einer turbulenten Abstimmungssituation gerade noch verhindern, daß ein Antrag auf Rücknahme der Kündigungen von der Mitgliederversammlung angenommen wurde.

Damit war offensichtlich, daß nicht die „dienstlichen Unkorrektheiten" zur Diskussion standen, sondern das Konzept von Fortbildung, insbesondere der Arbeitsgruppen „Offene Jugendhilfe" und „Gemeinwesenarbeit", und damit auch die demokratische Struktur der Stiftung, die dieser Belastungsprobe — wie sich später zeigen sollte — nicht stand hielt.

Im Januar 1975 wurde dann in der Mitgliederversammlung (unter Ausklammerung der Kündigungen) der Versuch unternommen, die Konflikte konzeptioneller und struktureller Art zu bewältigen. Der Kompromiß beinhaltet sowohl die Weiterführung des Jugendhilfe-Projektes wie auch die Überprüfung der Struktur der Stiftung durch eine gewählte Kommission.

Im Frühjahr wurde die fristlose — aber auch die nachgeschobene fristgerechte — Kündigung der beiden Mitarbeiter vom Arbeitsgericht für unwirksam erklärt, da die Kündigungsgründe völlig haltlos seien („links" Nr. 66). Das Urteil des Arbeitsgerichtes anzuerkennen, hätte nicht nur zur Stabilisierung der Arbeit beigetragen, sondern auch gezeigt, daß die demokratische Struktur nicht nur Fassade ist, die man einreißen kann, wenn sie den eigenen Interessen nicht mehr dient.

Die Interpretation dieses Arbeitsgerichts-Urteils durch führende VGSt.-Mitglieder wirft daher ein bezeichnendes Licht auf deren rechtsstaatliches Denken. Das Arbeitsgericht tue so, als ob die VGSt. keine demokratische Struktur habe (Sperling, MdB), es könne mit der Struktur der VGSt., in der das Arbeitgeber—Arbeitnehmer-Verhältnis tendenziell aufgehoben sei, nicht umgehen (Reichel, Jugendsenatorin in Berlin).

Die traditionelle Führungsgruppe in der VGSt. denkt nicht im Traum daran, ihre Niederlage einzugestehen, und bevor die Strukturkommission überhaupt ihre Arbeit aufnehmen kann, kündigten 5 von 9 Vorstandsmitgliedern ihren Rücktritt an.

Dieser Schritt löste bei den Mitgliedern Überraschung aus, da die Gründe für diesen Schritt in keiner Weise substantiiert wurden und in dieser Situation kein Schritt zur Lösung der Probleme war, sondern nur die Förderungswürdigkeit aufs Spiel setzte.

Das war denn wohl auch, in Absprache mit dem Ministerium und unter „fachlicher" Beratung des SPD-Mitgliedes im Haushaltsausschuß, Sperling, Ziel dieses Schrittes. Zwei Tage vor der a. o. Mitgliederversammlung kam der Förderungseinstellungsbescheid des Ministeriums, ohne nähere Angaben der Gründe. Die Mehrheit der Mitglieder nahm das Ende der Förderung auch

widerspruchslos hin und blockte alle Versuche der konstruktiven Konfliktlösung ab.

Hinter den Kulissen erfolgt mittlerweile das Gerangel um die bisher der Stiftung zugeflossenen Gelder und die in Kürze bezugsfertige Fortbildungsstätte in Frankfurt.

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern, daß einzelne Kommunen (Pforzheim, Bremen, Karlsruhe) den Arbeitsbereich „Intrainstitutionelle Modelle" (deren Vertreter sich an einem Fortbildungskonzept orientieren, das enger an die Institutionen gebunden ist und der Fortbildung der mittleren Führungskräfte dient und die die Politik der Kündigungs- und Konfliktstrategie trugen) übernehmen werden.

Welche Rolle das Institut für Sozialarbeit/pädagogik der Arbeiterwohlfahrt mit ihrem liberalen Leiter Bäuerle dabei spielt, ist noch nicht ersichtlich; so scheint sicher, daß das Institut, direkt dem Ministerium unterstellt, nach Frankfurt übersiedeln und Einzug in die neue Fortbildungsstätte halten wird. Ob allerdings das Gemeinwesenprojekt mit seinen Mitarbeitern und ohne konzeptionell Federn zu lassen übernommen wird, ist kontrovers und noch völlig offen.

Fragt man nach der politischen Funktion des VGSt-Konflikts, so läßt sich eindeutig feststellen, daß sich der auf die VGSt. gerichtete Druck insbesondere gegen den basisorientierten sozialarbeiterischen Arbeitsansatz richtet. Während der gesamten Konfliktphase standen die Arbeitsfelder „Modelle offener Jugendhilfe" und „Gemeinwesenarbeit" im Mittelpunkt der Kritik. Bereits im Rahmen unserer „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" stellt die Befähigung der

FORTSETZUNG AUF SEITE 5

Das Stammheimer Landrecht

Ist man zynisch genug, so läßt sich dem Stammheimer Strafprozeß gegen Jan Raspe, Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin und Andreas Baader eine positive Seite abgewinnen. Bislang hatten die bundesrepublikanischen Fernsehbürger – dank einer Flut von US-Import-Krimiserien – allgemein nur hinreichende Kenntnisse über angloamerikanische Strafprozesse. Spätestens seit dem Beginn der Hauptverhandlung vor dem Oberlandesgericht Stuttgart am 21. 5. 1975 eröffnete sich die Möglichkeit, zusätzlich eine Praxis des deutschen Strafprozeßrechts mitzuerleben, die freilich mit der rechtsstaatlichen Vorstellung von einem fairen Verfahren, dem Prinzip der Waffengleichheit von Anklage und Verteidigung, der Unschuldsvermutung bis zum rechtskräftigen Nachweis des Gegenteils gründlich aufgeräumt zu haben scheint.

Innerhalb eines Monats vor Prozeßbeginn schloß das Oberlandesgericht auf Antrag des Generalbundesanwalts Buback alle von Baader gewählten Vertrauensanwälte – Croissant, Ströbele, Groenewold, und später Haag – von dem Verfahren aus und vertraute Andreas Baader den vom Gericht bestellten Zwangsverteidigern an (1). Nachdem auch die Anwälte Ströbele und Croissant verhaftet worden waren (2), fragte Groenewold beim Bundesgerichtshof an, ob auch er mit Untersuchungshaft rechnen dürfe. Statt einer Antwort durchsuchte die Polizei seine Hamburger Anwaltskanzlei in einer spektakulären Aktion, ohne es zu versäumen, rechtzeitig vorher Presse und Fernsehen zu benachrichtigen. Außerdem verhängte die Anwaltskammer gegen ihn ein Berufsverbot, das sie obendrein für vorläufig vollstreckbar erklärte. Ein weiteres Verbotsverfahren läuft gegen Croissant.

Hierzu ein Exkurs: Die vorläufige Vollstreckbarkeit bedeutet, daß die Berufsausübungsfreiheit bereits ruht, ohne daß vorher der Rechtsweg in allen Instanzen ausgeschöpft ist. Wirtschaftlich und existentiell hat sie die Wirkung der Vollstreckung einer Todesstrafe, gegen die dann post festum Rechtsmittel eingelegt werden kann. Zum Vergleich dazu: Ein Richter oder Staatsanwalt verschwindet von der forensischen Bildfläche erst dann, wenn er rechtskräftig wegen einer Straftat verurteilt und rechtskräftig durch ein Dienstgericht seiner Ämter enthoben ist, also jeweils erst nach Erschöpfung der Rechtsmittel. Die Maßnahmen zur Verteidigerbehinderung – U-Haft, Ausschluß vom Verfahren, Berufsverbot nach Standesrecht der Anwälte, Anklage wegen einer strafbaren Handlung – und die vorgebrachten Verdachtsmomente hierzu sollen nachfolgend im einzelnen durchleuchtet werden.

Eine Unterstützung der kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB) namens RAF erblicken die Staatsanwälte, Haftrichter und Disziplinarrichter bei allen gemaßregelten Verteidigern im wesentlichen in drei Handlungen:

1. Beförderung von Zellenzirkularen, Versendung von „als Verteidigerpost getarnten" Rundbriefen, Aufbau oder Unterstützung beim Aufbau eines Informationssystems.
2. Betreibung von Öffentlichkeitsarbeit, Pressekonferenzen, öffentlichen Veranstaltungen, Hungerstreik vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe.
3. Einwirkung auf die inhaftierten Beschuldigten zur Durchführung und Fortsetzung des Hungerstreiks.

Alle angeführten Verhaltensweisen stellen für sich betrachtet völlig legale Betätigungen dar.

Die Beförderung von Zirkularen, die Versendung von Rundbriefen . . ., was gilt es da zu tarnen? Es handelt sich nun mal um Verteidigerpost. Der Aufbau eines Infosystems ist schlicht notwendig, um bei einer Blockanklage (3) wirksam verteidigen zu können. Erst recht, nachdem der Gesetzgeber die Blockverteidigung (3) als deren Pendant durch das Verbot der Mehrfachverteidigung beseitigt hat, § 146 StPO. Zudem pflegen doch wohl auch die Anklagebehörden Nachrichten und Erkenntnisse zu sammeln, auszutauschen und zu vergleichen. Wieso soll dies dann der Verteidigung verboten sein? Waffengleichheit! Außerdem wirft die Anklage den Beschuldigten eine mittäterschaftliche Begehung, beziehungsweise die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung nach § 129 StGB vor. Bei der Mittäterschaft ist nicht erforderlich, daß jeder Beteiligte mit Hand anlegt. Es genügt ein gemeinsamer Tatentschluß und die Bereitschaft, den Tatbeitrag eines anderen im Rahmen einer Arbeitsteilung sich wie eine eigene Tat zurechnen lassen zu wollen. Konsequenz: In der Beweisaufnahme braucht gar nicht eindeutig geklärt zu werden, wer im einzelnen wann wo welche Bombe gelegt, welches Auto entwendet, welchen Schuß auf wen abgefeuert hat, wenn es nur einer der Gruppe gewesen ist. Bei einer solchen Anklage ist es unerläßlich, daß alle Verteidiger und alle Angeklagten untereinander kommunizieren können. Das erkennt die Anklage auch. Daher unterstellt sie den Verteidigern naßforsch, das bei Ströbele aufgebaute Info- und Kommunikationssystem diene dazu, den „organisatorischen Fortbestand der Vereinigung in der Haft" zu fördern, die Weiterverfolgung ihrer kriminellen Ziele und die Steuerung weiterer Terrorakte aus der Haft heraus zu betreiben. Mit anderen Worten: Ist die Tathandlung objektiv wertneutral, wird eine unlautere Gesinnung untergeschoben, die durch beharrliche Wiederholung an Substanz gewinnen soll.

Nachdem die Angeklagten in den vergangenen drei Jahren eine wahre multi-media-Kampagne zu ihrer Vorverurteilung, Verdächtigung, Zuschreibung aller nur erdenklichen Straf- und Greueltaten haben ertragen müssen, macht man ihren Verteidigern zum Vorwurf, daß einer von ihnen mal einen französischen Philosophen einlädt oder ein Interview mit dem Spiegel vermittelt. Daß selbst Kanzler Schmidt die Angeklagten öffentlich als „Gewaltverbrecher" und „anarchistische Banditen" apostrophiert (4) und damit die Unschuldsvermutung der Menschenrechtskonvention, welche Gesetzeskraft besitzt, einfach aufhebt, rechtfertigt nach dem freigeschöpften Stammheimer Landrecht den Versuch einer Gegenöffentlichkeit durch die Vertrauensanwälte ebensowenig wie die Zuschreibung eines nie stattgehabten Giftgasdiebstahls aus Wehrmachtsbeständen in der Lüneburger Heide an die Adresse von Sympathisanten der RAF – natürlich aus der Zelle heraus gesteuert.

In einer Art Vorwärtsstrategie versucht die Anklage auch den Hungerstreik – an sich keine strafbare Handlung, sondern das elementare Recht eines Inhaftierten, auf seine Haft und ihre Bedingungen aufmerksam zu machen – für ihre Zwecke auszuschlachten. Ziel des Streiks sei nicht die Erreichung von Hafterleichterungen, sondern die „Dokumentation des Zusammenhalts der kriminellen Vereinigung" und die Werbung für sie. Diese Strategie ist auch bitter notwendig, hat doch der Vorwurf der sensorischen Deprivation (5) durch totale Isolierung in toten Gefängnistrakts international Empörung hervorgerufen.

Die Kriminalisierung der so beschriebenen Verteidigertätigkeit erfolgt also mittels zweier juristischer Kunstgriffe am Allzweckparagraphen 129 StGB. Zum einen durch die zeitliche Verlängerung des Fortbestandes der „Vereinigung" selbst noch in den Gefängniszellen – im Hinblick auf die o. a. Isolation eine bemerkenswerte Konstruktion –, zum anderen durch die Ausdehnung des Merkmals „Unterstützung" auf jede – auch anwaltliche – Tätigkeit, die den Beschuldigten irgendwie vorteilhaft ist (6): Unterstützung in strafbarer Weise . . . „über das für einen Verteidiger zulässige Maß hinaus . . .", so ein Zitat aus dem Haftbefehl gegen Ströbele. Das Ziel dieser Machenschaften ist offensichtlich. Die Unterbindung jeder Verteidigung in Sachen § 129 StGB, die über das für manchen bürgerlichen Strafverteidiger Übliche, nämlich . . . „bitte ich um Akteneinsicht" und . . . „beantrage ich für meinen Mandanten eine milde Strafe", hinausgeht.

Doch damit nicht genug. Den noch in Stammheim tätigen Verteidigern – inzwischen hat Baader wieder zwei Anwälte, Hans-Heinz Heldmann und Victor Pfaff – wird zunehmend der Vorwurf der Prozeß-Sabotage gemacht. Bereits mehr als zwei Dutzend Mal hat das Gericht versucht, zur Vernehmung der Person zu kommen, was aber bis vor kurzem daran gescheitert ist, daß die Vertrauensanwälte stets neue Anträge und Erklärungen abgeben. Doch provoziert ist dieses Verhalten vom Gesetzgeber – durch seine lex RAF vom Jahresende 74, welche Verteidigerbeschränkung und -ausschlüsse möglich macht –, von der Anklagebehörde – durch die unmittelbar vor Prozeßbeginn terminierten Ausschlußanträge –, schließlich durch das Gericht selbst – beispielsweise durch die Weigerung, dem nachträglich nach Stammheim gekommenen Baader-Verteidiger Heldmann eine Anklageschrift auszuhändigen und eine 10-tägige Einarbeitungspause für die knapp 400 Seiten starke Anklageschrift zu gewähren.

Gleichwohl werden Stimmen laut, die einen gesetzlichen Schutz vor „Prozeßsabotage" fordern. Stimmen, die sich nie erhoben haben, wenn sich NS-Prozesse über Jahre hinschleppten und teilweise wegen Verhandlungsunfähigkeit von KZ-Schergen eingestellt wurden.

Es fällt auf: Wiederholte Berufung auf Grundrechte und prozessuale Garantien werden von Presse, Anklage und Gericht zunehmend als mißbräuchlich apostrophiert. Das Pochen auf Verfassungsrechte macht den Mahner bereits verdächtig. Es scheint, als wären diese Rechte zur Nichtausübung gedacht; es sei denn, man habe sich durch Verzicht auf politisches Verhalten ihrer für würdig erwiesen. Weiter zielt die Unterstellung, die Ausübung solcher Rechte diene primär gar nicht der Verteidigung, sondern anderen Zwecken – der Bekämpfung des Rechtsstaates, dem Umsturz der Gesellschaftsordnung – auf eine dem Grundgesetz fremde Trennung von Legalität und Legitimität. Eine Unterscheidung, die im Radikalenerlaß ihren Ursprung hat und auch im Lenhard-Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (7) sich wiederfindet in der Gegenüberstellung von Verfassungstreue und Rechtmäßigkeit.

HEINRICH MEIER
(ISZ HEIDELBERG)

Anmerkungen:

(1) Zu der listigen Terminierung der Ausschlüsse vgl. August-Nummer von „konkret", Heldmann, Schily: „Jenseits des Rechts".
(2) Beide Anwälte befinden sich mittlerweile wieder auf freiem Fuß. Die Haftbefehle sind jedoch nur außer Vollzug gesetzt worden.
(3) Blockanklage liegt vor, wenn gegen mehrere Beschuldigte nach gemeinschaftlicher Anklage in ein und derselben Hauptverhandlung prozessiert wird. Blockverteidigung ist demgemäß die Verteidigung aller Angeklagter durch alle Verteidiger.
(4) Rede vor dem Bundestag in der Debatte über die innere Sicherheit anläßlich des Stockholmer Anschlags.
(5) Kursbuch Band 32, S. 118 ff. Sjef Teuns „Isolation/Sensorische Deprivation". Hierbei handelt es sich um die Einschränkung der sinnlichen Wahrnehmung der Umwelt durch Aushungerung der Seh-, Hör-, Riech-, Geschmacks- und Tastorgane.
(6) Das OLG Karlsruhe hat in diesem Jahr Verteiler eines RAF-freundlichen Flugblatts nach § 129 StGB verurteilt.
(7) Siehe „links", September '75, S. 5 f.

FORTSETZUNG VON SEITE 3

Sozialarbeiter, die Interessen ihres Klientels zu vertreten, eine Gefährdung der Trägerinteressen dar.

Die Einstellung der Förderung bietet außerdem eine Möglichkeit, unbequeme Mitarbeiter auf die Straße zu setzen. In dieser Hinsicht ist die VGSt. allerdings kein Modellfall mehr. Weiß man zudem, daß der Vorstand der VGSt. während der Konfliktphase durch ein Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages beraten wurde, drängt sich in Abwandlung eines bekannten Sprichwortes die Assoziation auf: STETER SPERLING FÄLLT DEN BAUM!

Mittlerweile hat sich eine Initiative aus Mitgliedern der VGSt., Sozialarbeitern/-pädagogen, Professoren der Erziehungs- und Sozialwissenschaften und Personen aus der Fachöffentlichkeit gebildet, die sich an die Öffentlichkeit wendet,

- um die Offenlegung der wahren Gründe für den Mittelentzug zu fordern,
- um die Weiterförderung der VGSt. und
- den Erhalt von 25 Arbeitsplätzen zu sichern.

Sicher ist, daß die VGSt. liquidiert ist, trotzdem ist es politisch notwendig, diese Initiative zu unterstützen, durch Solidaritäts- und Protestbriefe das Bundesministerium für Familie, Jugend und Gesundheit zu zwingen, die Gründe für den Förderungsentzug offenzulegen, und durch Schreiben an das Institut dieses aufzufordern, das Projekt Gemeinwesenarbeit mit seinem Konzept und seinen Mitarbeitern zu erhalten.

Resolutionen und Protestbriefe sind zu richten an das Ref. 25 —, 53 Bonn-Bad Godesberg, Karl Finckelburgstr. 19; das Institut ist zu erreichen unter der Anschrift „Institut für Sozialarbeit/-pädagogik" z. Hd. W. Bäuerle, 548 Remagen-Rolandseck, Postfach 606. Kopien von Resolutionen, Protestbriefen, Unterschriftenlisten schickt bitte an die Initiativgruppe VGSt. c/o Diethelm Damm, 62 Wiesbaden, Friesenweg 6.

GÜNTER PABST

Die GEW als Ordnungsfaktor?

„Die GEW hat in die eigene Hand genommen, was die staatliche Bürokratie bis heute nicht geschafft hat: organisatorisch dafür zu sorgen, endlich einen genauen Überblick über den tatsächlichen Stand der Lehrerarbeitslosigkeit zu gewinnen!", so lautet der erste Satz einer GEW-Wandzeitung in den Schulen zum Thema „Sekretariat für arbeitslose Lehrer". Auf den ersten Blick wirkt dies fast wie ein Signal: im gegenwärtigen bildungspolitischen Chaos, hervorgerufen durch unterschiedliche bildungspolitische Konzeptionen auf Länderebene und dem ökonomischen Wechselbalg „Bildungspolitik" auf Bundesebene, übernimmt eine Gewerkschaft einen Teil der Planung dieses Bereichs. Dementsprechend lobt die GEW auch in ihrer Gewerkschaftszeitung ‚Erziehung und Wissenschaft' diesen Schritt: „Es wird konkret etwas für die arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen getan." (E. u. W., 9/75).

Auf den zweiten Blick sieht die ganze Sache etwas fragwürdiger aus: die GEW betätigt sich faktisch als Erfüllungsgehilfe der restriktiven Bildungspolitik des bürgerlichen Staates, da dieses Sekretariat sich vermutlich damit wird begnügen müssen, die Arbeitsämter, deren Aufgabe dies eigentlich wäre, zu entlasten und höchstens mal ab und zu einen mageren Lehrauftrag zu vermitteln. Lehraufträge sind nun gewerkschaftlich überhaupt nicht zu vertreten, da sie den „Lehrauftrags-Lehrer" am Rande des Existenzminimums halten und nach geltenden Bestimmungen maximal zweimal verlängert werden können, da sie sonst in Angestelltenverträge bzw. (Beamten-)Planstellen umgewandelt werden müßten. Dies widerspräche aber der allgemeinen sparpolitischen Linie der Länder, die bemüht sind, gerade im Bildungsbereich die Kosten über Personalabbau der verbeamteten Lehrer — auf der anderen Seite aber durch Aufstokkung der Mittel für kurzfristige und „mobilitätsgerechte Lehraufträge" (z. B. in Hessen von 34 Millionen auf 43 Millionen DM, Frankfurter Rundschau vom 9. 9.) — umzustrukturieren und wesentlich zu senken.

Politisch bietet sich dies gegenwärtig für die Sachwalter des Staatsbankrotts aus zweierlei Gründen an: 1. können die Lehrer durch die Einführung weiterer Lohngruppen (akademische Hilfsarbeiter) noch besser gespalten werden und der „Arbeitslohn" dadurch gedrückt werden, 2. kann die Reservearmee der arbeitslosen Lehrer als politisches Disziplinierungsmittel zusätzlich aufgrund der ‚Marktlage' ohne das lästige ‚Berufsverbot-Geschäft' eingesetzt werden, nach dem Motto: „Wenn es Dir hier nicht paßt..."

Die Vorselektion übernimmt einfachheitshalber wieder einmal die GEW, denn als „sinnlos" bezeichnete der GEW-Vorsitzende Frister auf einer Pressekonferenz zum Thema „Sekretariat für arbeitslose Lehrer" die Aufnahme von solchen Bewerbern auf die Arbeitslosenliste, die aus politischen Gründen abgelehnt worden seien (FR vom 27. 8. 1975).

Wieder einmal schafft eine Gewerkschaft — diesmal die GEW — als Ordnungsmacht dem bürgerlichen Krisenstaat die größten Sorgen vom Hals, da dieser (wieder einmal) nicht in der Lage ist, gesamtgesellschaftliche Bedürfnisse auch nur halbwegs planerisch in den Griff zu bekommen, da er ja selbst im eisernen Klammergriff der Kapitalinteressen vor sich hinkeucht.

HANS BÄUERLE

Die ESG Hamburg soll zerschlagen werden

Vielen Linken erscheint immer wieder die Tatsache, daß es Genossen innerhalb der Institution Kirche gibt, als völlig abwegig. Daß es Sozialisten in der Kirche gibt, daß eine nicht unerhebliche Anzahl von linken Gruppen innerhalb der Kirche arbeiten, läßt sich nicht leugnen. Allein in den Evangelischen Studentengemeinden hat sich eine größere Anzahl linker Christen organisiert.

Die Studentenbewegung Ende der 60er Jahre ist auch an der Kirche nicht spurlos vorübergegangen. Vor allem in den Studentengemeinden nahm man an Aktionen und Diskussionen der Linken teil. So wurden Blutspendeaktionen für die Befreiung Vietnams und den Widerstand in Chile — so geschehen 1973 und 1974 in Hamburg, Kiel und Hannover — organisiert. Und das war den Rechten in der Kirche, allen voran der besonders unbeweglichen Hamburger Kirchenleitung, ein Dorn im Auge. Besonders erschwerend war wohl die Tatsache, daß Formen sozialistischer Praxis in den Studentengemeinden nicht automatisch mit Atheismusdebatten einhergingen, sondern daß verstärkt auch die Diskussion über eine angemessene Theologie in die Praxis der Studentengemeinden einging.

Am 18. August 1975 hat nun die Hamburger Kirchenleitung mit der ganzen Macht der Institution zugeschlagen. Die Studentenpfarrer der ESG sollen gehen, und die ESG soll nicht mehr „Kirche" sein, d. h. man will die theologische und politische Diskussion innerhalb der ESG Hamburg und innerhalb der Kirche um sozialistische Inhalte an den Rand drängen, um sie abschaffen zu können.

Diese Absicht ist nicht neu. Zum dritten Mal in zehn Jahren werden nun schon Hamburger ESG-Pfarrer aus dem Amt entfernt, und fast genauso lang wird die ESG von reaktionären Kräften innerhalb und außerhalb der Kirche angeschossen und behindert. Aber auch andere fortschrittliche Kirchenmitarbeiter trifft die Übernahme staatlicher Politik in der Kirche, wie z. B. den schleswig-holsteinischen

Campus

Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Kritische Sozialwissenschaft

Blanke, Jürgens, Kastendiek
Kritik der Politischen Wissenschaft
Bd. 1: 272 S., Pbck., DM 17,–
Bd. 2: 218 S., Pbck., DM 16,–

Klaus Dörner
Diagnosen der Psychiatrie
178 Seiten, Pbck., DM 14,–

Josef Esser
Einführung in die materialistische Staatsanalyse
182 Seiten, Pbck., DM 14,–

Brigitte Geissler, Peter Thoma (Hg.)
Medizinsoziologie
295 Seiten, Pbck., DM 20,–

Rolf-Richard Grauhan (Hg.)
Lokale Politikforschung
Bd. 1: 191 Seiten, Pbck., DM 15,–
Bd. 2: 227 Seiten, Pbck., DM 16,–

Ute Holzkamp-Osterkamp
Grundlagen der psychologischen Motivationsforschung I
368 Seiten, Pbck., ca. DM 20,–

Egbert Jahn (Hg.)
Sozioökonomische Bedingungen der sowjetischen Außenpolitik
192 Seiten, Pbck., DM 18,–

Ekkehart Krippendorff
Internationales System als Geschichte
187 Seiten, Pbck., DM 15,–

Jürgen Ritsert (Hg.)
Gründe und Ursachen gesellschaftlichen Handelns
226 Seiten, Pbck., DM 25,80

Peter Schlotter
Rüstungspolitik in der Bundesrepublik
ca. 208 Seiten, Pbck.,
ca. DM 22,80

Politische Ökonomie

Brian M. Barry
Neue Politische Ökonomie
238 Seiten, Pbck., DM 26,80

Daniel R. Fusfeld
Geschichte und Aktualität ökonomischer Theorien
220 Seiten, Pbck., DM 24,80

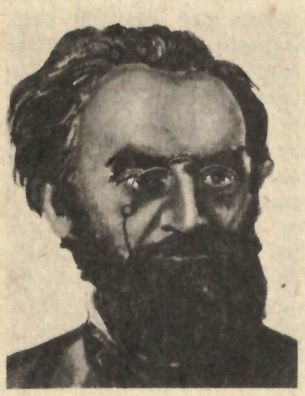
Nutzinger, Wolfstetter (Hg.)
Die Marxsche Theorie und ihre Kritik
Bd. 1: 301 S., Pbck., DM 19,80
Bd. 2: 212 S., Pbck., DM 17,80

Jaroslav Vanek
Marktwirtschaft und Arbeiterselbstverwaltung
223 Seiten, Pbck., DM 24,80

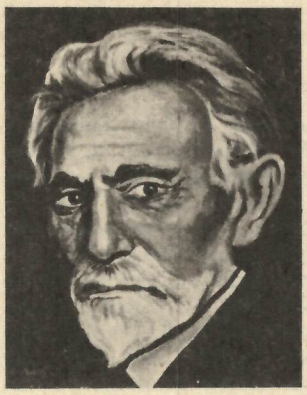
Prospekte durch Campus Verlag · 6000 Frankfurt 1 · Oederweg 100

PORTRÄTS

von Sozialisten, Sozialrevolutionären, Freiheitskämpfern, Demokraten, Bürgerrechtlern und Frauenrechtlerinnen.



Carl Schurz



August Bebel

Format	Ausführung		
		Öl auf Leinwand	
	Gefirnißte Tempera 22 mm Preßspan mit Naturholzleisten-Rahmen	auf 22 mm Preßspan aufgezogen, Naturholzleistenrahmen	mit klassischen Rahmen
20 × 15 cm	32.— DM	45.— DM	65.— DM
30 × 22,5 cm	44.— DM	55.— DM	80.— DM
40 × 30 cm	54.— DM	65.— DM	110.— DM

Information und Bestellung über
R. Sponsel, 852 Erlangen, Vierzigmannstr. 13, Tel.: 09131/2 55 74
oder: Politladen GmbH, 852 Erlangen, Hindenburgstraße 17,
Tel.: 09131/2 48 50

Vikar Helmut Tröbner und die Pastorin Edda Groth.
Für die ESG Hamburg steht fest: Wir lassen uns nicht von den Reaktionären in der Hamburger Kirchenleitung aus der Kirche drängen. Wir werden als Evangelische Studentengemeinde weiter zusammen bleiben. Was wir brauchen ist, daß wir von unseren Genossen innerhalb und außerhalb der Kirche jetzt unterstützt werden.

MANFRED GOLDBECK
ESG-HAMBURG

Kapitalistische „Normalisierung" in Portugal?

Bei einer Veranstaltung des deutsch-portugiesischen Arbeitskreises vor wenigen Wochen diskutierten ein Offizier der MFA (und des COPCON) und ein Vertreter der SETENAVE-Werft (Setubal) mit portugiesischen Arbeitsemigranten in Eschborn (Frankfurt). Es ging hoch her in der Turnhalle von Eschborn. Es hagelte nur so Vorwürfe auf die Vertreter der portugiesischen Linken am Podiumstisch. Und immer wieder, wenn von einem Emigranten massive Kritik vorgebracht wurde (nicht selten von einem triumphierenden Schwenken der BILD-Zeitung unterstützt), brauste Beifall auf. Der COPCON-Offizier und der Arbeiter hörten aufmerksam zu, antworteten auf die Vorwürfe, brachten leidenschaftlich Argumente vor. Schließlich wurden auch sie begeistert beklatscht. Am Ende der Veranstaltung konnte man mit Gewißheit sagen, daß die Information und das Engagement aller am revolutionären Prozeß Interessierten gestiegen war.
Welch ein Kontrast dazu die deprimierende Veranstaltung der Frankfurter SPD mit Mario Soares und Willy Brandt. Polizisten mit Helmen und Schildern vor dem Saal. Eintritt nur mit Einlaßkarte und Parteibuch. Und dann nur feierliche, vorfabrizierte Reden bar jeder Information oder kritischen Reflexion, ständig unterbrochen von trotzigem, monotonem Applaus. Als zwei Jusos (einer davon mit der Armbinde „Ordner") es trotz der repressiven Atmosphäre wagten, ein Pro-Portugal und Anti-Soares Transparent zu entfalten, stürzten sich die SPD-Genossen (allen voran Karsten Voigt — „der Polizeipräsident der 80er Jahre?") auf die beiden Demonstranten und rissen das Transparent zu Boden. Nachdem dieser einzige Widerspruch des Abends im Keim erstickt und die Beteiligten sofort aus dem Saal abgeführt worden waren, sagte Soares ölig, er persönlich hätte nichts gegen Widerspruch. Soares hat eben für alle Situationen den passenden Spruch. In Portugal propagiert Soares den Vorwurf des „Sozialfaschismus" gegen die Kommunistische Partei — zusammen mit der sonst völlig isolierten „maoistischen" MRPP, mit der die PS jetzt gemeinsame Listen bei den Gewerkschaftswahlen aufstellte. In Deutschland werfen SPD-Mitglieder den Soares-Kritikern vor, sie versuchten die PS als „sozialfaschistisch" zu diffamieren. Ein absurder Vorwurf (angesichts etwa der Berichterstattung in „links"). Es genügt, auf die Berichte zu verweisen. Bleibt die Frage, sind diese SPD-Genossen selbst Opfer der bürgerlichen Desinformationskampagnen oder wirken sie bewußt mit an der Vernebelungs- und Desinformationstaktik, die ein Teil der SPD glaubt, ihrer „EG-Verantwortung" schuldig zu sein?
Dabei wird die Frage für die Genossen in der Bundesrepublik immer wichtiger, welche Kräfte sie in Portugal unterstützen sollen, wenn sie den revolutionären Prozeß dort vorantreiben wollen. Und welche Kräfte sind es wohl, die die Gefahr immer akuter werden lassen, daß „Portugal zum Chile Europas" wird? Carlos Altamirano, der Generalsekretär der chilenischen Sozialistischen Partei, hat im August alle fortschrittlichen Kräfte aufgerufen, diese Gefahr gemeinsam zu bekämpfen. Als eine der wichtigen Voraussetzungen dafür nannte er, daß in Portugal die PS und die PC zusammenarbeiten. Doch gerade das hatte die deutsche SPD am Anfang daran gehindert, ihre portugiesische Schwesterpartei zu unterstützen. Geld sollte es erst geben, wenn die PS sich klar von der PC distanziert hätte, was sie inzwischen wohl eindeutig genug getan hat. Triumphierend erklärte Soares in Frankfurt jetzt, alle Bedingungen für Kredite seien nunmehr gegeben. In der brasilianischen Zeitung „Gazenta Mercantil" äußerte Soares, eine der schwersten Fehler der revolutionären Regierungen in Portugal sei es bisher gewesen, das Vertrauen der multinationalen Konzerne verloren zu haben. Zum Fall Spinola sagte Soares: „Ich meine, daß General Spinola die Macht in Portugal übernehmen könnte, wenn er das Spiel der Demokratie mitmacht, entweder durch Wahlen oder irgendeine andere Form der Demokratie", was selbst die gemäßigten MFA-Offiziere der Neuner-Gruppe bestürzt

Innerparteiliche Demokratie

Auf der Frankfurter SPD-Kundgebung mit M. Soares und W. Brandt zeigen zwei SPD-Mitglieder ein Transparent für den Sozialismus und gegen Soares. SPD-demokratische Antwort: Hinauswurf und Parteiordnungsverfahren.
Nach der Kundgebung äußern 60 SPD-Mitglieder in einer Erklärung ihre Enttäuschung über die Verdrängung der faschistischen Gefahr in Portugal bei dieser Veranstaltung, über die mangelnde Unterstützung des sozialistischen Aufbaus durch die SPD-geführte Regierung und erwähnen die Provokation antikommunistischer Aktionen in Portugal durch die Politik der PS. SPD-demokratische Antwort: Die Unterzeichner der Erklärung werden unter Druck gesetzt, ihre Unterschrift zurückzuziehen.

MFA — Schild der Basisbewegung?

Zum Tode von Georg Jungclas

In Köln ist am 11. September, 73 Jahre alt, Georg Jungclas gestorben. Er gehörte zu den Veteranen der deutschen Arbeiterbewegung: 1918 stieß er zur KPD (Spartacusbund), ging später in die linke Opposition zur KPD-Politik, emigrierte 1933 nach Dänemark und wurde dort 1944 von der Gestapo aufgespürt und verhaftet.

Aus der Geschichte der Linken in Westdeutschland nach 1945 ist „Schorsch" Jungclas nicht wegzudenken. Das gilt nicht nur für die Anhänger der Vierten – an Trotzki orientierten – Internationale, deren westdeutscher Sekretär Jungclas lange Zeit hindurch war. Es gilt auch für die vielen anderen Versuche, in Westdeutschland an die Traditionen der vom Faschismus zerschlagenen sozialistischen Bewegung wieder anzuknüpfen und in der Bundesrepublik eine linke Opposition herauszubilden. Die meisten Stationen in der schwierigen und durchaus umwegigen Entwicklung der westdeutschen Linken bis 1968 verbinden sich mit der Aktivität dieses Genossen, der alle Vorzüge der Verhaltensweisen alter Arbeiterfunktionäre hatte: Ausdauer, Geduld („Frustrationstoleranz" – würde man heute sagen), Bescheidenheit. Jungclas war kein großer Redner, seine Texte waren nicht sehr geschliffen, aber er verfügte über Fähigkeiten, die wichtiger sind: Er verstand es, politische Arbeit als Alltagsnotwendigkeit bewußt zu machen und interessierte Genossen in diese Alltagsaktivitäten einzubinden. Von Jungclas haben viele junge Sozialisten gelernt; manche davon haben inzwischen das Gelernte wieder vergessen oder verdrängt und irgendwo Karriere gemacht. Die spezifischen Bedingungen für die Tätigkeit von Sozialisten, wie sie lange Jahre hindurch in Westdeutschland bestanden und, das sei nicht verschwiegen, zum Teil auch die „entristische", zeitweise eher konspirative Taktik, wie sie Jungclas' politische Gruppe damals vertrat, machen den Abfall mancher einstiger Genossen erklärbar, wenn auch nicht entschuldbar. Die Reihe ehemaliger „Trotzkisten" reicht von Hans Jürgen Wischnewski bis zu Peter von Oertzen ...

Erfolge und Mißerfolge und immer wieder neue Ansätze kennzeichnen den Lebensweg von Jungclas ebenso wie die Entwicklung der sozialistischen Linken in Westdeutschland, einem Land, in dem von Arbeiterbewegung nicht mehr die Rede sein konnte, in dem dennoch der Versuch durchgehalten werden mußte, sozialistische Argumentation und Organisationsansätze existent zu halten. – Jungclas und seine Gruppe machten mit bei dem Experiment einer linkssozialistisch-kommunistischen Partei („Unabhängige Arbeiterpartei"), das – ausgelöst durch den Diffamierungsfeldzug der "offiziellen" Kommunisten gegen das titoistische Jugoslawien – 1949 in der BRD vor allem von bisherigen KPD-Funktionären gestartet wurde. Linke SPD-Genossen und unabhängige Sozialisten stießen hinzu, aber dieser einzige Versuch einer unabhängigen kommunistischen Partei aus der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung scheiterte in Westdeutschland an inneren Differenzen und an der Fixierung auf die Jugoslawien-Frage. Jungclas und die Trotzkisten konzipierten und praktizierten dann die Politik des „Entrismus", d. h. sie versuchten in der SPD, die nach dem Schwund der KPD-Basis die Majorität der westdeutschen Arbeiter umfaßte, eine linke Opposition zu entwickeln. Für die Sozialdemokratie selbst blieb dieses Unternehmen langfristig folgenlos; immerhin bildeten sich aber in diesem Zusammenhang linkssozialistische Orientierungen in Teilen der "Falken" und im Bereich einiger Gewerkschaften heraus, schließlich auch (im damals noch SPD-gebundenen) Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS). Sprachrohr dieser politischen Strömung war zu dieser Zeit die Monatsschrift „Sozialistische Politik", an der Georg Jungclas wesentlichen Anteil hatte. Bei aller politischen Fragwürdigkeit, die dem „Entrismus" innewohnte, gelang es diesen Aktivitäten immerhin, in einer Zeit, in der sozialistische Tradition nahezu verdrängt war, nachwachsende Genossen an linke Positionen heranzuführen. Auch auf die gewerkschaftliche Bildungsarbeit ergaben sich mancherorts Auswirkungen, besonders für die Konzipierung einer betriebsnahen Schulung, an der Jungclas in Köln maßgeblich beteiligt war. Auch die innergewerkschaftliche und SPD-interne Opposition gegen die Remilitarisierung fand hier wichtige Impulse. Hier lag auch eine Entwicklungslinie der Ostermarsch- und Antinotstandsbewegung. Die Bedeutung, die diese Kampagnen erlangten, wäre nicht denkbar gewesen ohne die Mitwirkung kleiner, aber aktiver Gruppen der „alten Linken", so wie sie sich – unter Beteiligung von Jungclas – im „Sozialistischen Bund" organisierten, der aus der Förderergesellschaft des SDS entstand, nachdem die SPD sich vom SDS und seinen Freunden trennte. Damit war auch die Politik des „Entrismus" zu Ende. Sie wurde zwar von Georg Jungclas und seinen Freunden nur zögernd aufgegeben, aber sie verlor mit dem Anwachsen der außerparlamentarischen linken Bewegung völlig an Bedeutung.

Als SDS, Ostermarsch, Anti-Notstandskampagne und die gesamte Protestbewegung in den stürmischen Jahren 1968/69 ihren Höhepunkt fanden und sich die unterschiedlichen Orientierungen und politischen Richtungen innerhalb dieser linken Sammlungsbewegungen wieder herauskristallisierten und neu zu organisieren begannen, initiierten Georg Jungclas und seine Gruppe zusammen mit weiteren Anhängern, die sich aus der Protestbewegung hinzugesellt hatten, die Zeitung „Was tun" und organisierten sich schließlich offen in einer westdeutschen Sektion der Vierten Internationale. Auch wer – wie wir – die spezifische politische Konzeption der Trotzkisten nicht teilt, darf an dem Beitrag, den ein Genosse wie „Schorsch" Jungclas für die Aufrechterhaltung sozialistischer Aktivität in der westdeutschen Restaurationsphase leistete, nicht vorbeigehen. Auf Erfahrungen wie Jungclas sie verkörperte, kann eine neue sozialistische Bewegung nicht verzichten.

ARNO KLÖNNE / KLAUS VACK

---

veranlaßte, Spinola mitzuteilen, er würde sofort verhaftet und wegen seiner Beteiligung am Putschversuch vom 11. März vor Gericht gestellt.

Keiner wird umhin kommen, diese Widersprüche gerade jetzt genauer zu untersuchen, wo Soares mit der neuen Regierung entscheidende Pluspunkte für sich verbuchen konnte.

Mit der Bildung der sechsten Provisorischen Regierung unter Admiral Pinheiro d'Azevedo hat sich der Parteienproporz in der Machtverteilung durchgesetzt. Dieser Sieg des Elektoralismus ist die gegenrevolutionäre Antwort der Militärs um Oberst Melo Antunes auf das Scheitern der dirigistisch-bürokratischen Praxis der PCP, deren Führungsanspruch im Revolutionsprozeß von immer größeren Kreisen der Bevölkerung nicht länger akzeptiert wurde. Verlierer aber ist nicht allein die PCP (deren Basis immer offener gegen die Beteiligung der Partei an der neuen Koalitionsregierung Front macht), sondern die gesamte revolutionäre Basisbewegung, die in der neuen Regierung nicht repräsentiert ist. Denn anstatt einer ihre überparteiliche Glaubwürdigkeit wieder festigenden MFA haben, anders als zahlreiche Offiziere der Gruppe Melo Antunes ursprünglich dachten, die Parteipolitiker das Rennen um die Macht gemacht. Damit ist ein wichtiger Spielraum für die Basisbewegung verlorengegangen, die von der „Überparteilichkeit" der Militärs, d. h. auch, von der gegenseitigen Lähmung der verschiedenen Machtgruppen im Militär selbst profitierten. Der Sieg der Parteipolitiker ist kein Zufall. Denn genauso wie die Gruppe Melo Antunes haben sie als Hauptziel die rasche Schaffung eines möglichst straff organisierten zentralen Machtapparates, dessen Abwesenheit seit eineinhalb Jahren erst die freie Entfaltung der Basisbewegung in der Bevölkerung ermöglichte, wenngleich andererseits das Fehlen einer revolutionären Zentrale auch diese Entfaltung mangels Koordination und Unterstützung wieder hemmte. Jetzt soll der Staat wieder einziges Machtzentrum werden, die Armee wieder in die klassische Rolle des Befehlsausführers zurückverwiesen werden. Das bedeutet den Abbau der inzwischen entstandenen demokratischen Diskussions- und Entscheidungsgremien in der Armee selbst, vor allem auch der Beteiligung der einfachen Soldaten am Revolutionsprozeß. Erste Schritte in dieser Richtung werden bereits unternommen. Fortschrittliche Militärs werden aus der Armee entfernt oder auf weniger einflußreiche Posten versetzt.

Damit soll als erstes der Schutzschirm, den das fortschrittliche Militär bisher für Arbeiterkommissionen, selbstverwaltete Betriebe, auf besetzten Ländereien entstandene Landwirtschaftskooperative und Bewohnerkommissionen darstellte, langsam durchlöchert werden. Der ökonomischen, politischen und militärischen Machtergreifung auf Ebene der Betriebe und Dörfer soll ein Riegel vorgeschoben werden. Eine Reihe sozialstaatlicher Maßnahmen, die Unterstützung vor allem der Bauern Mittel- und Nordportugals, ein wirtschaftliches Sofortprogramm, das ausschließlich auf staatlich-institutioneller Ebene unter Außerachtlassung sämtlicher von der Bevölkerung entwickelter Initiativen beschlossen und durchgeführt wird, soll kurzfristig die Überlegenheit der Staatsgewalt und der Berufspolitiker denjenigen gegenüber beweisen, in denen viele Parteipolitiker eh nur lästige Amateure sehen. Mario Soares hat sich diesbezüglich bei seinem Besuch in Frankfurt eindeutig geäußert, als er in einem Interview sagte, die Basiskommissionen könnten selbstverständlich niemals an die Stelle einer auf geheimen Wahlen (im Gegensatz zur Abstimmung durch Handaufheben bei Arbeitervollversammlungen etwa) aufbauenden repräsentativen Organisation des Staates treten.

Am 11. September demonstrierten in Porto 1500 Soldaten in Uniform (obwohl ihnen Zivil vorgeschrieben worden war), begleitet von 20 000 Mitgliedern von Arbeiter- und Bewohnerkommissionen und Organisationen der revolutionären Linken gegen diesen Angriff auf die Macht der arbeitenden Bevölkerung. Hauptparole war „Soldaten immer, immer auf seiten des Volkes". General Fabio und die auf ihn hörenden Offiziere der Militärregion Nord hatten alles getan, um diese Demonstration zu verhindern: ein

Kommuniqué des Generalstabes verurteilte den „konterrevolutionären Charakter dieser Demonstration", einige Kommandanten versetzten ihre Kasernen in den Zustand „erhöhter Aufmerksamkeit", andere drohten Soldaten, die an der Demonstration teilnehmen würden, mit Arrest, wieder andere verhängten Ausgangsverbot. Wo nötig, kletterten die Soldaten deshalb über die Kasernenmauern. Mit dem Ruf „Nieder mit Fabiao" und „Portugal wird nicht das Chile Europas", die Internationale singend, gaben sie dem neuen, „gemäßig-

ten" Revolutionsrat ihren Widerstand gegen jede bürgerliche Disziplinierung der Armee und deren Trennung von der arbeitenden Bevölkerung zu verstehen. Ein Teil dieser Soldaten hat sich in der SUV organisiert (Soldados unidos vencerão — Soldaten vereint werden siegen). Die Soldaten-Demonstration von Porto war der zweite wichtige Erfolg der FUR (Revolutionäre Einheitsfront), nach der Demonstration vom 20. August in Lissabon, an der 100 000 Personen aus Arbeiter- und Soldatenräten, Landwirtschafts- und Bewohnerkommissionen teilgenommen hatten.

Die Allianz zwischen diesen Kommissionen und den revolutionären Soldaten und Offizieren ist für die Weiterentwicklung der revolutionären Basisbewegung unabdingbar. Wie bereits im Falle der Zeitung „Republica" (der vom „gemäßigten" neuen Revolutionsrat ein Kredit verweigert wird) ersichtlich, wird auch die neue, sechste Übergangsregierung, in der alle Schlüsselpositionen von der Landwirtschaft über die Industrie bis hin zur Information von PS-Ministern besetzt sind, den autonomen Kommissionen in Fabriken und Dörfern finanzielle Schwierigkeiten bereiten, sie administrativ sabotieren, um sie zu entmutigen. Demonstrationen, die es dann geben könnte, und denen möglicherweise wieder die bisher politisch völlig marginalisierte Polizei des alten Regimes entgegengestellt würde, könnten dann nur mit Unterstützung der revolutionären Soldaten und Offiziere erfolgreich verlaufen. In diesem Zusammenhang bekommt auch die finanzielle Unterstützung der von den Parteien autonomen Bewohner- und Arbeiterkommissionen und ihrer Sekretariate sowie der Landwirtschaftskooperative durch Spenden noch mehr Gewicht.

ROSA CRAVOS

Alptraum New York — Krise einer kapitalistischen Stadt

„Man kann sich kaum vorstellen", so die „Time" vom 16. 6. 1975, „daß die U-Bahnen in New York City überfüllter sein könnten, die Straßen holpriger, die Parks heruntergekommener, die Gammler zahlreicher, die Ambulanzen langsamer oder die Gerichte und Gefängnisse unordentlicher. Aber all dies und beträchtlich mehr wird passieren, wenn New York seiner größten Finanzkrise seit der Großen Depression begegnen will."

Die Krise des amerikanischen Kapitalismus beschert ihren Leidtragenden nicht nur Arbeitslosigkeit und Inflation (die beide gegenwärtig bzw. im Jahresvergleich 10 Prozent betragen), Reallohnabbau — 1973: 3 Prozent (Guardian, 16. 7. 1975) — und sinkende Sozialleistungen. Kürzungen und Einsparungen in Höhe von 17 Mrd. Dollar sind vorgesehen. Sie zerstört auch Finanzen und Funktionen des öffentlichen Dienstes, insbesondere in den Kommunen. Überall im Lande das gleiche Bild: Budgetkrisen, Verschlechterung der öffentlichen Dienste, Lohnkürzungen und Entlassungen. „Die Bürgermeister der meisten amerikanischen Großstädte weisen warnend darauf hin, daß die Kriminalität zunehmen könnte, wenn die Bundesregierung ihnen nicht mehr finanzielle Unterstützung gewährt

„Wartet, bis die Ratten kommen!"
Streik der Müllarbeiter

und ihnen nicht hilft, mehr Arbeitsplätze für Jugendliche für die Sommersaison zu schaffen. Die Bürgermeister, die von den inflationären Verwaltungskosten und den durch die Rezession verringerten Einnahmen schwer betroffen werden, fordern über 17 Mrd. Dollar Regierungsunterstützung" (Extradienst, 13. 5. 1975). Der Bürgermeister von San Francisco: „Der Samen von New York kann in jeder amerikanischen Stadt aufgehen" (Time, 21. 7. 1975). Aber außer schönen Worten kann die Bundesregierung den notleidenden Kommunen nicht viel bieten, sie rechnet selbst mit einem riesigen Defizit in Höhe von 65 Mrd. Dollar für das Finanzjahr 1975/76 (Newsweek, 10. 2. 1975). Bündig teilte die Regierung den Bürgermeistern mit: „Die Krise der Städte wird nicht dadurch gelöst, daß ihre Defizite noch zum wachsenden Budgetdefizit des Bundes beitragen" (Time, 21. 7. 1975).

In seinem Budgetbericht vom Mai 1975 schlug der Bürgermeister von New York City vor, um dem drohenden Bankrott des Stadthaushalts zu entgehen, sofort 38 000 städtische Bedienstete zu entlassen (bis 1976 sogar 72 000, das ist etwa ein Fünftel der Gesamtzahl), umfangreiche Sparmaßnahmen in Erziehungs- und Sozialprogrammen einzuleiten und Bundesgelder zum Defizitausgleich anzufordern. Aus den „Sanierungsvorschlägen" im einzelnen geht klar hervor, wer die Lasten der Krise tragen soll: die Arbeiterklasse, die übrigen Lohnarbeiter — insbesondere die kommunalen — und die Armen: So soll die Krankenversorgung eingeschränkt werden durch die Schließung von acht Krankenhäusern, zehn Gesundheitsambulanzen für Kinder und drei medizinischen Zentren. Gekürzt werden sollen auch die Bildungsausgaben. Besonders betroffen sind Minoritätsprogramme. Die Gebührenfreiheit an staatlichen Hochschulen soll abgeschafft, die Studentenzahl drastisch verringert, 16 000 Lehrer entlassen werden. Ebenso 7200 Polizisten. Der Etat der Feuerwehr soll gekürzt werden, und 2300 Müllmänner sollen auf die Straße fliegen. Schneeräumung, Kindertagesstätten, Bibliotheken usw. — alles soll nur noch mit halber Kraft betrieben werden, Lohnkürzungen und die Streichung sozialer Zusatzvereinbarungen sind vorgesehen.

Wie kam es zu dieser Misere? Auslösend war sicher die Krise der Profitproduktion, welche Fabriken und Arbeitskräfte stillegte und damit auch das Steueraufkommen senkte. Aber es sind noch einige weitere Faktoren ausschlaggebend, die vor allem den zunehmenden lumpenproletarischen Charakter der Stadtkerne und die Aktionen des Bankkapitals betreffen.

Noch immer zieht New York die „Elenden und Bedrückten", zwar nicht mehr aller Welt, aber der US-Kolonie Puerto Rico und des abhängigen Mexiko an. In zwanzig Jahren ist der weiße Bevölkerungsanteil in der City von 87 auf unter 65 Prozent gefallen. Zugleich ziehen vor allem Angehörige der Mittelklasse in die Vorstädte ab. In der City verbleiben so nur noch Geschäftsniederlassungen (die zudem abnehmen) und Slums. Je einer von acht Einwohnern New Yorks ist von der Wohlfahrt abhängig. Vor allem in den 60er Jahren — „Great Society" — hatte die Stadt großangelegte Anti-Armuts-Programme durchgeführt. Sie führten, gerade wegen des ständigen Zuzugs von Einwanderern und deren Existenz am Rande der Erwerbstätigkeit, zu einer gewaltigen Aufblähung der städtischen Ausgaben und der staatlichen Lohnarbeiter, insbesondere im sozialen Bereich.

Diese Kostenexplosion zwang zu Steuererhöhungen, weswegen die steuerliche Belastung in New York pro Kopf der Bevölkerung ebenfalls die höchste ist. Die Wohlhabenderen und die Privatunternehmen wandern ab — in sechs Jahren hat die City nahezu eine halbe Million Arbeitsplätze verloren. In einem „Zyklus der Verschlechterung" (Time) verrottet die Stadt immer mehr. Die Banken aber blühen dabei.

Denn New York, wie auch andere amerikanische Großstädte finanziert sein Budget vor allem durch Schuldverschreibungen — die Stadt emittiert allein ungefähr 30 Prozent aller kurzfristigen Obligationen auf dem US-Markt —, die von den großen Banken wie Chase Manhattan, First National City und dem Morgan Guarantee Trust gehalten werden. Die First National City allein hält Stadtschulden, die höher als ein gesamtes Jahresbudget sind. Der durch die Inflation bewirkte Druck auf die Laufzeiten der Kredite und die Zinsrate (9—10 Prozent) trieb die Schuldendienste der Stadt unaufhörlich in die Höhe — sie stiegen binnen drei Jahren von 9,6 auf 16,2 Prozent des Gesamtbudgets. Solange die Ökonomie noch einigermaßen prosperierte, konnte die Stadt die drohende Finanzkatastrophe noch mit allerlei Budgettricks und weiterer Verschuldung hinausschieben. Als aber im Gefolge der Krise die Sozialausgaben ebenso anschwollen wie die Steuermittel sanken, stand die Stadt vor dem Bankrott.

Neben den oben angegebenen famosen Vorschlägen entwickelte die städtische Administration noch einen anderen Lösungsweg, der die kommunalen Finanzen vollends den Banken ausliefert. Stadt und Banken gründeten eine gemeinsame Agentur (Municipal Assistance Corporation, MAC), die der Stadt bis zum Betrag von 3 Mrd. Dollar die Schulden vorstreckt. Dafür erhält sie die Möglichkeit, langfristige Schuldverschreibungen in kurzfristige umzuwandeln und übernimmt bis zur Rückzahlung des Kredits ein Siebtel der städtischen Einkommensquellen direkt, indem sie die städtischen Verkaufs- und Börsentransfersteuern in eine Staatssteuer transformiert. Daran sind die Banken um so mehr interessiert, als sie infolge der ungeheuer angeschwollenen privaten Verschuldung selbst in der Kreditklemme sind.

Die städtischen Bediensteten fanden sich aber nicht damit ab, daß

sie die Leidtragenden der Krise von „fun city" sein sollten — ohnehin waren ihre Löhne in den letzten Jahren nur um die Hälfte des Nominallohnanstiegs der Lohnarbeiter in der Industrie und im Handel gestiegen. Allein 1974 hatten die staatlichen Lohnarbeiter mit 380 Streiks, obwohl diese meist offiziell verboten sind, im ganzen Land auf die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen und Löhne geantwortet. Der Präsident der AFSCME (American Federation of State, County, and Municipal Employees), der größten Gewerkschaft der staatlichen Lohnarbeiter, erkannte: „Die öffentliche Verwaltung treibt ein Doppelspiel. Sie verspricht Ausdehnung der Dienste und Reduzierung der Steuern. Wenn sie das nicht einlösen kann, macht sie uns zu Sündenböcken" (Time, 21. 7. 75).

Als Anfang Juli fast 20 000 der kommunalen Bediensteten gekündigt wurden, brach der Aufruhr los. Zehntausend Müllarbeiter streikten zwei Tage lang, die Gewerkschaftsführung stimmte nur widerwillig zu. Der Müll stapelte sich in den Straßen; in den Gettos wurde er angezündet und verpestete die Stadt. Die Müllarbeiter versprachen, New York in eine stinkende Stadt zu verwandeln und riefen: „Wartet, bis die Ratten kommen." Schon einen Monat vorher hatten Tausende von kommunalen Angestellten und Arbeitern vor dem Hauptquartier der First National City Bank demonstriert, die Lockerung des Würgegriffs der Banken und teilweise ihre Enteignung gefordert.

Aber die Müllarbeiter blieben im wesentlichen alleine; die übrigen Kommunalarbeiter schlossen sich nicht an. Die Gewerkschaftsführung hatte hinter ihrem Rücken bereits einen Kompromiß ausgehandelt. Die finanziellen Nothilfemaßnahmen der Staatsregierung und der MAC begannen zu wirken. Die Führung der Müllarbeitergewerkschaft wußte in dieser Entscheidungssituation zwischen offener Unterwerfung und offenem Kampf keinen anderen Ausweg, als der Stadt die Lohnsumme zweier Wochen für 3000 Müllarbeiter in Höhe von 1,6 Mio. Dollar vorzustrecken! Der Widerstand der Müllarbeiter gegen dieses Abkommen war stark, aber sie hatten keine Wahl. Der Bürgermeister kündigte die Wiedereinstellung von 750 Müllarbeitern an und stellte weitere Wiedereinstellungen bzw. Reduzierung der Entlassungen in Aussicht. Dies zu erheblich schlechteren Bedingungen, u. a. bei einem Einfrieren der Löhne. Die Gewerkschaftsführer und natürlich auch viele Bedienstete stimmten dem, in die Enge getrieben, zu. Die AFSCME schlug vor, anstelle der vorgesehenen 6prozentigen Lohnerhöhungen Schuldverschreibungen der Stadt mit 6 Prozent Zinsen aus der Gewerkschaftskasse zu erwerben. Das ist der Bankrott der Gewerkschaftspolitik. Aber nicht das letzte Wort. Die Verhältnisse in Hospitälern, Schulen, Reinigungsämtern wird die Lohnarbeiter notwendig zu weiterem Widerstand treiben. In Pennsylvania streikten im Juli zum ersten Mal in der Geschichte des Staates 50 000 staatliche Lohnarbeiter für eine Lohnerhöhung, die wenigstens die Inflation ausgleicht.

GERHARD ARMANSKI

Zur Lage in Indien

Bald nach dem Gerichtsurteil, das am 2. Juni Indira Gandhi das Abgeordnetenmandat absprach, konnte man auch in europäischen Zeitungen Demonstrationsbilder aus Delhi sehen und auf einigen Transparenten den naiven Spruch erkennen: „Das Gesetz, nicht das Individuum ist groß!" Nun, Indira Gandhi will das Gegenteil beweisen, und die zynischen Parolen, die von der Kongreßpartei ausgegeben werden, lauten: „Indien ist Indira und Indira ist Indien!", oder deutlicher: „Ein Land, eine Partei, eine Führerin!" Ausgestattet mit noch größeren diktatorischen Vollmachten als bisher, kann Frau Gandhi jetzt ihre Bedingungen herstellen, unter denen die Kongreßpartei das Kunststück vollenden wird, mit sozialistischen Reden die Macht der Kapitalisten und Großgrundbesitzer zu festigen. Indien setzt seinen Weg in den rhetorischen Sozialismus fort! Mit Genugtuung konnte die FAZ (22. 8. 1975) denn auch feststellen, daß Indira Gandhis neues Wirtschaftsprogramm ganz und gar nicht im Sinne der Kommunisten ist. Die SZ berichtete (26. 8. 1975): „Die Privatwirtschaft atmet auf."

Anlaß für den legalen Coup von Indira Gandhi war die politische Krise, die sich nach dem Gerichtsurteil von Allahabad bedrohlich zuspitzte. Schwerer ins Gewicht fiel wohl noch die Wahlniederlage in Gujarat, die zur gleichen Zeit bekannt wurde. Beide Ereignisse machten deutlich, daß die Kongreßpartei kurz vor dem Wahljahr 1976 an Vertrauen verloren hatte und daß die sonst machtlos zersplitterte Opposition sich erfolgreich aufgerafft hatte, wirksame Wahlbündnisse zu schließen und unzufriedene Massen zu mobilisieren. Es war vorauszusehen, daß Indien erneut einer Zeit heftiger Massenkämpfe entgegenging, die bei der Kombination von organisierten Arbeitskämpfen, spontanen Ausbrüchen, von Gandhi ererbten Methoden des gewaltlosen und sonstigen Mitteln des massenhaften Widerstandes zum Chaos führen könnten. Die durch nicht eingelöste Versprechungen verstärkte Unzufriedenheit der Massen wird jetzt mit Mitteln der Repression und mit neuen — oder besser: erneut proklamierten alten — Versprechungen unter Kontrolle gebracht. Als Heilmittel werden harte Arbeit und Disziplin verordnet.

Die Kongreßpartei ist eine zentristische Partei, die seit der Unabhängigkeit als Regierungspartei die — teilweise widersprüchlichen — Interessen der herrschenden Klassen Indiens vertritt. Sie hat das Land dementsprechend auf den Weg einer kapitalistischen Entwicklung geführt, allerdings mit gewisser Rücksichtnahme auf die Interessen halbfeudaler Führungsschichten auf dem Lande, wie die halbherzig durchgeführten Agrarreformen zeigen. 25 Jahre Entwicklungspolitik im Rahmen von Fünf-Jahres-Plänen haben zwar eine Verdreifachung der industriellen Produktion und eine Verdoppelung der landwirtschaftlichen Produktion, aber nicht eine Verbesserung im miserablen Leben der Mehrheit der Bevölkerung gebracht. Profitiert haben die obersten Schichten, die höchstens 15 Prozent der Bevölkerung umfassen: zunächst die industrielle Bourgeoisie, besonders die Monopolbourgeoisie, die höhere Beamtenschaft, die Großhändler, die Großgrundbesitzer und eine neue Schicht von reichen Bauern (dank der grünen Revolution), und dann einige Mittelschichten, die von der akademischen Intelligenz bis zu den geschulten Industriearbeitern reichen. Die Letzteren haben sich dank gewerkschaftlicher Organisation ein Minimum an Sicherheit erkämpft, das allerdings durch Inflation ständig gefährdet wird. Nach Regierungsangaben leben nach wie vor mehr als 40 Prozent der Bevölkerung unter der sogenannten „Armutsgrenze" und nochmals 40 Prozent knapp darüber.

Bislang gibt es in Indien keine Oppositionspartei, die überall im Lande über eine einigermaßen gleichmäßig starke Basis verfügt, und keine, die sowohl im modernen, kapitalistischen Indien wie im traditionellen, marginalisierten Indien ihre Wurzel hat, wie das — noch immer dank Gandhi — von der Kongreßpartei gilt. Die große, von Moskau und Peking unabhängige „Communist Party of India (Marxist)" — CPI(M) — und andere linke Parteien sind stark in Kerala und West-Bengalen; sie sind schlichtweg abwesend in einem Staat wie Gujarat, wo die spontane Anti-Kongreßbewegung nur bei den rechten Oppositionsparteien zu Buche geschlagen ist. Neben dieser historisch und kulturell bedingten Ungleichmäßigkeit der Entwicklung und dem entsprechenden Mangel an Profil auf nationaler Ebene ist die Zersplitterung der Linken die wichtigste Ursache dafür, daß sie die Massen bis jetzt nicht im objektiv möglichen Ausmaß unter ihren Fahnen hat mobilisieren können. Stattdessen hatte im letzten Jahr eine außerparlamentarische und nicht parteigebundene Bewegung unter der charismatischen Führung des ehemaligen marxistisch orientierten Sozialisten, Freiheitskämpfers und späteren Gandhianers J. P. Narayan über ihre Ausgangsbasis Gujarat und Bihar hinaus nationale Bedeutung gewonnen. In ihr artikulierte sich vornehmlich die Enttäuschung frustrierter Mittelschichten, die ihre Hoffnungen auf einen bescheidenen Anteil an den Früchten der modernen Entwicklung schwinden sahen — z. B. die Studenten ohne Aussicht auf Beschäftigung — und die dafür die korrupten Politiker und Bürokraten verantwortlich machten. (Die neuen Maßnahmen der Regierung zielen u. a. auf die Beruhigung dieser politisch gefährlichen Schichten.) Die CPI und ihre Freunde schimpfen J. P. gelegentlich einen Faschisten, eine verheerende Vereinfachung eines komplizierten Sachverhaltes.

Einen Vorgeschmack von dem, was kommen könnte, hat Indien schon 1972 zu spüren bekommen, als die Kongreßpartei mit offenem Terror freie Wahlen in West-Bengalen verhinderte. Anders wäre es auch nicht möglich gewesen, dort dem Einfluß der CPI(M) zu begegnen. Der aufsehenerregende Bericht von Amnesty International über die horrende Zahl (35 000) der politischen Gefangenen in Indien hat 1974 das Image der größten „Demokratie" der Welt zurechtgerückt. Ein konkreter Ausdruck der Besorgnis um die Erhaltung bürgerlicher Freiheiten waren die Bürgerrechtsbewegungen. Mit Notstandsmaßnahmen wie Defence of India Rule (DIR) oder Maintanance of Internal Security Act (MISA) wurde seit mehreren Jahren politische Opposition niedergeschlagen. Der jetzige Notstand ist nichts neues, sondern nur die Kulmination eines schon seit Jahren fortdauernden Zustandes.

In den letzten Jahren hat die CPI(M) wiederholt auf die Gefahren einer Einparteien-Diktatur der Kongreßpartei hingewiesen. Sie hat zu einer links-demokratischen Koalition zur Verteidigung der Interessen der Massen in Indien aufgerufen. Die Unterstützung der Kongreßpartei durch die nach Moskau orientierte „Communist Party of India" (CPI) ließ dies aber nicht zu. Während die kapitalistische Presse Tränen über den Verfall der Demokratie in Indien weint — obwohl sie jahrelang gerade die Demokratie zum Sündenbock für die rückständige Entwicklung in Indien stempelte —, lesen wir in DKP-Zeitungen, daß in Indien ein heroischer Kampf gegen den Faschismus ausgetragen werde. Es gelte,

„Provokation" gegen Indira Gandhi

Die Kampagne der reaktionären Kräfte Indiens gegen Indira Gandhi fand ihren neuesten Höhepunkt in einem Gerichtsbeschluß, der der Ministerpräsidentin Wahlmanipulation vorwirft. Indira Gandhi wies diesen Vorwurf zurück. Fast täglich kommt es vor ihrer Residenz zu großen Sympathiekundgebungen. Frau Gandhi betonte: „Ungeachtet aller Schwierigkeiten wird das Land wirtschaftliche Ungleichheit sowie soziale Ungerechtigkeit beenden."

Indien aus DKP-Sicht in der Berichterstattung der UZ.

Frau Gandhi — diese moderne Jeanne d'Arc — zu unterstützen.

Wie begründet die CPI ihre Unterstützung für Indira Gandhis Kongreß? Eine Analyse der Politischen Resolution, die vom 10. Parteikongreß zu Anfang dieses Jahres verabschiedet wurde, zeigt die Widersprüchlichkeit ihrer Position. Die unabhängige, um die Einigung der Linken sich bemühende „Marxist Review" (Mai-Juni 1975) faßt es wie folgt zusammen: „Die Analyse der Lage lautet in den Worten der CPI: ‚Angesichts der Krise' — gemeint ist die Krise von 1972—74, die als beispiellos in der Geschichte des unabhängigen Indiens charakterisiert wird, — ‚haben unsere bourgeoisen Machthaber (. . .) versucht, die Last den arbeitenden Massen aufzubürden.' Gemeint sein muß die Kongreßregierung. Die taktische Linie lautet aber: ‚Die Partei verwirft entschlossen die politische Parole von der ‚Nicht-Kongreß-' oder ‚Anti-Kongreß'-Einheitsfront; ihre Linie wird weiterhin die der ‚Einheitsfront zwischen der Linken und den demokratischen Kräften innerhalb des Kongresses' sein. Die Praxis ist nochmal anders, weil da überhaupt keine Unterscheidung innerhalb des Kongresses gemacht, sondern eine pauschale Unterstützung der regierenden Partei betrieben wird."

Soweit die Marxist Review. Die CPI hofft offenbar, auf diese Weise langsam mehr Anteil an der Macht zu bekommen, und Indien dann mittels einer Ausweitung der staatlichen Kontrolle über die Wirtschaft und einer Verstärkung der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten auf einen nicht-kapitalistischen Weg zu führen. Das Kalkül mag nicht ohne Logik sein, aber die Rechnung wird auf jeden Fall ohne die Massen gemacht. Ihnen bleibt zunächst im Rahmen dieser Politik nichts anderes übrig als durch disziplinierte Arbeit, soweit sie Arbeit haben, zur Stabilisierung des kapitalistischen Indiens beizutragen oder sonst im marginalisierten, von der kapitalistischen Entwicklung ausgeschlossenen Indien der Mehrheit der Bevölkerung, ohne Mucken auf bessere Zeiten zu warten.

Radikale Reformen wie sie längst fällig sind, wären nur realisierbar mit Hilfe einer mit den Massen verbundenen Kaderpartei. Das zeigt das Beispiel des Staates Kerala, wo die Gesetzgebung in vielen Bezirken am weitesten fortgeschritten ist. Die CPI beruft sich gerne darauf, da sie bekanntlich in der dortigen Koalitionsregierung mit dem Kongreß den Ministerpräsidenten stellt. Es wird aber unterlassen zu erwähnen, daß die Gesetze ihre entscheidende Vorgeschichte in einer von der CPI(M) geführten Koalitionsregierung ohne den Kongreß haben, und, was wichtiger ist, daß ihre Durchführung durch militante Massenaktionen unter Führung der in der Opposition sfehenden CPI(M) gefördert und teilweise erzwungen wurde. Wo die CPI ohne Druck von links mit dem Kongreß im Bündnis ist, ist nichts vergleichbares geschehen, wie die Beispiele Bihar, Orissa und West-Bengalen zeigen.

Ausgestattet mit neuen Vollmachten muß Indira Gandhi die Forderungen der herrschenden Klassen durchsetzen: Streikverbot, großzügigere Lizenzverteilung, keine Verstaatlichung wesentlicher Sektoren und bürokratische Effizienz. Es paßt nur zu gut in dieses Bild hinein, daß Frau Gandhi gegen die „Disziplinlosigkeit" im Volk wettert, die nun für die Säumnisse der Regierung schuldig gemacht wird. Das Symptom soll ausgemerzt werden, damit niemand die Krankheit wahrnimmt.

Gegen die von Moskau und Peking unabhängige CPI(M) richtet sich nun, wie es scheint, der Hauptangriff. Ihre Führer wurden zum Teil inhaftiert, und ihre Kader in den Untergrund getrieben, während die CPI in keiner Weise durch den ausgerufenen Notstand belästigt wird.

NACH INDISCHEN KORRESPONDENZEN ZUSAMMENGESTELLT.

Weizen für die Sowjetunion

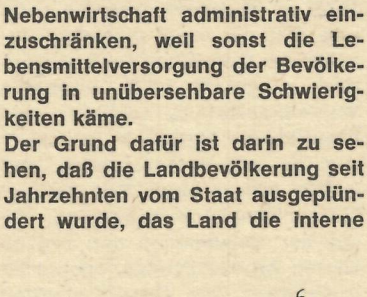
Alle paar Jahre wieder kauft die Sowjetunion mehrere Millionen Tonnen Weizen in den USA — ein Anlaß zu kapitalistischem Frohlokken. Zum einen natürlich, weil es die Überproduktion mindert und die Inlandpreise in den USA kräftig erhöhen hilft, zum anderen als ideologisches Demonstrationsobjekt par excellence für die Überlegenheit der Privatwirtschaft über das planwirtschaftliche „Dogma". So klärte Gräfin Dönhoff gerade jetzt wieder (Die Zeit vom 5. 9.) die sowjetische Führung auf, daß sie sich zwischen (in der Sowjetunion in Zukunft privatwirtschaftlich zu produzierendem) „Weizen oder (kalorienlosem) Dogma" zu entscheiden habe, wenn die Sache nicht „tödlich" ausgehen solle. „Würden die Sowchosen beibehalten, die Kolchosen jedoch in private Bauernbetriebe verwandelt, so wäre dies (Devisenausgaben für Nahrungsmittel) nicht notwendig. Beweis: die privaten Kleinerzeuger bestreiten in der Sowjetunion fast ein Viertel der agrarischen Produktion. Dabei steht ihnen aber nur ein winziger Bruchteil des Produktionsmittels ‚Boden' zur Verfügung . . . Verwunderlich ist nur, daß die sowjetische Führung lieber immer weiter Milliarden ausgibt, als einmal zuzugeben, daß etwas falsch ist am System."

Die sowjetische Landwirtschaft und Landbevölkerung ist in einer miserablen Situation, daran kann nicht gedeutelt werden. Aber schauen wir zunächst die Zeit-gemäße ökonomische Lehre an. Dönhoff stellt fest, daß 1975 der sowjetische Finanzminister die laufenden Aufwendungen zur Finanzierung der Landwirtschaft „— wir würden dies als Subventionen bezeichnen —" auf 37,1 Milliarden Rubel, rund 120 Milliarden Mark, veranschlagt hat. Subventionen sind im Kapitalismus staatlich finanzierte Eingriffe in den „freien" Markt. In einer Staatswirtschaft, in der auch die genossenschaftliche Landwirtschaft durch staatliche Produktionsauflagen, staatlichen Produktenkauf und staatliche Investitionen und Lohnregulierungen gelenkt wird, ist es jedoch absurd, die staatlichen finanziellen Aufwendungen für die Landwirtschaft als „Subventionen" zu bezeichnen.

Gräfin Dönhoff beobachtet, daß in der DDR und in der Sowjetunion „private Kühe" rund ein Drittel mehr Milch geben als „sozialisierte Kühe". Außerdem wisse das Zipperlein im Bein des rückständigsten Bauern den Regen besser vorherzusagen als die Parteizentrale in der fernen Bezirksstadt, die nach der Dönhoffschen Einsicht angeblich (und unvernünftig) den Beginn der Feldbestellung und der Ernte anordnet. Läßt sich die Überlegenheit der Privatwirtschaft nicht treffender „beweisen"? Nun, in den privaten amerikanischen Großfarmen kommandiert sicherlich auch nicht das Zipperlein des Bäuerleins, sondern die mehr oder weniger zuverlässige Wettervorhersage, die noch weiter weg als in der „fernen Bezirksstadt" unter Ausnutzung von Weltraumwetterstationen gemacht wird, den rationellsten Termin des Beginns der Feldbearbeitung und der Erntearbeiten.

Daß die „sozialisierten Kühe" weniger Milch geben als die „privaten Kühe", ist nicht verwunderlich, da sie in extensiver Weidewirtschaft gezüchtet werden, während die Kühe auf dem halben Hektar Hofland mit weitaus größerem Arbeitsaufwand aufgepäppelt werden. Nicht die „sozialisierte" Viehzucht und der Ackerbau sind unökonomisch, sondern die private Nebenwirtschaft der Kolchosbauern, Sowchosarbeiter und vieler Landbewohner (Büroangestellte, Lehrer, Ärzte usw.). Dennoch kann es sich die sowjetische Führung auf absehbare Zeit nicht leisten, diese Nebenwirtschaft administrativ einzuschränken, weil sonst die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung in unübersehbare Schwierigkeiten käme.

Der Grund dafür ist darin zu sehen, daß die Landbevölkerung seit Jahrzehnten vom Staat ausgeplündert wurde, das Land die interne Kolonie der rasch expandierenden Stadt und Industrie war und in gemäßigter Form noch immer ist. Das Entgelt für die reguläre Arbeitszeit in Geld und Naturalien ist zu niedrig, um die Arbeitskraft zu reproduzieren. Deshalb muß der Landbewohner (der in der Landwirtschaft Tätige, aber auch viele sonstige Arbeiter und Angestellte) einen Teil seiner Freizeit, unter Hinzuziehung von Kindern und Alten, zur Reproduktion seiner Arbeitskraft verwenden, während er in der offiziellen Arbeitszeit zum großen Teil das Mehrprodukt für den Staat erzeugt. Da der Plan, der Staat ihm als fremde Macht gegenübertritt, hat er kein großes Interesse an der Erhöhung der Produktivität seiner offiziellen Arbeit. Einen großen Teil seiner Energien, Umsicht mit Arbeitsmaterial und Vieh verwendet er deshalb für sein Privateigentum; von der Umfunktionierung gemeinwirtschaftlicher Futtermittel, Düngemittel, Baumaterialien ganz abgesehen. Die höhere Produktivität der privaten Nebenwirtschaft setzt deshalb die geringere Produktivität der Kolchosen und Sowchosen voraus; sie ist also nicht durch die Verallgemeinerung der Privatisierung der Landwirtschaft auf gleichem Niveau zu erhalten. Das hohe Lob der sowjetischen Privatlandwirtschaft verschweigt den simplen Hintergrund: Mehrarbeit.



Der Ausweg aus der Misere der sowjetischen Landwirtschaft ist deshalb nicht Privatisierung der „sozialistischen" Wirtschaft , sondern tatsächliche Sozialisierung, Vergesellschaftung der bürokratischen Wirtschaft, durch die die Trennung zwischen Staat(sbürokratie) und Produzenten als zwei sich gegenüberstehenden sozialen Kräften überwunden wird.

Erst wenn die Produkte zur individuellen und zur gemeinschaftlichen Konsumtion (Bildungs- und Unterhaltungsveranstaltungen), die der Landbewohner für seine Arbeit in seiner regulären Arbeitszeit erhält, ausreichen, um auf einem höheren Niveau seine Arbeitskraft zu reproduzieren, kann die private Nebenwirtschaft „absterben". Dies setzt langfristig auch die Senkung des an die Stadt und an den Staat gelieferten Mehrprodukts voraus. Dies ist grundsätzlich heute schon möglich, nachdem die ökonomische Rückständigkeit der Sowjetunion gegenüber den kapitalistischen Hauptmächten in wichtigen Bereichen annähernd aufgeholt, die militärische Verteidigungsfähigkeit gesichert ist. Solange jedoch mit dem Mehrprodukt auch eine Million Soldaten mit zugehöriger Rüstung an der chinesischen Grenze zusätzlich zu versorgen sind, wird aus der langfristigen nur eine noch längerfristige Perspektive für eine grundlegende Verbesserung der Lage der arbeitenden Landbevölkerung in der Sowjetunion. Dies zu ändern, ist keine Frage der ökonomischen „Entwicklung", des „Aufbaus der materiell-technischen Grundlagen" des Kommunismus.

JOHANN EGGERT

Wirtschaftskrise, Konjunkturprogramm und Entwicklung der Klassengegensätze

Elmar Altvater / Christel Neusüss

FORTSETZUNG VON SEITE 1

verständnis in eine schwere Krise. Die Zusammenarbeit mit der staatlichen Wirtschaftspolitik war in diesem Selbstverständnis legitim, da angenommen wurde, daß mit wirtschaftspolitischen Mitteln die Vollbeschäftigung hergestellt werden könnte, sofern sich die Gewerkschaften kooperativ verhalten. Zeitweise Lohnzurückhaltung galt als Preis für die Vollbeschäftigung, aber für diesen Preis war die Vollbeschäftigung immerhin zu haben – so dachte man.

Wie schon seit Mitte der 50er Jahre war auch nach der Krise von 1967 Vollbeschäftigung die Machtbasis für gewerkschaftliche Politik. Gerade von der SPD als Regierungspartei und ihrer „modernen" Wirtschaftspolitik erhoffte man ein effektives Krisenmanagement, welches in seiner politischen Ausrichtung vom Interesse der Arbeiter an sicheren Arbeitsplätzen auszugehen habe. Wurde diese Erwartung nicht durch die unmittelbare Erfahrung bestätigt? Hatte nicht die Krise 1967 ein schnelles Ende genommen, nachdem erst einmal die Erhard-Regierung gestürzt und die SPD mit an der Macht war? War eine Zusammenarbeit vom Standpunkt der Gewerkschaften als Interessenvertretung der Arbeiter nicht vernünftig?

Die in der gegenwärtigen Krise weiterhin sehr hohe und noch ansteigende Arbeitslosigkeit muß daher Konsequenzen sowohl für die Sozialdemokratie als auch für die Gewerkschaftspolitik haben. Die Integration der Arbeiter und Angestellten und ihrer Organisationen wird mit jedem Monat fortschreitender Krise weniger über ein einsehbares, „vernünftiges" Interesse vermittelt werden können. Ökonomische und politische Repression sowie die Ausnutzung von Angst und Ohnmacht treten in zunehmendem Maße als Mittel der „Integration" an deren Stelle. Mancher mag noch hoffen, das zweite Konjunkturprogramm werde schon seine Wirkung tun und die Konjunktur ankurbeln, aber solche Hoffnungen stoßen sich mit der Realität. Mit der Vollbeschäftigung als „Nagelprobe der freien Marktwirtschaft" (H. O. Vetter) wird es in der nächsten Zeit nichts werden. Dies ist auch deshalb hervorzuheben, weil neue historische Erfahrungen auch gesellschaftliche und politische Lernprozesse zur Folge haben. Daß sich gegenwärtig die Arbeiterklasse und ihre Organisationen in Westdeutschland kaum bewegen, kann noch nicht als Indiz dafür genommen werden, daß es auch in Zukunft

keinen Klassenwiderstand geben wird. Unmittelbare Erfahrungen sind in ihrem historischen Zusammenhang zu sehen; Überlegungen zur politischen Taktik müssen sich an den historischen Entwicklungsprozessen orientieren, um nicht blind der jeweiligen Pseudokonkretheit auf den Leim zu gehen, wie dies der Tendenz nach in allen drei strategischen Aufsätzen (von Blechschmidt, Wedekind und Jonas/Ludwig) in „links" Nr. 69 geschehen ist.

Die kapitalistische Krise läßt sich nicht sozialdemokratisch managen

Eine durchgängige Vorstellung innerhalb der Gewerkschaften (aber auch in der sozialistischen Linken, wie gerade der Beitrag Aike Blechschmidts deutlich vor Augen geführt hat) ist diejenige von der politischen Manipulierbarkeit der ökonomischen Prozesse. Die Auffassung von der staatlich machbaren „Vollbeschäftigungsgarantie" hat zumindest in den Jahren der Hochkonjunktur die theoretischen Diskussionen in der Sozialdemokratie, aber auch innerhalb und im Umkreis des Sozialistischen Büros beeinflußt. Wenn die Ökonomie dann dennoch in die Krise gerät, dann liegt dies – entsprechend diesen Vorstellungen – am ungenügenden wirtschaftspolitischen Instrumentarium oder an Fehlern der wirtschaftspolitischen Instanzen. Das Interpretationsmuster der Krise von 1966/67 folgt dann diesem Modell: Für Herbert Ehrenberg, einen führenden Ideologen der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik, war die Krise von 1966/67 die unmittelbare Konsequenz von Unfähigkeit und Ignoranz der wirtschaftspolitischen Instanzen, wobei insbesondere die Bundesbank eine fatale Rolle gespielt habe, indem sie mit ihrer bewußten Restriktionspolitik die Wirtschaft in die Krise getrieben habe. Die Folge der rund 800.000 Arbeitslosen, den Produktionsausfall von 37 Mrd. DM, habe denn auch die Wirtschaftspolitik zu verantworten. Die Lehren der Rezession sind aber mit der Verbesserung des wirtschaftspolitischen Instrumentariums gezogen worden. „... mit dem Keynesschen Instrumentarium kam in die Wirtschaftspolitik die Möglichkeit des Machbaren der Konjunktursteuerung zur Verhinderung von Krisen. Mangelhafte bzw. zu späte Anwendung des Instrumentariums hat zwar immer wieder dazu geführt, daß auch die Möglichkeiten machbarer Wirtschaftspolitik bezweifelt werden, obgleich nur der Mut zur Anwendung bzw. die richtige Einschätzung der Situation gefehlt hat." (Ehrenberg, Zwischen Marx und Markt, Frankfurt 1974, S. 37).

Wenn die gegenwärtige, im Vergleich zu 1967 tiefere Krise ebenfalls an wirtschaftspolitischen Fehlern liegt, dann muß sich allerdings die SPD als hauptverantwortliche Regierungspartei selbst die Verantwortung in die Schuhe schieben; sie darf sich jedenfalls nicht wundern, wenn ihrem eigenen ökonomischen Interpretationsmodell folgend, die Wählermassen von einer anderen Regierung die Korrektur der Fehler und damit einen erneuten, da ja wirtschaftspolitisch machbaren, Aufschwung erwarten.

Eine Beurteilung der Wirtschaftspolitik der sozialliberalen Koalition kommt allerdings nur weiter, wenn sie sich von solchen Erklärungsversuchen freimacht und die Krise als zugespitzten Ausdruck der kapitalistischen Verwertungsprobleme auf dem Weltmarkt begreift. Bezeichnenderweise ist in Westdeutschland langfristig die Rentabilität des Kapitals gesunken, und zwar vor allem, weil die Intensität des Kapitaleinsatzes je Beschäftigtem enorm angestiegen ist. In zweiter Linie sind für die gesunkene Profitträchtigkeit des Kapitals die gestiegenen Löhne und damit die angewachsenen Lohnstückkosten verantwortlich; dies allerdings in verstärktem Maße erst seit 1970. Die steigenden Lohnstückkosten sind unmittelbarer Ausdruck der in der Hochkonjunktur verbesserten Situation der Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt. Die ansteigende Kapitalintensität ist Folge des verstärkten Einsatzes moderner Technologie im Produktionsprozeß, um in der Konkurrenz auf dem Weltmarkt Schritt halten zu können. Wenn diese beiden Faktoren – im wesentlichen – für die absinkende Kapitalrentabilität verantwortlich sind, dann heißt dies, daß die Herstellung der Profitabilität des Kapitals keineswegs allein von der Lohnentwicklung abhängig sein kann. Dies ist ein erstes Resultat, das sich gegen bestimmte Rezepte des Krisenmanagements richtet, die von einer „maßvollen" Lohnpolitik den Wiederaufschwung erwarten.

Die Abnahme der Kapitalrentabilität besagt noch nicht unmittelbar etwas über die tatsächliche Investitionstätigkeit der Unternehmer. Denn es wird bei Investitionsprojekten nicht nur die absolute Höhe der Rentabilität, sondern auch die Rentabilität im Vergleich zu anderen Branchen und Ländern berücksichtigt. So kann die Investitionstätigkeit trotz absinkender Kapitalrentabilität noch sehr hoch sein, wenn sich die Rentabilität in anderen Branchen und Ländern im Vergleich schlechter ausnimmt, zumal ja eine absinkende Kapitalrentabilität (Profitmassen auf den Kapitaleinsatz bezogen) durchaus und in der Regel mit ansteigenden Profitmassen verbunden ist, so daß die finanziellen Möglichkeiten für Investitionen vorhanden sind. Aber es kommt der Punkt, an dem eine „rationale", d. h. unter kapitalistischen Kriterien rationale Kalkulation klarmacht, daß jede weitere Investition die Rentabilität weiter senken wird, da die dann zusätzlich geschaffenen Produktionskapazitäten nicht mehr voll auslastbar sind oder aber die Preise der Waren gesenkt werden müßten. So kommt es, daß in Westdeutschland der Anteil der Investitionen am Bruttosozialprodukt seit Beginn der 70er Jahre stagniert (allerdings auf einem, im Vergleich zu anderen Ländern sehr hohen Niveau), um seit 1973 (25,6 vH) über 23,2 vH im Jahre 1974 auf 22,4 vH im ersten Vierteljahr 1975 abzusinken. Die Kapitalakkumulation stagniert oder anders ausgedrückt: Die Kehrseite

der fallenden Profitrate, die in der absinkenden Kapitalrentabilität empirisch indiziert wird, ist die Überakkumulation von Kapital. Dies gegenüber einer eklektischen Krisenerklärung, die zwar vom Fall der Profitrate spricht, aber die Überakkumulation nicht wahrhaben will (Blechschmidt „links" 67/69).

Wenn weniger investiert wird, sinkt die Produktion in den Produktionsmittel produzierenden Sektoren, die technologisch auch weiterhin freigesetzten Arbeitskräfte finden keinen erneuten Arbeitsplatz, da ja keine neuen Arbeitsplätze geschaffen werden. Kurzum, die Arbeitslosigkeit steigt, und Produktionskapazitäten werden nicht genutzt. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat ausgerechnet, daß während der Krise 1967 auf diese Weise 37 Mrd. DM zu wenig produziert worden sind. Für die Krise 1974/75 gibt es dafür noch keine genauen Kalkulationen. Jedoch überschlägig läßt sich schon so viel aussagen: Geht man von einer möglichen Produktion bei durchschnittlicher Kapazitätsauslastung im Jahre 1974 von 620 Mrd. DM aus, dann fehlen gegenüber den tatsächlich erzielten 596,7 Mrd. DM 23,3 Mrd. DM (in Preisen von 1962). 1975 wird die Differenz (BSP ca. 580 Mrd. DM, Produktionspotential 640 Mrd. DM) schon rund 60 Mrd. DM betragen. Zu ähnlichen Größenordnungen gelangt man, wenn man das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen im Jahre 1974 (34.253 DM) mit der Zahl der Arbeitslosen multipliziert und die Kurzarbeiter, sowie die aus dem Produktionsprozeß aufgrund der Krise Ausgeschiedenen berücksichtigt. Dann ergibt sich eine Lücke von ca. 60 bis 70 Mrd. DM. Diese Zahlen verdeutlichen die Verluste der Krise für die Gesellschaft, den Charakter kapitalistischer Rationalität, und sie stellen eine Vergleichsgröße für die staatlichen Konjunkturprogramme dar, auf die sogleich einzugehen sein wird.

Nicht das Ausland ist schuld an der Krise

Zuvor jedoch ist noch die Auseinandersetzung mit einem Argument zu führen, das, wenn auch nicht zur Erklärung der Ursachen, so doch zur Erklärung der besonderen Schärfe der Krise herangezogen wird: die BRD-Wirtschaft habe allein im Jahre 1975 einen Exportausfall in Höhe von rund 40 Mrd. DM zu verkraften. Ist also das Ausland schuld an der Schwere der Wirtschaftskrise? Von westdeutschen Politikern wird der „Exportausfall" gern als Entschuldigung für mangelnde Erfolge des Krisenmanagements vorgebracht. Aber diese Entschuldigung zählt nicht nur nicht, sie verdreht die wirklichen Zusammenhänge. Es mag auch mangelnde Enttäuschung darüber mitschwingen, daß nicht wie 1967 der schnelle Aufschwung durch einen expandierenden Weltmarkt herbeigeführt wird. Seit der Krise von 1967 weist nämlich Westdeutschlands Handelsbilanz einen permanenten Überschuß der Exporte über die Importe auf – und dies trotz mehrmaliger Aufwertungen der DM. Allein 1974 belief sich der Überschuß auf fantastische 50 Mrd. DM, und im ersten Halbjahr 1975 betrugen die Überschüsse immer noch 19,7 Mrd. DM. Exportüberschüsse trotz eines Exportausfalls von 40 Mrd. DM? Die Erklärung ist einfach: Denn Westdeutschland importiert entsprechend weniger, so daß immer noch Überschüsse in der Handelsbilanz zustandekommen.

Volumenmäßig stagnieren die westdeutschen Importe bereits seit Anfang 1973 (also vor der „Ölkrise"), während die Exporte noch bis in die zweite Jahreshälfte 1974 zunehmen. Mit Recht könnten die Handelspartner Westdeutschlands klagen: Unsere ökonomische Krise liegt daran, daß Ihr Westdeutschen zu wenig importiert. So haben wir einen entsprechenden Exportausfall zu vergleichen. In dieser fiktiven Argumentation wird die Struktur des kapitalistischen Weltmarkts sichtbar. Auf die Dauer muß der Weltmarkt in die Krise geraten, wenn einzelne Länder permanente Handelsbilanzüberschüsse (vor allem die BRD und Japan), andere Länder ebenso permanente Handelsbilanzdefizite (vor allem England und Italien) aufweisen. Also ist an der verschärften Krise in der BRD keineswegs das Ausland schuld. Die Krise ist in der Struktur des Weltmarkts angelegt; und die BRD ist davon ein relevanter Teil.

Wenn also die Importe eher abnehmen als die Exporte, dann bleibt keine andere Möglichkeit, als die Krisenursachen in internen Bedingungen der Kapitalakkumulation zu suchen.

Wenn auch in öffentlichen Verlautbarungen alle möglichen Erklärungsmuster vorgestellt werden – die einen sprechen vom „verkrampften Herzmuskel" (Sachverständigenrat), die anderen von einem „Formtief des Kapitalismus" („Neue Zürcher Zeitung"), die dritten machen die Geldpolitik verantwortlich (die Monetaristen), die vierten geben den gewerkschaftlichen Lohnforderungen die Schuld (die Arbeitgeber), die fünften der Regierung (die Opposition) usw. –, so kommt doch hinter dem ideologischen Schleier, der über die krisenhafte Funktionsweise des kapitalistischen Systems gebreitet wird, der Zusammenhang von Profiten, Investitionen, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung zum Ausdruck. Der Sachverständigenrat stellt in seinen „tarifpolitischen Leitsätzen" für 1975 fest, daß erstens die Einkommensverteilung nicht mehr zugunsten der „Arbeitnehmer" verbessert werden soll und zweitens eine „überproportionale Zunahme der Gewinn- und Kapitaleinkommen ... zu begrüßen" (Ziffer 59* des Jahresgutachtens von 1974) wäre. Die deutsche Bundesbank sieht die Gewinnerwartungen durch Ölpreissteigerungen und Lohnerhöhungen gefährdet, so daß die „Investitionsneigung" übergebührlich beeinträchtigt worden ist. Und in der Süddeutschen Zeitung kann man lesen: „Wer es für sozial hält, den Unternehmungen die Erträge wegzunehmen, die zur Sicherung der alten und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze unentbehrlich sind, hat das System der Marktwirtschaft noch nicht begriffen" (vom 29. 8. 1975). Schlicht und einfach geht es bei der Krisenvermeidungsstrategie denn auch darum, das „Investitionsklima" zu verbessern, die Zuwachsrate der Investitionen höher als die Zuwachsrate des realen Sozialprodukts zu gestalten (so der Sachverständigenrat in seinem Sondergutachten vom August 1975, so Wirtschaftsminister Friderichs). Da die Investionen fast ausschließlich aus den Profiten finanziert werden, ist diese so neutral klingende Aussage gleichbedeutend mit der Aussage: zur Herbeiführung und Aufrechterhaltung einer bestimmten Wachstumsrate des Sozialprodukts und zur Schaffung von Arbeitsplätzen müssen die Profite nicht nur absolut, sondern auch relativ (bezogen auf die Lohn- und Gehaltseinkommen) zunehmen. Dies wird nicht nur Lohneinbußen, sondern eine echte Reallohnsenkung zur Folge haben.

Konjunkturprogramm für eine aufstrebende imperialistische Großmacht

Damit sind die Eckwerte des gegenwärtigen Konjunkturprogramms umrissen. Um aber die Spezifik der Kombination von Spar- und Konjunkturpolitik heute zu verstehen, ist es notwendig, einen kurzen Rückblick auf die Absichten des ersten Konjunkturprogramms vom Dezember 1974 (vgl. „links", Nr. 63) zu unternehmen. Es ist beachtenswert, wie die sozialliberale Regierung sich Konjunkturpolitik vorstellte. Sämtliche linkskeynesianische Flausen vom Krisenmanagement durch Konsumerhöhung, die den Lohnabhängigen hätten zugute kommen können, wurden von vornherein beiseite geschoben. Man wollte durch eine „zeitlich begrenzte besondere Förderung die private Investitionstätigkeit schon für die erste Jahreshälfte 1975 spürbar anregen". Von dieser Annahme eines durch das Konjunkturprogramm von knapp 2 Mrd DM angeregten Wirtschaftsaufschwungs ging die Regierung auch tatsächlich aus, heißt es doch im „Programm stabilitätsgerechter Aufschwung": „Die durch die befristete Gewährung dieser Investitionszulage unmittelbar eintretenden Steuerausfälle werden durch Steuermehreinnahmen aus der erwarteten Belebung der Wirtschaftstätigkeit mindestens ausgeglichen."

Aber geldpolitische Leitsätze, ein Appell an die „Verantwortung der autonomen Gruppen", eine Mobilitätszulage für Arbeiter und Angestellte, zusätzliche öffentliche Ausgaben in Höhe von 1,7 Mrd DM und die schon erwähnte Investitionszulage von 7,5 vH der Anschaffungs- oder Herstellkosten hatten keine Wirkung, außer daß womöglich noch Investitionen vorgenommen wurden, die Arbeitsplätze wegrationalisierten. In einigen westdeutschen Betrieben hat es gegen die staatlich subventionierte Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen Streikaktionen gegeben (z. B. bei AEG-Kanis in Nürnberg).

Es wäre allerdings ein Irrtum anzunehmen, daß allein ein quantitiv größeres Programm die Krisenmisere des Jahres 1975 hätte aufhalten und in einen erneuten Wirtschaftsaufschwung umschlagen lassen. Das Spezifikum der gegenwärtigen Krise wird mit dem Begriff der Stagflation einigermaßen korrekt umschrieben. Die Gleichzeitigkeit von Inflation und Stagnation macht eine Wirtschaftspolitik des defizitären Geldausgebens, wie sie im Konzept der Globalsteuerung angelegt ist, problematisch. Denn die Staatsverschuldung steigt dann an, und damit entsprechende

neu im Oktober

TRIKONT-VERLAG
8 München 80 Josephsburgstr. 16

Daniel Cohn-Bendit
Der große Basar

„Danny" wurde aus Frankreich ausgewiesen und lebt heute in Frankfurt. Seine Erzählungen und Reflexionen aus dem „Basar" seines politischen Lebens sind gleichzeitig Bestandsaufnahmen und Schlußfolgerungen aus der Geschichte der letzten 10 Jahre. Mai 68 aus heutiger Sicht eines Beteiligten. Kritik des Kommunismus. Das Identitätsproblem eines linksradikalen Juden. Israel. Starkult.
In Deutschland: Betriebsarbeit, Emigranten, Rocker, politischer Terrorismus, Häuserkampf, Wohngemeinschaften, Kinder, Diskussion neuer Agitationsmittel und Organisationsformen.
ca. 200 Seiten ca. 10 DM

****

Etienne Saint-Laurent
Aufstand der Regionen

In den letzten Jahren revoltieren in zunehmendem Maß ethnische Minderheiten: die Elsässer, Bretonen, die Whyler Weinbauern. In ihrem Widerstand gegen das kapitalistische Zentrum verbinden sich traditionelle Momente mit modernsten Inhalten. Handelt es sich hier um einen überkommenen Nationalismus oder um eine neue Form sozialer Revolution? Saint-Laurent konfrontiert die Zielsetzungen und Inhalte der regionalen Aufstände mit der sozialistischen Theorie.
ca. 80 Seiten ca. 8 DM

****

AUTONOMIE

Zeitschrift zur aktuellen und vergangenen Geschichte des Proletariats und der Jugendbewegung. Die Zeitschrift wird 3 Schwerpunkte enthalten:
* Beiträge zur aktuellen Klassensituation in Schilderungen, politischer Analyse und theoretischen Versuchen.
* Geschichtliche Untersuchungen als „Vorgeschichte" heutiger Zustände und zukünftiger Entwicklungen. Im Mittelpunkt wird die Geschichte der „anderen" Arbeiterbewegung stehen.
* Selbstreflexionen der linken Bewegung und ihrer sozialen Bezüge.

Die erste Nummer erscheint im Oktober.
alle Nummern ca. 150 Seiten ca. 10 DM

'Bommi' Baumann
WIE ALLES ANFING
ist endlich erschienen !!!

Möglichkeiten des Kapitals, die heraufgesetzten Warenpreise auf dem Markt zu realisieren. Die Inflation würde also nicht bekämpft und die Wirkung auf die Beschäftigung nicht unbedingt positiv sein.
Eine angeheizte Inflation wäre nämlich nicht etwa der „Preis für die Vollbeschäftigung", wie es jahrelang harmonistisch geheißen hat, sondern könnte ihr sogar entgegenwirken. Denn erstens verteuert die Inflation die Kreditaufnahme, so daß manche Investitionsprojekte angesichts ihrer Rentabilität zu teuer werden. Zweitens beschneidet sie real die Staatsausgaben, so daß manche für die langfristige Entwicklung notwendigen Projekte nicht durchgeführt werden können; zumindest scheitern Reformversprechen. Drittens kann die Inflation auch den „sozialen Frieden" gefährden, insbesondere wenn sie in das „galoppierende" Stadium übergeht. Wie vor allem Länder mit hoher Inflationsrate (England, Italien) deutlich machen, ist die Inflationspolitik keineswegs Garant für Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum.
Dennoch, andere Länder leisten sich Konjunkturprogramme, in die eine steigende Inflationsrate bereits einkalkuliert ist. In Frankreich kam der Kriseneinbruch später als in der BRD, doch auf Anhieb wurde eine „Konjunkturspritze" von etwa 15 Mrd DM (umgerechnet) gegeben, z. T. sogar für eine Erhöhung der Konsumausgaben. In Frankreich kann man sich dies leisten, da ja die Inflationsrate „nur" bei rund 10 vH liegt. Mit diesem Vergleich aber wird der eigentliche Hintergrund der antiinflationistischen Politik in Westdeutschland deutlich. Man will sich eine höhere Inflationsrate deshalb nicht leisten, weil eine Krisenlösung vor allem von einer besonders starken Stellung auf dem Weltmarkt, vom Aufstieg Westdeutschlands zur westeuropäischen imperialistischen Hegemonialmacht, erwartet wird – natürlich auf Kosten der anderen kapitalistischen Staaten. Vor allem deshalb wird eine Politik betrieben, die eher kleckert als klotzt. Die Krise hat eben nicht nur die Funktion, die innerkapitalistischen Strukturen in Westdeutschland – durch Konkurse, Abschreibungen, Konzentration und Zusammenlegungen –, das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital zugunsten des Kapitals – durch Lohnsenkungen, Steigerung der Arbeitsintensität und verbesserte „Arbeitsdisziplin" – zu „bereinigen", sondern wird gleichzeitig benutzt, um Westdeutschlands Stellung gegenüber den Konkurrenten auf dem Weltmarkt noch zu festigen.
Die Vorstellung der Krisenbereinigung läßt sich demnach wie folgt – leicht vergröbert – nachzeichnen. Es wird versucht, den „Kostendruck" zu begrenzen, indem sowohl die Lohnquote als auch die Staatsquote gesenkt werden. (Der Staat muß eine „Abmagerungskur" durchmachen, wie Bundespräsident Scheel meinte). Dies alles soll dazu dienen, die Investionsquote, die international sowieso schon sehr hoch liegt, noch anzuheben. Die neue Produktion aufgrund steigender Profitabilität der Investitionsprojekte muß aber abgesetzt werden können. Da aufgrund sinkender oder nur unzureichend steigender innerer Nachfrage – bei begrenzter Lohn- und Staatsnachfrage, die Nachfrage der Produktionsmittel produzierenden Abteilung nach eigenen Produkten kommt nur noch begrenzt in Betracht – die Realisierung der Profite auf dem inneren Markt Schwierigkeiten mit sich bringen würde, bekommt der Weltmarkt mit seiner Nachfrage nach westdeutschen Waren eine wahrscheinlich noch größere Bedeutung als bisher. Die Exporte westdeutscher Waren sind jedoch nur zu forcieren, wenn „kostengünstig" produziert werden kann, wenn also erstens die Inflationsrate unter dem Weltmarktdurchschnitt bleibt, und zweitens die westdeutsche Arbeiterklasse für ein kontinuierliches Warenangebot sorgt, d. h. sich auch weiterhin wirtschaftsfriedlich verhält. Es ist schon jetzt absehbar, daß dieses „Modell" den Weltmarkt eher über kurz als über lang in erneute schwere Krisen stürzen wird. Aber gegenwärtig zählt für das westdeutsche Kapital wie für die Regierung nur, wie der Karren wieder in Fahrt gebracht werden kann. Wohin der Weg geht, ist zunächst einmal uninteressant.

Letzter Ausweg: Brüningsche Sparpolitik

Auf diesem Hintergrund muß das „Konjunkturprogramm" vom September 1975 gesehen werden. „Konjunkturprogramm" ist es tatsächlich nur zum Teil, da es zum anderen und wichtigeren Teil ein Programm gegen die Finanzkrise des Staates ist. Beides hängt zusammen. Denn durch die ökonomische Krise sind Steuereinnahmen ausgeblieben, was ein Loch im Staatshaushalt zur Folge hatte. Nun wäre dies angesichts der fehlenden privaten Nachfrage ein wünschenswerter Effekt im Sinne antizyklischer Finanzpolitik. Aber antizyklische Finanzpolitik zählt bei der dargestellten strategischen Konzeption der Verbesserung der Weltmarktposition nicht mehr. Hier muß eine Politik „des sparsamen Hausvaters" getrieben werden, hier muß bei den öffentlichen Ausgaben eingespart werden. Doch „will es fast unverständlich erscheinen, daß ein doch sonst so logisch denkender Mann (wie Helmut Schmidt) nicht sehen konnte, daß jede Verminderung der Staatsausgaben auch zu einer Verminderung der Umsätze in der Wirtschaft führen mußte und daß diese Umsatzschrumpfung wiederum zur Freisetzung von Arbeitskräften führte, deren Ansprüche an die Arbeitslosenversicherung ihn (den Bundeskanzler) wiederum veranlaßten, die Sozialleistungen herabzusetzen . . ." So schreibt der stellvertretende Vorsitzende des wirtschaftspolitischen Ausschusses des Bundestages, der SPD-Ideologe Herbert Ehrenberg – natürlich nicht über Bundeskanzler Helmut Schmidt, sondern über die Sparpolitik von Reichskanzler Heinrich Brüning in der Weltwirtschaftskrise 1930/31. Vergessen sind jedenfalls die Keynesschen Flausen – die alte Deflationspolitik kommt aufs Tapet. Ein relevanter Unterschied zwischen der Situation, in der sich Brüning befand bzw. Schmidt befindet, ist hervorzuheben: Brünings Hoffnungen auf eine Belebung des zusammengebrochenen Weltmarktes waren irreal, Schmidts Hoffnungen sind es dagegen nicht.

Bild: Rose

Um ausbleibende Steuereinnahmen zu kompensieren, kann dreierlei getan werden: Steuern erhöhen, Ausgaben senken, Kredite aufnehmen. Alle drei Maßnahmen sind durchgeführt worden, wobei als Resultat eine beschönigend genannte „Verbesserung der Haushaltsstruktur" von 7,9 Mrd DM im Jahre 1976 herauskam. In den folgenden Jahren sollen diese „Verbesserungen" jeweils über 20 Mrd DM betragen. Gleichzeitig ist aber eine Art neuen Konjunkturprogramms in Höhe von 5,75 Mrd DM (3,15 Mrd DM Bund; 1,35 Mrd DM Länder, 0,75 Mrd DM Gemeinden und 0,5 Mrd DM Sonderhaushalte) beschlossen worden. Das kompensiert zwar nicht – sollte es bei den Größenordnungen auch im nächsten Jahr bleiben – die „Verbesserungen der Haushaltsstruktur" von 7,9 Mrd DM. Dennoch ist es wichtig zu betrachten, wo gespart und wo zusätzlich ausgegeben werden soll.
Gespart wird im öffentlichen Dienst (1,1 Mrd DM), bei den Bundeszuschüssen für die Bundesanstalt für Arbeit durch Heraufsetzung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge (3,8 Mrd DM), beim Arbeitsförderungsgesetz (0,9 Mrd DM), im Bildungs- und Wissenschaftsetat (0,3 Mrd DM) – um nur die dicksten Brocken zu benennen. Die Ausgaben des „Konjunkturprogramms" fließen in die kommunale Infrastruktur (1,2 Mrd DM), in die Stadtsanierung (0,5 Mrd DM), in Bundesinvestitionen (0,8 Mrd DM für den Hochbau, 0,4 Mrd DM für den Tiefbau, davon entfallen 0,4 Mrd DM auf das Gebiet der Verteidigung), in die Wohnungsmodernisierung (0,7 Mrd DM), Kredite an die Bundesanstalt für Arbeit für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (0,6 Mrd DM) und zinsverbilligte Darlehen für den Bau von Eigentumswohnungen (0,3 Mrd DM). Die Summen sind nicht groß – wenn man bedenkt, daß so eine Investruine wie der Steglitzer Kreisel in Westberlin allein an die 400 Mio DM gekostet hat, und ein Produktionsausfall von mehr als 60 Mrd DM aufzuholen ist. Aber eine Tendenz zeichnet sich ab: Gespart wird vor allem bei konsumtiven Ausgaben, ausgegeben wird vor allem im investiven Bereich. Und damit wird auch der Charakter dieser „Verbesserungen" klar: sie stellen eine gigantische Umverteilung von den Posten dar, die in die Konsumtion vor allem der Arbeiterklasse eingehen, zu den Posten, die die Investitionen anregen, weil sie die Profitrealisierungschancen verbessern. Hier konzentriert man sich vor allem auf die Bauindustrie, von deren Ankurbelung man sich eine multiplizierende Wirkung in Höhe von 12 Mrd. DM auch auf andere Branchen (Zementindustrie, Stahl- und Leichtmetallbau, Holz und Holzwaren usw.) erwartet.
Diesen beiden Beinen der Krisensteuerung – Sparen und Ausgeben – wird ein drittes beigestellt, dasjenige der Einkommenspolitik zur Begrenzung der Löhne und Gehälter. Durch entsprechenden Druck auf die Gewerkschaften soll erreicht werden, daß die Lohnentwicklung eingeschränkt wird. Was bietet sich eher an, als mit dem öffentlichen Dienst zu beginnen?

Der öffentliche Dienst als Einfallstor für Einkommenspolitik

Ein wichtiger Teil des Sparprogramms bezieht sich, wie gezeigt, unmittelbar auf die Arbeiter, Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst. Das Sparprogramm der öffentlichen Hand geht hier bruchlos über in ein neues einkommenspolitisches Konzept. Schließlich werden Beamtengehälter übers Gesetz geregelt und unterliegen damit nicht der Tarifautonomie, sondern der öffentlichen Gewalt. Hier bietet sich die in der Tat günstigste Einbruchstelle zur allmählichen, über staatliche Gewalt vermittelten Zersetzung der Tarifautonomie. Das kann dann ungefähr so verlaufen: Mit gesetzlich verordnetem Lohnstopp bzw. Reallohnsenkung für die Beamten werden „Verbindlichkeiten" für die ÖTV und die anderen Gewerkschaften gesetzt. So schreibt der „Spiegel" am 8. 9.

75: „Die Beamtenverordnung des Kanzlers trifft die Gewerkschaften an empfindlicher Stelle. Sie befürchten, daß auf dem Umweg über ein Besoldungsgesetz die Tariffreiheit eingeschränkt wird. Denn politisch dürfte es kaum durchzusetzen sein, die Angestellten und Arbeiter des Staates künftig besser zu behandeln, als die Beamten." Daß solche Befürchtungen nicht aus der Luft gegriffen sind, zeigen schon die frühen Konzeptionen von Einkommenspolitik. Die zu Beginn der 60er Jahre erschienene Studie der OECD zu diesem Thema empfiehlt dem Staat, bei der Durchsetzung einkommenspolitischer Richtlinien mit den Staatsbediensteten anzufangen, um von da aus die Gewerkschaften anderer Bereiche unter Druck zu setzen. Die sich verstärkende Denunziationskampagne gegen Beamte („sind faul"), sowie gegen den ÖTV-Vorsitzenden Kluncker („der ... ohne politische Rücksicht ... für seine unabsetzbaren (?!) Staatsbediensteten stritt", „Spiegel", 8. 9. 75) soll da nachhelfen. Erst werden die Lohnabhängigen der anderen Bereiche gegen die aus dem öffentlichen Dienst ausgespielt, dann kommen sie selber dran.

Die zwangsmäßige, nicht etwa nur freiwillige „Integration" der Gewerkschaftsorganisation steht dann auf der Tagesordnung, wenn sich immer mehr die Erkenntnis durchsetzt, daß „vernünftige Gründe" für ein Einverständnis mit Reallohnsenkungen immer weniger existieren. Wie soll etwa die Gewerkschaftsführung der ÖTV den von Schmidt geforderten Verzicht auf die Verteidigung des Reallohns vor ihren Mitgliedern legitimieren, wenn gleichzeitig Stellenstopp im öffentlichen Dienst verordnet wird, und langfristige Personalverminderung, wie etwa bei den neueren Planungen zum rapiden Abbau des Bundesbahnstreckennetzes, in Aussicht stehen. Selbst die zynische Propaganda, die wahre Solidarität der Arbeiter und Angestellten untereinander bestände im Einverständnis mit Lohnabbau, da sie dadurch den arbeitslosen Kollegen Arbeit verschaffen und sich selbst den Arbeitsplatz sichern würden, kann da kaum mehr ankommen. Die Beschwörung der Naturgewalten bzw. der „sieben fetten" und der „sieben mageren" Jahre wird angesichts entgegenstehender Erfahrung – daß nämlich Potenzen zur Produktion des Reichtums in Hülle und Fülle vorhanden sind – auf die Dauer nicht genügend Legitimationskraft entfalten können. Auch in der BRD ist zur „Integration" der Lohnabhängigen und ihrer Organisationen in einen Kapitalismus, in dem sich die Lage verschlechtert, wenn schon kein entfalteter Faschismus, so doch ein entwickeltes Instrumentarium staatlicher Repression – auch gegenüber den Gewerkschaften nötig. Die ökonomische Krise allein macht's nicht.

Solche Instrumente werden von juristischer Seite her bereitgestellt. Es sei nur daran erinnert, daß inzwischen nicht nur die Beamten, sondern auch die im öffentlichen Dienst beschäftigten Angestellten und Arbeiter unter das Berufsverbot fallen, und dies juristisch legalisiert wurde. Wieso soll auf dieser Basis nicht auch eine Ausdehnung des existierenden Streikverbots für Beamte auf den ganzen öffentlichen Dienst möglich sein? Stellt man die „Rechtsprechung" in Sachen Berufsverbot in den Zusammenhang der jetzigen Sparbeschlüsse, so wird konkret deutlich, daß politische Repression sich nicht nur gegen ein paar Linke wendet, sondern gleichzeitig der Instrumentenkasten hergerichtet wird, mit dem die Gewerkschaftsfreiheit auseinandergenommen werden kann. Dies wird für die herrschende Klasse auch in dem Maße notwendig, in dem die Vollbeschäftigung als gewerkschaftliche Machtbasis fortfällt, die Solidarität und Kampffähigkeit der Arbeiter und Angestellten demnach als neue Machtbasis von Gewerkschaftspolitik entwickelt werden muß.

In der ökonomischen Krise hat bislang das kapitalistische Interesse gesiegt, auch wenn manche meinen, das sei identisch mit dem Gemeinwohl und daher gehörten auch sie zu den „Siegern". Auf der politischen Ebene ist alles getan worden, um politische Artikulation von gegen das Kapital gerichteten Interessen als „verfassungsfeindlich" zu denunzieren und entsprechend zu unterdrücken. Es zeigt sich, daß die ökonomische Rationalität des Kapitalismus mit demokratischen Rechten und Freiheiten in der Krise nicht mehr übereinzubringen ist. Der Kampf gegen die ökonomischen Konsequenzen der Krise ist daher nur zu führen, wenn gleichzeitig gegen die politische Repression etwas unternommen wird. Sonst gilt nicht nur, wie Marx sagte, und gegenwärtig deutlich hervortritt, daß die Lohnentwicklung die „abhängige Variable der Kapitalakkumulation" ist, sondern auch, daß die Lohnempfänger, d. h. die Masse der Bevölkerung, zum Spielmaterial kapitalistischer Interessen und einer darauf basierenden Politik werden. Und nicht nur das. In der gegenwärtigen Situation basiert die Entwicklung des westdeutschen Kapitalismus zu einer westeuropäischen Hegemonialmacht auf der „Disziplin" der Lohnarbeiterklasse. Die Verteidigung der ökonomischen Lebensbedingungen und die Erhaltung demokratischer Strukturen im Inland sowie die Verhinderung einer westdeutschen Hegemonialpolitik sind die Kehrseiten der gleichen Medaille.

Wie die unmittelbare Erfahrung politische Perspektiven zerschlagen kann

Wir gehen nicht davon aus, daß der in der historischen Entwicklung angelegte offene Ausbruch des Klassenkonflikts mit Notwendigkeit unmittelbar vor der Tür steht. Doch halten wir die Methode der zu Beginn genannten „links"-Artikel, bei der Diskussion der SB-Politik vom Klassenkonflikt einfach abzusehen, sozialistische Politik allein von einer diffusen intellektuellen Linken her bestimmen zu wollen, im Ansatz und Kern für falsch. Entweder man sagt klar seine Einschätzung, daß das westdeutsche Proletariat keine historische Chance gegenüber seinem Klassengegner hat. Dann soll man aber auch aufhören, von einer Strategie sozialistischer Politik überhaupt zu reden. Dann kann es sich allenfalls noch um die traurigen Rückzugsgefechte einer durch die Studentenrevolte nach links hin sozialisierten Intelligenz handeln. Oder man geht, auch wenn die unmittelbare Erfahrung im Augenblick keinen vom Proletariat aus geführten Klassenkampf zeigt, von der Existenz dieses Konflikts und seiner Unversöhnlichkeit aus. Dann hat sich eine sozialistische Organisation darüber Gedanken zu machen, welche Funktion sie in der Entwicklung dieses Konflikts wahrnehmen will, etwa neben der schon existierenden politischen Organisation DKP.

Um an den Artikeln selbst zu zeigen, was wir meinen: Im Artikel von Jonas/Ludwig (SB Aachen) wird z. B. von einem „ökonomistisch eingeengten Schematismus" gesprochen, der beharrlich die „Konsequenzen zweier schwerwiegender Tatsachen ignoriere: In dieser Periode (welcher?) werden hier weder die Gewerkschaften einem Druck von unten nachgebend sich gegen die repressive Entwicklung wenden, noch wird in ihnen eine distinkte proletarische Klassenbewegung (was das wohl ist?) ihre sozialpartnerschaftlichen Führungsschichten einfach von sich abstreifen." Für die Genossen ist klar, daß sich außer „isolierten und politisch blockierten Herden des Klassenwiderstands" (Beispiel Erwitte) an der Klassenfront nichts tun wird. Woher wissen die das? Welche Analyse der ökonomischen, also gleichzeitig politischen und gesellschaftlichen Prozesse bringt sie zu diesem Resultat? Wenigstens soll danach die Linke wesentlich unter sich bleiben („verschwindend minoritäre politische Widerstandsfront"), die den genannten „isolierten Herden" propagandistische Hilfestellung gibt, ansonsten aber ihre wesentliche Aufgabe – und hier ist jetzt das SB an der Reihe – in der innerlichen Rekonstruktion sehen soll: „Eine autonome handlungsfähige organisierte Bewegung und Plattform auf breiter Basis quer durch bestehende Organisationen und Verbände aufzubauen, die stark und effektiv genug ist", (nicht etwa um effektiven Widerstand zu leisten, sondern) „in einem solchen Prozeß mittelfristig auch eine Umorientierung der politischen Stoßrichtung der Kräfte der Linken mit zu bewirken." Da kann man nur fragen: Und wohin soll's denn gehen? Und wozu soll das Ganze passieren? Und was soll die politische Umorientierung bewirken, wenn in Sachen Klassenkampf so und so nichts zu erwarten ist? Wenigstens drängt sich einem der Eindruck auf, daß solche Vorschläge zur politischen Abwerbung von Mitgliedern anderer Organisationen der Linken hinausläuft.

Im Artikel von Wedekind wird, begründet wiederum mit der reinen Unmittelbarkeit von Erfahrung, der Schwerpunkt „Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit" für das SB in Frage gestellt. Einmal sei es gefährlich, weil sonst die schützende Hand von SPDlern wegfallen könne, und außer denen schütze die Gewerkschaftslinken gegenwärtig niemand. Zum anderen bestehe das SB ja so und so nur oder wesentlich aus Intellektuellen. Die Perspektive jener möglichen Klassenpolitik, die das SB, wenn auch wirklich ganz vorsichtig mit der Setzung von Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit als Schwerpunkt angezielt hat, soll aufgegeben werden, wobei diese Strategiebestimmung wohl wesentlich gewerkschaftliche Bildungsarbeit als materielle Erfahrungsbasis hat. Von wissenschaftlichem Sozialismus und einer Grundlage der Bestimmung politischen Handelns ist hier keine Rede mehr.

Aike Blechschmidt bringt dann noch eine angeblich ökonomisch untermauerte Variante des angeschlagenen Themas. Obwohl auch nach seiner eklektizistischen Erklärung von Krisen im allgemeinen und im besonderen den westdeutschen Lohnabhängigen Arbeitslosigkeit und zumindest Reallohnstagnation verordnet werden wird, behauptet er glatt, daß für die „nächsten Zyklen", also sagen wir die nächsten 10 Jahre, wesentlich „insuläre Konflikte im Reproduktionsbereich" und „Feuerwehrreförmchen" zu erwarten seien. Von Entwicklung des Klassengegensatzes keine Rede. Erst wenn der Staat durch die fraglose Befriedigung dieser Konflikte zunehmend Geld braucht, enge sich der Spielraum auch in den Betrieben ein, und dann, in ferner Zukunft also, gäbe es vielleicht auch da Konflikte.

Wedekind und Blechschmidt ergänzen sich so aufs beste, obwohl der Himmel weiß, welche Logik historischer Ableitung hinter der These von den insularen Konflikten steht. Eine materialistische Analyse der gegenwärtigen Krise, der Konjunkturprogrammatik der Regierung und der Position des westdeutschen Kapitalismus auf dem Weltmarkt, sowie der Konsequenzen für die Arbeiterklasse kann es jedenfalls nicht sein.

»Wir müssen gute Maulwürfe werden«

Zur Strategie der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

H. E. Brand

Der folgende Beitrag von H. E. Brand knüpft an seinen in „links" April '75 erschienenen Strategiediskussionsbeitrag „Wie schwach ist die Linke?" sowie an die Kritik der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit des SB von E. Wedekind in „links" September '75 an — der bislang schärfsten Infragestellung der in den Thesen des SB formulierten Priorität der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. Ausgehend von der gegenwärtigen Situation in der BRD versucht H. E. Brand, einen strategischen Ansatz zu konkretisieren, der — im Gegensatz zu Wedekind — von der Möglichkeit des Entstehens erster Ansätze einer autonomen Klassenbewegung in der BRD auch unter den gegebenen Bedingungen ausgeht. — Als Beitrag zur Strategiediskussion ist auch der in dieser Ausgabe von „links" veröffentlichte Aufsatz von Altvater/Neusüß zu sehen, der sich u. a. mit verschiedenen in „links" 69 entwickelten Positionen kritisch auseinandersetzt.

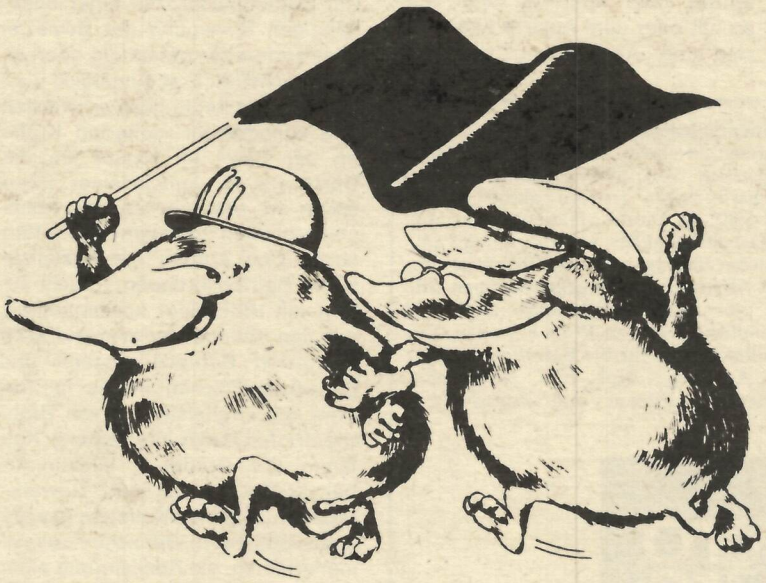
Ökonomische Krise und Vereinheitlichung des Widerstandes

Die Krise — so die in „Wie schwach ist die Linke?" („links", April '75) von mir vertretene These — erzwingt, und sei es auch erst ansatzweise, die Vereinigung der im Produktions- und Reproduktionssektor bislang zumeist getrennt geführten Abwehrkämpfe gegen die sich verschärfende ökonomische und politische Repression. Einerseits werden die der Arbeiterklasse zunehmend aufgebürdeten Krisenlasten dieser schließlich keinen anderen Ausweg mehr lassen, als sich nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch zur Wehr zu setzen. Andererseits stoßen die traditionellen berufsspezifischen, z. T. berufsständischen Forderungen von Intellektuellen auf immer schwerer zu überwindende Schranken: die Wirtschaftskrise hat mit den letzten Resten sozialliberaler Reformpolitik aufgeräumt und damit zugleich die Berufsperspektiven und -bedingungen Tausender von Intellektuellen und anderen im Reproduktionsbereich Tätigen radikal geändert. Die ökonomische Krise wird — stärker noch als das offene politische Berufsverbot — zur existentiellen Gefährdung einer wachsenden Zahl von „Reproduktionsarbeitern". Individuelle Auswege verbleiben nur einer Minderheit; die Durchsetzung begrenzter „berufsspezifischer" Interessen trifft auf kaum weniger Schwierigkeiten; bleibt zunehmend nur die Suche nach einer umfassenderen Lösung, die den Widerstand im Reproduktionssektor mit dem im Produktionssektor zu verbinden sucht: als praktische, an der Basis organisierte und von ihr getragene direkte Antwort auf die Bedrohung durch die Krise des kapitalistischen Systems.

Abschaffung der Arbeiterklasse durch den Genossen Wedekind?

Eine derartige Perspektive, die im April '75 von mir nur angedeutet wurde, als konkreten Ansatz sozialistischer Politik weiter zu entwikkeln, erscheint um so notwendiger, als E. Wedekind in „links", September '75 einen entscheidenden Schritt zurückgeht. Er sieht die Arbeiterklasse in der BRD auf nicht absehbare Zeit als passiv und eingeschüchtert, voller Illusionen und Hoffnungen hinsichtlich der Funktionsfähigkeit des Kapitalismus und ohne relevante Alternativvorstellungen. Über ein „latentes Mobilisierungspotential" unter den lohnabhängigen Massen zu sprechen, scheint ihm kaum mehr als Spekulation.

Auf Grund dieser Einschätzung kommt er zwangsläufig dazu, die Priorität der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit im SB als einen voluntaristischen, von „oben nach unten" dirigierten Entscheidungsakt von Intellektuellen zu sehen



(obwohl er es zugleich als „grundsätzlich richtig" bezeichnet, daß die sozialistische Emanzipationsbewegung im Betrieb „ihr Zentrum wird haben müssen"). Die Kämpfe in Erwitte und Kalldorf werden bei ihm beiläufig als strategisch irrelevante Ausnahmen erwähnt. Die Kollegen, die in ständig wachsender Zahl z. B. auf „express"-Redaktionskonferenzen zusammenkommen und versuchen, aus Erfahrungen anderer zu lernen und eigene Erfahrungen zu vermitteln, die nach ersten Möglichkeiten überbetrieblicher Zusammenarbeit suchen und Perspektiven sozialistischer Betriebsarbeit diskutieren, haben in seinen Überlegungen ebenso wenig einen Platz; sie werden gerade noch in einem Halbsatz genannt. Alle anderen Ansätze zur Reorganisation der Arbeiterklasse bleiben bei Wedekind — obwohl er von ihnen als ein im „hauptamtlichen gewerkschaftlichen Bereich" tätiger Intellektueller zumindest gehört hat — unberücksichtigt. Er spricht weder von den bereits bestehenden oder sich formierenden Betriebsgruppen, den aktiven Jugendvertretungen, den sozialistischen Betriebsräten und Vertrauensleuten oder dem „Einzelkämpfer in der Provinz" (vgl. „links", Juli/Aug. '75), die im Alltagskampf die Basis einer sozialistischen Betriebsarbeit aufzubauen versuchen. Er verschweigt die Ansätze zum Aufbau lokaler „Arbeitskreise Betrieb und Gewerkschaften" und kann infolgedessen auch nicht die Diskussion der mit dieser Aufbauarbeit verbundenen Schwierigkeiten vorantreiben, wie sie z. B. am Fall des gescheiterten Eingreifens anläßlich der Hinwegrationalisierung der Auer-Mühle in Köln in „links", September '75 dargestellt werden sollten.

Stattdessen ersetzt Wedekind die „passive" Arbeiterklasse durch eine „neue" politische Kraft. Hat die Krise — so Wedekind — einerseits den „Basiswiderstand" in sich „zusammenfallen lassen", so soll sie andererseits in „gewerkschaftlichen Funktionärskreisen ... partiell gegenteilige Wirkungen hervorgerufen (haben)". Wo — bleibt allerdings im Dunkel. Daß Wedekind darüber nichts Genaueres sagt, hat seine Gründe.

Wo immer es früher oppositionelle Strömungen im „Funktionärskörper" gegeben haben mag, sind diese spätestens seit dem Regierungsantritt der SPD als sich politisch artikulierende Minderheiten als Folge ihrer Unterordnung oder ihrer Ausschaltung verschwunden; hat sich der Prozeß der Gleichschaltung der Gewerkschaftsapparate zu sozialdemokratischen Richtungsgewerkschaften — trotz gelegentlicher unverbindlicher verbaler Proteste einzelner Gewerkschaftsführer an bestimmten Regierungsentscheidungen — noch verfestigt; ist weder eine Wiederbelebung alter oppositioneller Strömungen noch das Entstehen einer neuen Opposition im Apparat zu beobachten (was nicht heißt, daß es nicht hier und dort einige oppositionelle Individuen im Gewerkschaftsapparat gibt); sind die „Unvereinbarkeitsbeschlüsse" eine willkommene Waffe der Vorstände zur Säuberung der Gewerkschaftsorganisationen selbst von noch so schwachen reformistischen Tendenzen.

Die von Wedekind in den Gewerkschaften — und in der SPD — behaupteten linken Strömungen haben in seiner Beweisführung jedoch einen zentralen Stellenwert. Die Arbeiterklasse fällt für ihn als politische Kraft auf lange Zeit aus. Stattdessen werden in dieser Epoche überwiegend Intellektuelle zu Sozialisten. Diese aber scheinen ihm als gesellschaftsverändernde Kraft zu schwach, da sie sich auf keinen „Massenrückhalt" angesichts einer angeblich politisch noch auf lange Zeit apathischen Arbeiterklasse stützen können. Deshalb müssen die sozialistischen Intellektuellen nach Wedekinds Vorstellung ihre politische Arbeit andernorts „absichern": im Gewerkschaftsapparat und in der SPD. Dabei kommt den „linken Minderheiten" in diesen Organisationen eine besondere Rolle als Bündnispartner zu.

Absicherungspolitik und Autonomie

An dieser Bündnisfrage findet für Wedekind jeder Versuch, eine autonome sozialistische Organisation aufzubauen, seine Grenze: der „Verbindlichkeitsanspruch" (d. h. die Entwicklung zu „einer — im Parteienspektrum anzusiedelnden — politischen Organisation") darf nur soweit gehen, als dadurch die angeblich existentiell entscheidende „Absicherung" der eigenen politischen Arbeit mit Hilfe der SPD und der Gewerkschaften nicht aufs Spiel gesetzt wird. Wird diese Grenze

überschritten, sieht sich Wedekind vor die Entscheidung zwischen politischer Arbeit in den Gewerkschaften oder in der sozialistischen Organisation gestellt. Daß er sich in dem Fall gegen die „politisch selbstmörderische" Politik des Aufbaus einer unabhängigen sozialistischen Organisation entscheiden dürfte, macht er genügend klar: zu tief geht die Furcht, den Status quo politischer Arbeit und existentiell-materieller Absicherung aufs Spiel zu setzen.

Die Frage, was unter der selbstauferlegten Priorität einer derartigen Absicherungspolitik „sozialistische Arbeit" noch sein kann, aber stellt Wedekind nicht: sind nicht die Gefahren des Aufgeriebenwerdens in den Institutionen, der politischen Korruption durch den Zwang zur Permanenz des Kompromisses oder der Resignation größer als die Hoffnung, daß eines Tages in den Gewerkschaften „sozialistische Strömungen an Boden gewonnen haben" und sich „innerhalb der SPD ein Riß zwischen sozialistischen und reaktionären Fraktionen vollzogen hat"? Hier soll nicht die Notwendigkeit von Bündnissen oder der Zwang zu Kompromissen geleugnet werden; diese aber zur zentralen Strategie zu machen und ihnen die sozialistische Perspektive unterzuordnen, heißt in letzter Konsequenz, diese aufzugeben, selbst wenn man davon überzeugt ist, sie durch eine derartige Politik zu stärken.

Über das Verhältnis zu SPD und Gewerkschaft

Daß SPD und Gewerkschaften nicht der Hebel zur sozialistischen Transformation der bürgerlichen Gesellschaft sein können, dürften Jahrzehnte historischer Erfahrung zur Genüge belegen. Daß die für einen Versuch ihrer Umwandlung zu klassenkämpferischen Organisationen aufzubringenden Kräfte effektiver im Aufbau einer autonomen sozialistischen Organisation einzusetzen sind, beweist jede Analyse der Macht- und Entscheidungsstrukturen wie auch der Verfilzungsmechanismen dieser Organisationen mit dem bürgerlichen Herrschaftssystem.

Das heißt jedoch nicht, daß man SPD und Gewerkschaft mit anderen bürgerlichen Organisationen einfach gleichsetzen kann. Beide sind in begrenztem Ausmaß „besondere" Organisationen innerhalb des bürgerlichen Systems, sei es im Fall der SPD auf Grund ihrer Geschichte wie auch der in ihr noch heute vorhandenen reformistischen Minderheiten, sei es hinsichtlich der Gewerkschaften auf Grund ihrer Mitgliederstruktur und der selbst unter sozialpartnerschaftlicher Führung nicht völlig aufgebbaren Verpflichtung zu einer gewissen Vertretung „ökonomistischer" Interessen der Arbeiterklasse. Wie in der SPD finden sich auch in den Gewerkschaften reformistische Minderheiten; zusätzlich noch kleine Kerne von Sozialisten oder sozialistische Einzelkämpfer.

Das heißt jedoch nicht, daß sich Sozialisten über diese Organisationen oder die in ihnen vorhandenen reformistischen Minderheiten absichern können, es sei denn, sie seien zu jenen Kompromissen bereit, die sie letztlich in das noch in diesen Organisationen offiziell geduldete politische „Spektrum" einordnen. Damit aber stellen sie andererseits ihren Anspruch, Sozialisten zu sein, notwendigerweise in Frage.

Dennoch unternommene Versuche, sich innerhalb des Parteienapparats der SPD als prinzipielle Sozialisten zu behaupten, werden schließlich zu Demoralisierung, Resignation und Hinnahme des Kompromisses führen, oder aber mit dem Ausschluß oder dem Austritt enden. Ist also eine „Absicherung" durch die SPD für Sozialisten eine Illusion, so kann auch die Arbeit in den Gewerkschaften, die für Sozialisten im Gegensatz zur politischen Arbeit in der SPD auf Grund des Charakters der Gewerkschaften als einzige gegenwärtig bestehende Massenorganisation der Lohnabhängigen notwendig ist, keine „Absicherung" durch den Apparat oder seine „linken" Repräsentanten bringen.

Die einzige Absicherung, die nicht prinzipielle Kompromisse bedingt, ist die durch die Kollegen am Arbeitsplatz selbst – so schwer erreichbar dieses Ziel heute auch erscheinen mag. Diese Entwicklung einer klassenkämpferischen Basis wird sich nicht nur außerhalb der SPD, sondern auch weitgehend außerhalb der Gewerkschaften, zum Teil aber auch an ihrer Basis vollziehen. Eine derartige Arbeit in den Gewerkschaften wird ohne die Illusion zu tun sein, diese zu etwas machen zu können, was sie niemals waren und auf Grund ihrer Organisationsstruktur, ihrer Mitgliederzusammensetzung und ihrer Zielsetzung auch nicht sein werden: Organisationen, die Interessen der Arbeiterklasse nicht nur mehr oder weniger entschlossen auf dem Boden bürgerlicher Produktionsverhältnisse vertreten, sondern die an der Spitze des Kampfes für den Sozialismus stehen. Bestimmt sich das Verhältnis einer autonomen Klassenorganisation, zu den Gewerkschaften in diesem Rahmen, so wird sie in der heutigen SPD bestenfalls minoritäre Ablösungstendenzen, niemals aber eine relevante Spaltung vorantreiben können, geschweige denn die Partei insgesamt qualitativ ändern.

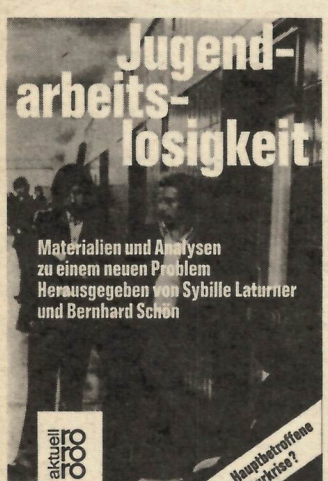
Ansätze einer neuen Arbeiterbewegung

Der Entfaltungsprozeß einer unabhängigen Bewegung der Basis ist alles andere als geradlinig oder widerspruchsfrei. Erst allmählich werden sich die heute noch schwachen und voneinander isolierten Kräfte an der Basis im Kampf um die Durchsetzung gemeinsamer Interessen auf breiterer Ebene zusammenschließen und stärken. Die Versuche zum Aufbau von sozialistischen Betriebsgruppen – nicht zuletzt mit Hilfe einer konsequenten, von den Kollegen zunehmend aktiv gestützten Betriebsratsarbeit und gewerkschaftlichen Praxis im Betrieb, die Organisierung von Branchentreffen durch interessierte Kollegen, die Gründung lokaler Arbeitskreise Betrieb und Gewerkschaften, in denen Kollegen aus unterschiedlichsten Bereichen zusammenarbeiten, die Realisierung einer praxisnahen sozialistischen Schulungsarbeit, die über den gewerkschaftlich abgesteckten Rahmen hinausgehen muß, sind erste Schritte zur Unterstützung einer autonomen Klassenbewegung. Vom Ziel der politischen Autonomie her wird sich das Verhältnis zu den Gewerkschaften oder den verbürgerlichten ehemaligen Arbeiterparteien bestimmen, nicht aber von einem die politische Selbstaufgabe bedeutenden „Absicherungsbedürfnis", das zwar für politisch und beruflich isolierte und gefährdete Individuen eine praktische Bedeutung haben mag, aber keineswegs zur politischen Strategie werden darf.

Im Gegensatz zu den Intellektuellen, die einige Jahre in ihrem Bereich relativ ungefährdet und offen politisch aktiv sein konnten, heute aber zunehmend politischer und ökonomischer Repression ausgesetzt sind, konnten Sozialisten in den Betrieben selbst in jenen Jahren niemals ähnlich auftreten. Sie bewegten sich immer zwischen dem Ziel möglichst offener politischer Arbeit und aufgezwungenem vorsichtigen Verhalten. Sie wußten, daß ein falscher Schritt ihre Entlassung und damit das Ende ihrer politischen Arbeit im Betrieb selbst bedeuten konnte; daß sie – von den Unternehmern auf schwarze Listen gesetzt – fortan wahrscheinlich gezwungen sein würden, in irgendeinem branchenfremden Kleinbetrieb ohne politische Perspektive zu arbeiten. Sie konnten sich nur halten, wenn sie sich nicht von den Kollegen isolierten, wußten sehr genau, wieweit ihnen die Gewerkschaft nützlich war und an welchem Punkt sich der „Apparat" gegen sie wenden würde. Sie wußten um die zentrale Bedeutung der Absicherung durch die Kollegen, erlebten aber auch immer wieder, wie schwierig es ist, die Vereinzelung, die Angst und das Mißtrauen der Kollegen aufzubrechen und die ersten Schritte zu praktischer Solidarität zu tun.

Trotz aller Schwierigkeiten ist der strategische Ansatz zum Aufbau der Anfänge einer neuen Arbeiterbewegung hier zu suchen und nicht über die „Absicherung in den Apparaten". Welche Perspektiven bestehen jedoch für das Vorantreiben einer derartigen Strategie? Zweifellos stehen wir heute in mancher Hinsicht noch fast an einem Nullpunkt. Die alte sozialistische Arbeiterbewegung ist als Resultat von Reformismus und Stalinismus, wie auch als Folge faschistischer Unterdrückung, erfolgreicher bürgerlicher antikommunistischer Propaganda und der langen Nachkriegsprosperität, die der Arbeiterklasse in der BRD unbestreitbare materielle Verbesserungen innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft brachte, längst am Ende.

Erste Ansätze zur Rekonstruktion einer autonomen Arbeiterbewegung wurden in den spontanen Streikbewegungen Ende der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre sichtbar. Die Krise scheint allerdings – wie Wedekind wohl zu Recht betont – viele der in jenen Jahren entstandenen Ansätze zunächst einmal geschwächt oder sogar erstickt zu haben. Angst, Unsicherheit und Zurückhaltung kennzeichnen im Moment – nicht überraschend – das Verhalten breiter Teile der Arbeiterklasse. Viele Arbeiter hoffen noch immer auf einen individuellen Ausweg oder darauf, daß die Krise bald vorbei sein wird, indem es dem Staat mit Hilfe einer sich zugunsten des „Gemeinwohls" zurückhalten-



Jugendarbeitslosigkeit. Materialien und Analysen zu einem neuen Problem. Herausgegeben von Sybille Laturner und Bernhard Schön (rororo aktuell 1941, DM 5,80) ● Dieses »Handbuch zur Jugendarbeitslosigkeit« weist in kurzen einleitenden Beiträgen auf die Probleme hin, zeigt Alternativen zur gegenwärtigen Misere im Ausbildungsbereich und läßt Jugendliche selbst zu Wort kommen. Ein Handbuch auch für die Betroffenen selbst mit Adressen, Tips fürs Arbeitsamt, Bücherliste, Filmen und Zeitschriften.

aktuell rororo

Die größte politische Taschenbuchreihe der Bundesrepublik Herausgegeben von Freimut Duve

den Arbeiterklasse gelingt, den Abschwung zu bremsen.
Der Widerstand muß sich angesichts dieses Zustandes der Arbeiterbewegung fast völlig neu in einer fragmentarisierten, desorientierten und weitgehend traditionslos gewordenen Arbeiterklasse entwikkeln. Daß das nicht von heute auf morgen auf breiter Ebene möglich ist, dürfte klar sein. So zu tun, als sei hier auch nicht der geringste relevante Ansatz in dieser Richtung sichtbar, bzw. nach einem kurzen Aufflackern zwischen 1969 und 1973 mit der Krise wieder zusammengebrochen, so daß sozialistische Intellektuelle es sich leisten können, die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit ruhigen Gewissens an die „Peripherie" der Strategie zu schieben und sich ansonsten in Selbstbetrachtung und Selbstorganisierung zu üben, ist keine Bankrotterklärung der Arbeiterklasse, sondern der Intellektuellen.
Erwitte und Kalldorf mögen an der Oberfläche als Einzelfälle erscheinen. Doch schon die — auch von Wedekind erwähnten — Ergebnisse der Betriebsratswahlen im Frühjahr 1975 deuteten auf eine sich — trotz aller mit der Krise verbundenen Einschüchterungs- und Disziplinierungsmomente — ausbreitende Unzufriedenheit hin. Mag es auch gegenwärtig nur in Einzelfällen zu spektakulären Widerstandsaktionen kommen, so bedeutet das nicht, daß nicht die systematische politische Kleinarbeit innerhalb und außerhalb des Betriebs weitergeht. Die Krise hat z. B. nicht zu einem nachlassenden Interesse der Kollegen an den „express"-Redaktionskonferenzen geführt, sondern dieses noch gestärkt; zentrale, branchenübergreifende Treffen werden inzwischen durch Regionalkonferenzen, branchenspezifische Treffen sowie durch die Gründung lokaler Arbeitskreise Betrieb und Gewerkschaft als Voraussetzung einer Stärkung und Koordinierung der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit „vor Ort" ergänzt.
Niemand kann genau vorhersagen, wann sich die heute geleistete, unverzichtbare Kleinarbeit als wesentliches Moment in der Vorbereitung und Durchführung betrieblicher Widerstandsaktionen erweisen wird. „Spontane" Arbeitskämpfe erscheinen nur von außen „spontan". In Wirklichkeit sind sie ohne systematische Vorarbeit nicht möglich. Sie sind nicht Ausdruck mangelnder Organisation der Arbeiter, sondern nur möglich auf der Basis nach außen hin allerdings fast unsichtbarer Organisationsstrukturen der betreffenden Belegschaften.
Wedekind macht eine — dazu noch falsche — Momentaufnahme und zieht daraus verhängnisvolle strategische Schlüsse. Analysiert man jedoch die konkrete Situation in den Betrieben, entsteht ein weitaus komplexeres Bild. Die Analyse darf sich nicht einfach an spektakulären Einzelereignissen festmachen; entscheidender sind auf längere Sicht wahrscheinlich die zumeist nur wenig beachteten ersten Versuche der Selbstorganisation der von der Krise zunehmend betroffenen Belegschaften. Daß diese Versuche zunächst nur ausnahmsweise zu spektakulären Aktionen führen, ist nicht einmal ein Nachteil, werden doch so vorzeitige massive Angriffe des Gegners vermieden.

Intellektuelle und Arbeiter

Die ersten Ansätze der Reorganisation sozialistischer Betriebsarbeit werden von den meisten Intellektuellen auf Grund des im allgemeinen wenig spektakulären Charakters dieser Arbeit wie auch auf Grund ihrer eigenen Betriebsferne kaum zur Kenntnis genommen. Diese Kluft läßt sich nicht nur — etwas überraschend — an E. Wedekind festmachen, der als Intellektueller hauptamtlich in den Gewerkschaften arbeitet; sie kennzeichnet auch weitgehend die Situation im SB — bis hin zu der Tatsache, daß die Intellektuellen „ihre" Zeitung („links") haben und die Arbeiter eine eigene, den „express".
Diese Situation insgesamt zu verändern, wird alles andere als leicht sein. Die sozialistischen Intellektuellen müßten zunächst begreifen, daß sie sich letztlich selbst treffen, wenn sie sich damit begnügen, primär Nabelschau zu betreiben und die Arbeiterklasse an die politische Peripherie zu verlegen. E. Wedekind bestärkt leider diese Haltung. Nicht daß die Intellektuellen versuchen sollten, in der Arbeiterklasse „unterzutauchen", wie auch Wedekind zu Recht bemerkt. Sie sollten sich aber endlich ernsthaft den Kopf darüber zerbrechen, wie sie die Arbeiterklasse praktisch unterstützen können, und von hier auch ihre eigene, damit keineswegs überflüssig werdende spezifische politische Arbeit als Intellektuelle im Reproduktionssektor neu bestimmen.
Dabei handelt es sich nicht nur um die — allerdings begrenzten Möglichkeiten — direkter Unterstützung der Betriebsarbeit durch Mitverfassen und Verteilen von Flugblättern und Betriebszeitungen, durch die Integration in die betriebsnahe Schulungsarbeit, die „Zulieferung" der für die betriebliche Aufklärungsarbeit relevanten Materialien (z. B. Konzernanalysen, Kritik der Kapitalstrategien, Interpretationshilfen zum Verständnis wirtschaftspolitischer Entscheidungen des Staates). Von strategischer Bedeutung sind vielmehr auch die spezifischen Möglichkeiten der Intellektuellen — sei es über den eigenen Arbeitsplatz (z. B. als Lehrer oder in der Bildungsarbeit oder als Arbeitsmediziner), sei es über die politische Verankerung in der Stadtteilarbeit („Bürgerinitiativen", Mietkampagnen, Fahrpreiskomitees, Schul- und Kindergartenaktionen, Kaufboykotte usw.) — die Arbeiterklasse im Kampf um die Erhaltung ihres Reproduktionsniveaus zu unterstützen.
Hier ist einerseits der Ansatz, um die berufsspezifisch begrenzte politische Perspektive vieler Intellektueller aufzubrechen und ihre berufliche Tätigkeit, wenn auch vielleicht zunächst nur partiell, nicht nur als Postulat, sondern praktisch in einen umfassenderen strategischen Zusammenhang zu stellen und damit den ersten Schritt zur Überwindung der Spaltung zwischen „Reproduktionsarbeitern" und Produktionsarbeitern zu tun. Hier besteht andererseits ein Ansatz, um den Betrieb und den Reproduktionsbereich der Arbeiterklasse nicht mehr als zwei zutiefst voneinander getrennt erscheinende Sektoren bestehen zu lassen, sondern sie im politischen und ökonomischen Abwehrkampf zunehmend miteinander zu verknüpfen. Die damit verbundenen Probleme sollen keineswegs bestritten werden. Weitgehend ungeklärt bleiben z. B. das Verhältnis zwischen Betriebs- und Stadtteilarbeit, die Funktion von Stadtzeitungen wie dem „Kölner Volksblatt" als Vermittler zwischen Produktions- und Reproduktionsbereich, die Bedeutung der Selbstorganisation nicht berufstätiger Arbeiterfrauen in Bezug auf die Betriebsarbeit, die Schwierigkeiten gemeinsamer politischer Organisierung junger Arbeiter und der in zunehmendem Maße von langer Arbeitslosigkeit bedrohten Jugendlichen usw.
Daß es für Intellektuelle unter dieser Perspektive genügend Ansätze zu praktischer politischer Arbeit gibt, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden. Das diese im allgemeinen kaum entwickelt sind, ist ebenso unbestritten. Anlaß, sich deswegen als Intellektueller in den Institutionen einzuigeln, wie es Wedekind vorschlägt, besteht jedoch nicht. Statt seine Probleme als Intellektueller in den Mittelpunkt seines strategischen Denkens zu stellen, hätte er besser eine Lösung des Problems gesucht, weshalb Arbeiter so selten den von Intellektuellen dominierten Organisationen beitreten, sich dort meist als „Fremde" fühlen und oft schon nach kurzer Zeit resigniert wieder austreten. Er hätte besser daran getan, selbst noch so schwache Möglichkeiten der Aufhebung dieser Kluft zu diskutieren, statt sie mitfestzuschreiben, indem er jeden relevanten Ansatz der Selbstorganisation der Arbeiterklasse im Produktionswie im Reproduktionssektor unter den heutigen Bedingungen in Frage stellt. Die Aufgabe von Sozialisten kann es nicht sein, letztlich den Status quo als unaufhebbar zu bestätigen, sondern aus den Widersprüchen der bürgerlichen Gesellschaft selbst noch so kleine Ansätze zu deren Aufhebung auszumachen und zu entwickeln.

■

Redaktionskollektiv Gewerkschaften
KAPITALISTISCHE KRISE, ARBEITSLOSIGKEIT UND KRISE DER GEWERKSCHAFTSPOLITIK IN DER BUNDESREPUBLIK
Hoffmann, Semmler: Kapitalistische Krise und Arbeitslosigkeit in der BRD
E. Hildebrandt: Entwicklung der Beschäftigtenstruktur und der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik
Fuhrke, Heimann: Das System der sozialen Sicherung in der BRD
Funke, Ch. Neusüß: Wirtschaftskrise und Krise der Gewerkschaftspolitik
A. Roemer: Krise und Gewerkschaftspolitik in Italien

Unger, A. Neusüß: DAS NEUESTE PROBLEM DES KLASSENKAMPFS - DER KAMPF GEGEN DIE ABBILDTHEORIE

W. Spohn: DIE TECHNOLOGISCHE ABHÄNGIGKEIT DER SU VOM WELTMARKT. (Bericht und Kommentar zu einer empirischen Studie von A. C. Sutton

Machower, Offenberg: DER ZIONISMUS UND SEIN POPANZ
Eine Antwort an die „linken" Zionisten

Schultz: ÖKONOMISCHE VORAUSSETZUNGEN BÄUERLICHER INTERESSENVERTRETUNG IN DER BUNDESREPUBLIK (1. Teil)

PROBLEME DES KLASSENKAMPFS ★ **19/20/21**

Wichtiger Hinweis: Bitte die neuen Bezugsbedingungen beachten
Dreifachnummer DM 12,80. Dieses Heft erscheint wegen des Konkurses des Politladen im Verlag Olle & Wolter, der auch die Verwaltung der bisher erschienenen Nummern der Prokla, einschl. der Sonderhefte, übernimmt. Ab Heft 22, also ab 1976 dagegen erscheint die Prokla beim Rotbuchverlag, der dann die langfristigen Preise und Bezugsbedingungen für die Prokla bekannt gibt.
Bestellungen aller bisher erschienenen Hefte, einschl. 19/20/21, über den Buchhandel oder den Verlag Olle & Wolter, 1 Berlin 30, Postfach 4310. Die Bestellungen werden nur nach Eingang des Betrages (Heftpreis plus 1.- DM Portopauschale) auf das Postscheckkonto des Verlages Berlin-West, Nr. 47006 - 104 ausgeliefert und nicht gegen Rechnung.
Unsere Bitte an die Abonnenten: Wegen der Abos nicht an die Redaktion der Prokla oder den Verlag Olle & Wolter schreiben. In der neuen Nummer befindet sich eine Erklärung der Redaktionskonferenz der Prokla zur Pleite des Politladen, die auch als Flugblatt in den Buchläden verteilt wird, oder beim Verlag anfordern, aber bitte eine 40 Pfg. Briefmarke beilegen.

Die Krise des Franco-Regimes

Jens Huhn

Am 27. August trat das neue Gesetz gegen den Terrorismus in Kraft, mit dem praktisch über ganz Spanien der Ausnahmezustand verhängt wurde. Am folgenden Tag begann in Burgos der Prozeß gegen die beiden Basken Garmendia und Otaegui. Zahlreiche Streiks in den letzten Monaten mobilisierten Zehntausende im Kampf gegen das Regime (vgl. „links" Nr. 64, 68 und 69). — Der folgende Artikel untersucht die Krise des Franco-Regimes und die aktuellen Auseinandersetzungen in Spanien auf dem Hintergrund der sozialen und politischen Lage der spanischen Arbeiterklasse und der verschiedenen nationalen und internationalen Kapitalinteressen.

„Politik der Öffnung"?

Vor anderthalb Jahren, am 12. 2. 74, stellte Ministerpräsident Arias Navarro mit Seitenblick auf die EG, die Spaniens Beitritt von einer sichtbaren Liberalisierung abhängig machte, der Öffentlichkeit ein politisches Programm vor, das den ebenso hochtrabenden wie nichtssagenden Titel „Politik der Öffnung" (aperturismo) trug. Spanien sollte schrittweise langfristig in eine bürgerliche Demokratie konservativen Zuschnitts verwandelt werden.

Zunächst sollte die Pressezensur gelockert werden. Politische Organisationen sollten unter bestimmten Umständen zugelassen werden, d. h. soweit sie sich in die „Bewegung" einordnen wollten. (In Spanien gibt es keine legalen politischen Parteien außerhalb der „Bewegung", einer Vereinigung der Sieger des Bürgerkrieges. Die Abgeordneten der Cortes, des spanischen Ständeparlaments, sind Vertreter von Berufen, Familien usw.) Außerdem wurde ein Gesetz zur Regelung der Arbeitsbeziehungen in Kraft gesetzt. Demzufolge ist nun ein Streik legal, wenn keine Verhandlungen mehr möglich sind, 60 Prozent der Belegschaft zustimmen und ein tarifloser Zustand besteht. Während des Streiks darf das Fabrikgelände nicht betreten werden, gibt es weder Lohn noch Arbeitslosengeld. Solidaritätsstreiks auch innerhalb desselben Unternehmens sind verboten. In öffentlichen Betrieben und in der Rüstungsindustrie sind Streiks nach wie vor illegal.

Die Politik des „aperturismo" war der Versuch, im Rahmen des Regimes eine Antwort auf die Offensive der spanischen Arbeiterbewegung, den schleichenden Zerfall der Loyalität immer grrößerer Bevölkerungsteile und die zunehmende Differenzierung der Interessen innerhalb der herrschenden Klassen in Spanien zu finden.

Die Opposition gegen das Regime zeigte sich wenig beeindruckt. Keine nennenswerte Gruppierung der bürgerlichen Opposition hat bisher einen Antrag auf Zulassung als politische Organisation gestellt.

In regelmäßigen Abständen sinnierten in der letzten Zeit Vertreter des spanischen Kapitals laut und öffentlich über die Beendigung des Regimes. Selbst Juan Carlos, designierter Nachfolger Francos, erklärte, er stelle sich das nachfrankistische Spanien als parlamentarische bürgerliche Demokratie vor, in der fünf Parteien von der Rechten über die Christdemokraten bis zu der Sozialdemokratie zugelassen werden sollten. Dies alles deutet darauf hin, daß heute selbst ein Teil der spanischen Bourgeoisie das Interesse an der Aufrechterhaltung des Regimes verloren hat. Am 24. 6. lehnte jedoch Arias Navarro vor der Ständeversammlung jede Verfassungsänderung in Richtung auf eine bürgerliche Demokratie ab. Eine Reihe der Abgeordneten der Ständeversammlung fand für seine Rede Begriffe wie „enttäuschend" oder „unrealistisch".

Die Politik des „aperturismo" ist heute gescheitert, und vieles spricht dafür, daß auch die neue Welle der Repression den Auflösungsprozeß des Regimes nicht aufhalten wird. In den letzten 15 Jahren hat das Regime selbst wichtige Bedingungen für seinen Zerfall gesetzt.

Der Zerfall der alten Wirtschaftsstruktur

Nach einer gescheiterten Autarkiepolitik, die der spanischen Bevölkerung eine dramatische Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen brachte und die Wiedergeburt der spanischen Arbeiterbewegung förderte, leiteten die Technokraten des „Opus dei" 1957 jenen Entwicklungsprozeß ein, der das Land nicht nur innerhalb zweier Jahrzehnte von einem Agrarland in ein Industrieland verwandelte, ihm nicht nur zwischen 1960 und 1970 eine durchschnittliche Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts bescherte, die mit ca. 7,5 Prozent nur noch von Japan (mit etwas über 9 Prozent) übertroffen wurde, sondern auch das Land ausländischem Kapitalzufluß weit öffnete und erhebliche Verzerrungen in der ökonomischen Struktur förderte. Spaniens Ökonomie steht heute auf drei wackligen Beinen: dem Tourismus, den Investitionen ausländischer Konzerne und den Überweisungen der Arbeitsemigranten.

Bis 1974 stopften Tourismus, Arbeitsemigranten und ausländisches Kapital jedes Jahr das Riesenloch in der spanischen Handelsbilanz. Auch 1973, als das Defizit die Rekordsumme von 190 Mrd. Peseten betrug (100 Peseten sind ca 4,50 DM). Die Nettoerträge aus Tourismus und Reiseverkehr stiegen seit 1961 bis 1973 jedes Jahr um durchschnittlich 14 Prozent und die Nettoüberweisungen von 1964 bis 1973 jährlich um durchschnittlich 17,5 Prozent. 1972 und 1974 waren Rekordjahre für ausländische Investitionen: 1972 flossen 60 Mrd. Peseten, 1974 sogar 89 Mrd. Peseten als langfristige Kapitalanlage nach Spanien. Der größte Teil der genehmigten ausländischen Investitionen (genehmigt werden müssen vom Ministerrat Investitionen, die über 50 Prozent des inländischen Kapitals in einem Unternehmen liegen) kam aus den USA (41 Prozent). Es folgen die Schweiz (21 Prozent, möglicherweise handelt es sich bei diesen Investitionen ebenfalls zu einem beträchtlichen Teil um amerikanische Anlagen), die BRD (11 Prozent) und Frankreich (6 Prozent). Kapital kam außerdem aus den Niederlanden, Italien, Kanada, Belgien, Schweden und anderen Ländern.

Hauptinvestitionsfelder sind die chemische Industrie (26 Prozent), die metallurgische und mechanische Industrie (16 Prozent), die Fahrzeugindustrie (19 Prozent), Hotels und Immobilien (18 Prozent) und die Nahrungsmittelindustrie (18 Prozent). Heute sind von den 300 größten spanischen Unternehmen über die Hälfte teilweise oder zu über 50 Prozent in ausländischem Besitz. Ein großer Teil der spanischen Industrie arbeitet mit ausländischen Patenten.

Im Verlauf dieses importierten Booms hat die spanische Arbeiterklasse erhebliche Strukturwandlungen erlebt. Seit 1962, dem Jahr, in dem die Gotteswerkler (Opus dei) mit ihrer Agrarreform begannen und in nennenswertem Umfang ausländisches Kapital in das Land einströmte, hat eine massive Landflucht eingesetzt. Die selbstversorgenden Sektoren in der Landwirtschaft sind stark geschrumpft, die Warenproduktion hat sich verstärkt, der Konzentrationsprozeß beschleunigt und die Abhängigkeit besonders mittlerer Bauern von Nahrungsmittelindustrie und Handel ist gewachsen.

Die neue Industriearbeiterschaft

Ein anhaltendes Bauernlegen hat die Zahl der Industriearbeiter in den letzten Jahren rapide wachsen lassen und ganze Landstriche entvölkert. Die Industriearbeiterschaft, noch während des Bürgerkriegs eine Minderheit unter den Lohnabhängigen, ist ebenso gewachsen wie die Zahl der Lohnabhängigen im Dienstleistungssektor. 1936 waren noch ca. 60 Prozent der Bevölkerung im Agrarsektor tätig. Heute sind ca. 70 Prozent der Beschäftigten in Industrie und Dienstleistungssektor beschäftigt. Das Anwachsen der Zahl und die Zusammenfassung der Industriearbeiter in den Vorstädten der alten und neuen Industriezentren hat ebenso dazu beigetragen, die Kommunikation der Arbeiter untereinander zu verbessern und damit die Organisierung von Massenaktionen zu erleichtern, wie der Umstand, daß die Zahl der Großbetriebe vor allem durch ausländische Kapitalinvestitionen beträchtlich zugenommen hat.

Spanische Betriebe produzieren relativ arbeitsintensiv. Das hängt nicht nur mit dem niedrigen Lohnniveau zusammen, sondern auch damit, daß das Kapital fast keine Sozialleistungen zu erbringen hat und trotz ca. 2 Mill. spanischer Arbeitsemigranten über eine riesige Reservearmee verfügt.

Die zunehmende Zusammenfassung von Arbeitskräften hat sicherlich dazu beigetragen, daß sich die spanische Arbeiterklasse in den letzten Jahren auf immer breiterer Basis gegen ihre miesen Lebensbedingungen zur Wehr gesetzt hat. Die gemessen an westeuropäischen Standards verheerenden Lebensbedingungen spiegeln sich nicht nur in den Forderungen der Arbeitskämpfe 1974/75. Die Forderung nach der 40-Stunden-Woche, 100 Prozent Lohnfortzahlung bei Unfall, Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit, 30 Tagen Urlaub werden in beinahe jeder Branche bei Arbeitskämpfen vorgetragen.

Zur Misere der spanischen Arbeiter gehören auch die ständig wachsenden Lebenshaltungskosten (hohe Mieten als Folge des spekulativen Baubooms, der die Industrialisierung begleitete, hohe Lebensmittelpreise infolge der Notwendigkeit, wichtige Grundnahrungsmittel zu importieren, da die kommerzialisierte Landwirtschaft zu einem erheblichen Teil Produkte für den Export produziert), Steuerbelastungen (70 Prozent der Steuern sind Verbrauchersteuern, die überwiegend von der arbeitenden Bevölkerung getragen werden) und nicht zuletzt die Folgen der völlig unzureichenden staatlichen Infrastrukturmaßnahmen. So herrscht in vielen spanischen Städten im Sommer Wassermangel, und die Strompreise sind

alternative
99
17. JAHRGANG
DEZEMBER 1974
EINZELNUMMER 4 DM
A 20034 F

Ideologische Staatsapparate / fortschreitende Krise

Situationsberichte aus Schule, Gewerkschaft, Hochschule
FDGO oder Die Einführung einer neuen ideologischen Praxis
Ideologischer Staatsapparat «Schule»
BRD – unterm Faschismus-Verdacht?

alternative
100
18. JAHRGANG
FEBRUAR 1975
EINZELNUMMER 4 DM
A 20034 F

Literatur in der Übergangsgesellschaft

Texte von Tschingis Aitmatow, zu Christa Wolfs «Nachdenken über Christa T.» und Alexander Solschenizyns «Archipel Gulag»

alternative
101
18. JAHRGANG
APRIL 1975
EINZELNUMMER 4 DM
A 20034 F

Materialistische Literaturtheorie IX
Francis Mulhern: Caudwells ästhetische Theorie
Raymond Williams: Zur Basis-Überbau-These in der marxistischen Kulturtheorie

alternative
102/103
18. JAHRGANG
JUNI/AUGUST 1975
DOPPELNUMMER 6 DM
A 20034 F

POLITISCHE THEORIE DER BILDUNG

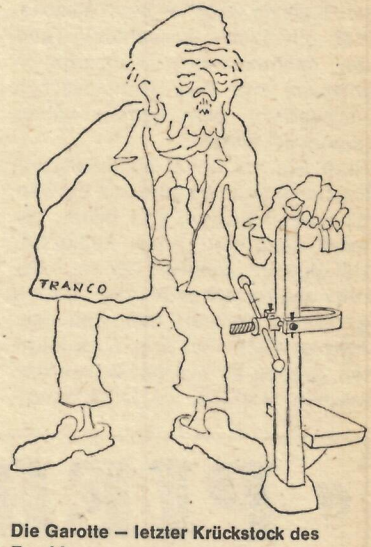
CURRICULUM-REFORM: SOZIALES LERNEN

Zu beziehen über jede Buchhandlung oder direkt von Alternative Verlag GmbH, 1 Berlin 15, Postfach 150 230.

so hoch, daß elektrische Haushaltsgeräte einen beinahe unerschwinglichen Luxus darstellen. Angesichts solcher Verhältnisse müssen die spanischen Arbeiter den Mangel an legaler Interessenvertretung als besonders schwerwiegend empfinden. Zu den Folgen des kapitalistischen Wegs aus der Unterentwicklung gehören aber nicht nur chaotische Verstädterungsprozesse, Enteignung von Landbewohnern, Arbeitsemigration, Arbeiterelend und soziale Unsicherheit.

Klassenauseinandersetzungen in allen Bereichen

Um ausländische Investitionen anzureizen, verzichtete die spanische Regierung weitgehend auf die Steuern derjenigen, die in besonders wachstumsintensiver Industrie Kapital anlegten.
Die staatlichen Einnahmen in Spanien sind enorm niedrig und werden überwiegend im Interesse kurzfristiger privater Profite und zur Unterhaltung des riesigen Repressionsapparats verausgabt. Die Folgen zeigen sich nicht nur in der miserablen Bezahlung und Arbeitsüberlastung kleiner Staatsbeamter, die sich im Frühjahr dieses Jahres mit einem Streik dagegen zur Wehr setzten, sondern auch in den chronischen Mängeln des Bildungssystems und in der medizinischen Versorgung. Auf die Kämpfe der Studenten, die nun schon kontinuierlich fast 20 Jahre lang anhalten, braucht hier nicht näher eingegangen zu werden. Seit Herbst 1974 befinden sich Ärzte und Krankenhauspersonal bei den Krankenhäusern der Sozialversicherung im Kampf. Der Konflikt hatte sich an dem staatlichen Verlangen nach einem polizeilichen Führungszeugnis entzündet. Die Arbeitsbedingungen besonders für junge Assistenzärzte, die gezwungen sind, mehrere Jahre bei der staatlichen Krankenversicherung tätig zu sein, sind verheerend. Ihnen stehen zu wenig Arbeitsplätze zur Verfügung; ihre Bezahlung ist äußerst niedrig. Die Ausstattung der Krankenhäuser genügt oft genug nicht den minimalsten Ansprüchen. 30 Prozent der spanischen Krankenhäuser wurden vor 1900 gebaut. Die Entlassung von 1500 Ärzten während des Konflikts hat die Situation weiter verschärft.
Auch für die Kämpfe anderer Schichten der spanischen Bevölkerung gilt, was für die Industriearbeiter dargestellt wurde: Die Behinderung der Interessenvertretung durch die Unterdrückungsmaßnahmen des Regimes gibt gewerkschaftlichen Kämpfen rasch eine politische Dimension und trägt dazu bei, daß die Kämpfe gegen das Regime sich nicht mehr allein aus unmittelbaren ökonomischen Interessen entfalten.
Dafür sind die Generalstreiks in einzelnen Regionen, besonders seit 1970, ein Beweis.
Wachsende Unlust an der spanischen Art der Konfliktlösung zeigen sich in jüngster Zeit zunehmend selbst bei denjenigen Berufen, die einst zu den Stützen des Regimes gehörten: Der Kampf der Anwaltskammern gegen das Regime dauert schon länger an. Auch die Zahl der Richter nimmt zu, die die blutige Farce frankistischer Rechtsprechung nicht mehr mitmachen wollen. Die Zunahme von Militärgerichtsverfahren in den letzten Jahren hat ihre Gründe nicht allein in der verschärften Repression, sondern auch in der „Unzuverlässigkeit" ziviler Richter. Im August streikten in Barcelona Journalisten aus Solidarität mit einem Kollegen, der verhaftet



Die Garotte – letzter Krückstock des Faschismus

worden war, weil er berichtete, daß Offiziersfrauen staatlich lizenzierte Bordelle unterhielten. Am 29. Juli kam es zu der aufsehenerregenden Verhaftung einiger Offiziere, die andeutet, daß selbst die Armee, die Hauptstütze des Regimes, heute kein geschlossener profrankistischer Block mehr ist. Die Offiziere waren offenbar unzufrieden über die mangelhafte Ausrüstung der Armee und über ihre ständige „Zweckentfremdung" als letzte Polizeireserve. Daß auch die Kirche (und inzwischen nicht mehr allein der niedere Klerus) nicht mehr voll hinter dem Regime steht, ist eine bekannte Tatsache. Wenn auch die Gründe für den Widerstand jener Gruppen im einzelnen sehr komplex sind und hier nicht diskutiert werden können, so kann man doch zumindest ein Merkmal festhalten. Bei allen Oppositionellen aus diesen Berufen wird der Widerspruch zwischen Berufsethos und zugedachter Rolle innerhalb des Regimes als unerträglich empfunden.

Krise der Falange

Die Entwicklung in den letzten 15 Jahren hat aber nicht nur die Opposition gegen das Regime ungeheuer verbreitert, sondern auch zu einer erheblichen Differenzierung der Interessen innerhalb der herrschenden Klassen geführt. Der größte Verlierer der Entwicklung der letzten 15 Jahre war zweifellos die Falange.
Nach dem Bürgerkrieg hatte Franco ihr die Verwaltung der faschistischen Syndikate überlassen. Ihre Bedeutungslosigkeit wuchs in demselben Maße, in dem die Arbeiter sich gewerkschaftliche Vertretungsrechte erkämpfen konnten.
Klar ist auch, daß viele Angehörige der Polizeitruppen die Aufweichung des Regimes mit Sorge sehen. Im

Weltweite Kampagne gegen Terror-Urteile in Spanien

Gegen die beiden zum Tode verurteilten Basken Garmendia und Otaegui wird es zu einer Berufungsverhandlung kommen, obwohl ihre Verteidiger keine neuen Beweise für ihre Unschuld vorbringen konnten. Dies ist nicht zuletzt auf den wachsenden Protest innerhalb und außerhalb Spaniens zurückzuführen. Wenn das Leben der beiden gerettet werden soll, muß sich der Protest aber noch weiter verbreitern.
Am 12. September wurden 3 weitere Todesurteile gegen Tovar, Chivite und Alonso ausgesprochen, die beschuldigt werden, einen Polizisten erschossen zu haben. Am 18. September wurden 5 weitere Todesurteile ausgesprochen. Massenhafte Verhaftungen lassen neue Prozesse und Todesurteile befürchten. Die Todesurteile und das neue Gesetz gegen den Terrorismus sollen die spanische Opposition insgesamt einschüchtern.
Aktionen wie beispielsweise die Hungerstreiks von Nürnberg, München und Frankfurt, verstärkte Information der Bevölkerung in der Bundesrepublik über die Zustände in Spanien, aber auch individueller Protest sind sinnvoll und tragen dazu bei, das Leben der 5 zu retten, dem Terror gegen die Opposition die Spitze zu nehmen.
Der Prozeß von Burgos 1970, bei dem internationaler Protest das Leben der Angeklagten rettete, hat bewiesen, daß dem spanischen Regime eine weite internationale Aufmerksamkeit angesichts starker Abhängigkeit der spanischen Ökonomie vom Tourismus und ausländischen Investitionen sehr unlieb ist.

Bereitet dem Franco-Regime ein neues Burgos, schreibt oder telefoniert an die Spanische Botschaft, 53 Bonn, Schloßstr. 4, Telefon 02221/222094. Weitere Adressaten für Protestschreiben und Protestaktionen: Spanisches Generalkonsulat, 1 Berlin 30, Lichtensteinallee 1; Generalkonsulat, 28 Bremen, Schwachhauser Ring 124; Generalkonsulat, 4 Düsseldorf, Homburger Str. 16; Generalkonsulat, 6 Frankfurt, Grüneburgstr. 153; Generalkonsulat, 2 Hamburg, Mittelweg 37; Generalkonsulat, 3 Hannover, Wedekindstr. 32; Vizekonsulat, 65 Mainz, Drususwall 72; Generalkonsulat, 8 München, Oberföhringerstr. 45; Generalkonsulat, 7 Stuttgart, Lenzhalde 61.

Umkreis von Falange und Polizei, vielleicht auch bei Teilen der Armee sind die Drahtzieher der „Christkönigritter", einer neuen militanten Rechten, zu suchen.

Die Rolle des ausländischen Kapitals

Von weitaus größerer Bedeutung für das weitere Schicksal des Franco-Regimes aber ist die Tatsache, daß allmählich wesentliche Teile der multinationalen Konzerne in Spanien und ihre einheimischen Verbündeten dem Regime kühler gegenüber stehen.
Nach wie vor findet ausländisches Kapital in Spanien günstige Verwertungsbedingungen, von denen die meist niedrigen Löhne, keine Sozialabgaben, niedrige Steuern bereits angesprochen wurden. Im allgemeinen beliefert man den spanischen Markt, hat aber auch leichten Zugang zu den latein-amerikanischen Märkten. Zu Lateinamerika hat Spanien ein traditionell gutes Verhältnis. Viele Geschäfte der Multis in Lateinamerika werden über Spanien abgewickelt, da spanische Firmen auch nicht annähernd ein so schlechtes Image haben wie europäische und amerikanische Konzerne. Außerdem ist die Tatsache, daß Spanien nicht der EG angehört, für die meisten Konzerne kein Nachteil. Im Gegenteil, ihre Profite in Spanien werden durch Importzölle auf industrielle Produkte teilweise zusätzlich abgesichert.
Immer unangenehmer wird allerdings für das ausländische Kapital die Streikbewegung und der Mangel an integrativen Gewerkschaften. Besonders die Streiks aus politischen Gründen dürften erheblich stören. Von den Streiks aber sind ausländische Konzerne in unterschiedlicher Weise betroffen. An der Spitze der Streikstatistik stehen vor allem die Betriebe der Automobilindustrie (SEAT, FASA, Renault), der chemischen und der Elektroindustrie, kurz, alle arbeitsintensiven Betriebe im städtischen Milieu. Weniger betroffen sind die Plantagen der Nahrungs- und Getränkehersteller und beinahe überhaupt nicht die Erdölindustrie.
In Spanien beherrschte seit dem Bürgerkrieg ein stark zentralisiertes Bankkapital das Heer unzähliger industrieller Kleinbetriebe. Es verteilt sich auf eine Handvoll Familien, deren Vertreter nicht nur die Aufsichtsräte der Industrie besetzen, sondern auch an den Schalthebeln staatlicher Wirtschaftspolitik sitzen, insbesondere in der INI, einer staatlichen Holding, einstmals Instrument der Autarkiepolitik, heute Hauptanteilinhaber in den großen Staatsbetrieben wie SEAT, BAZAN-Werften, HUNOSA (eine Zusammenfassung von Kohlegruben) usw. Dieses Bankkapital ist eng mit dem Großgrundbesitz verflochten, seine Vertreter okkupieren die Spitze des Militärs und des Staatsapparats und kontrollieren einen großen Teil der Presse. Die Haltung dieser Kapitalfraktionen zum Regime ist schwierig einzuschätzen. Es kann als sicher gelten, daß ein Teil dieses Kapitals heute eng mit ausländischem Kapital verflochten ist und infolgedessen ebenso wie dieses die Abschaffung allzu offener und brutaler Herrschaftsformen wünscht.
Daß das Franco-Regime noch nicht durch eine bürgerlich-parlamentarische Demokratie abgelöst wurde, verdankt es der Tatsache, daß sich die spanische Bourgeoisie heute auf höherer Ebene dem gleichen Dilemma gegenüber sieht, dessen gewaltsame Auflösung Francos Putsch von 1936 war. Der Putsch hatte im Bürgerkrieg dem verängstigten, vom ausländischen Kapital und von der Finanzbourgeoisie abhängigen industriellen Bürgertum, dem reaktionären Großgrundbesitz und dem Finanzkapital auf die Beine geholfen, die zu schwach waren, sich der Angriffe des durch eine importierte Teilindustrialisierung gewachsenen Industrieproletariats, des Landproletariats und der revolutionierten Kleinbauern zu erwehrern. Die Probleme,die das Franco-Regime damals gewaltsam zu einer vorläufigen „Lösung" gebracht hatte, sind heute nicht verschwunden. Zwar ist die spanische Bourgeoisie heute stärker als in den 30er Jahren, aber auch das spanische Proletariat hat an Stärke und Umfang gewonnen.

Der Widerstand in der Arbeiterklasse wächst!

Angesichts des fortgeschrittenen politischen Bewußtseins der spanischen Arbeiterklasse erscheint es fraglich, ob irgendeine politische Partei der Opposition, selbst wenn sie es wollte, in der Lage wäre, die spanischen Arbeiter in eine bürgerliche Gesellschaft nach Franco langfristig zu integrieren. Die spanische Arbeiterklasse hat in den letzten Jahren bewiesen, daß ihr mit nackter Repression nicht beizukommen ist.
Die Zeit drängt. 1974 kam es erstmals zu einem deutlichen Knick im spanischen Boom. Im spekulativen Immobiliensektor sowie in der Textilindustrie gab es zahlreiche Firmenliquidationen. Die Verteuerung der Rohstoffe, die Spanien überwiegend importieren muß, hat das Loch in der Zahlungsbilanz weiter vergrößert. Gleichzeitig ist dieses Jahr ein wenn auch leichter Rückgang im Tourismus zu verzeichnen. Allmählich setzt der Rückstrom der Arbeitsemigranten ein. Die Regierung mußte hohe Kredite im Ausland aufnehmen, um die Zahlungsbilanz auszugleichen. Es ist vorauszusehen, daß wachsende Inflation und Arbeitslosigkeit, chronische staatliche Finanznot mit entsprechenden Folgen für die Infrastruktur die Offensive gegen das Regime weiter verstärken werden.
In einer Anzeige des Geschäftsführers der Deutschen Handelskammer in Barcelona im Handelsblatt vom 28. 1. dieses Jahres heißt es unter dem „Titel": „Spanien lockt mit niedriger Steuerlast und Arbeitskräften". „Als Negativpunkte müssen . . . das sehr starre Arbeitsrecht genannt werden . . . Dennoch ist die industrielle Zukunft Spaniens wohl im ganzen positiv zu bewerten . . ." Inzwischen verhandelt FIAT mit SEAT über eine Übernahme. Die Ford-Werke bauen zur Zeit bei Valencia ein neues Werk. Die Repression im Baskenland, dem Teil Spaniens, in dem die Opposition heute am stärksten und besten organisiert ist, der heutige Ausnahmezustand und die Todesstrafen sind nicht nur der Versuch eines überholten Regimes, sich um jeden Preis am Leben zu halten. Die Repression trifft nicht nur die ETA oder die FRAP, sie hat zum Ziel, die spanische Arbeiterklasse und ihre Verbündeten doch noch nachhaltig einzuschüchtern und ihre militanten Kader zu zerschlagen. Es ist kein gerader kühner Gedanke, sich vorzustellen, daß dies auch jenen Kapitalfraktionen nicht ganz unlieb sein dürfte, die heute das Regime loswerden wollen, sich aber gleichzeitig wünschen, daß Spanien auch in Zukunft ein lohnendes Investitionsfeld bleibt.

« PIERBURG Prozess »

gegen vier Betriebsräte ! Arbeitsgericht Düsseldorf

Az. 10 BV 28/74

HERAUSGEGEBEN VON PIERBURG - KOLLEGEN
(JUNI 1975)

Dokumentation:

ANKLAGE UND VERTEIDIGUNG - ZEUGENAUSSAGEN - PRESSE - SOLIDARITÄTSBEKUNDUNGEN - BRIEFE - EIDESSTATTLICHE ERKLÄRUNGEN - URTEIL - U.V.M.

Preis DM 10,--
Bezugsadresse: SOAK, 305 Wunstorf, Postfach 1231

die linken gruppen zur wahl:
bleibt nur die spö?
kann man kpö? soll grm? kb?
(juso revi kozi mao trotzki)
siegert: sozialimperialismus in w 1
computerpädagogik
dallinger: ögb halblinks

september 1975

NEUES FORVM

An NF-Vertrieb A-1070 Wien Museumstraße 5 Tel. 93 33 53 / Diese Anzeige fand ich in:
Ich bestelle ☐ obiges Heft um öS 44 DM 6.50 sfr 7 ☐ kostenloses Probeheft
☐ 1 Jahresabo um öS 360 DM 53 sfr 58 (Studenten öS 270 DM 40 sfr 45 / Nachweis!)
NAME ADRESSE

Aktive Portugal-Solidarität: Jetzt!

Angesichts der akuten Bedrohung des revolutionären portugiesischen Prozesses von innen wie von außen stehen die Sozialisten in der BRD in diesen Wochen vor der Aufgabe verstärkter Solidaritätsaktionen. Dabei ergeben sich zwei Schwerpunkte. Zum einen geht es darum, eine gezielte politische Öffentlichkeitsarbeit zu entfalten, um in der Bevölkerung, die von den Massenmedien fast ausnahmslos mit Zerrbildern der portugiesischen Wirklichkeit konfrontiert wird, über die tatsächlichen Vorgänge in Portugal sowie die Bedingungen, Schwierigkeiten und Ziele des revolutionären Prozesses zu informieren. Zum zweiten muß eine wesentliche Funktion aller Aktionen vor allem auch darin bestehen, zur Verstärkung der verschiedenen Formen materieller Solidarität für Portugal beizutragen.

Materialien des SB

Zur Verteilung bei jeglichen politischen Veranstaltungen, Straßen-Informationsständen, vor Betrieben etc. haben wir ein allgemeines „links"-Extrablatt gemacht. Es basiert im wesentlichen auf einer Chronik seit dem 25. April 1974, wobei nicht einfach Daten und Ereignisse aneinandergereiht, sondern die Ereignisse auch interpretiert werden. Die Chronik ist also eine Art Darstellung der wichtigsten Schritte des revolutionären Prozesses. Weiterhin enthält das Extrablatt 10 Thesen zur portugiesischen Revolution und Konterrevolution und Auszüge aus dem jüngsten Copcon-Papier sowie unseren Portugal-Spendenaufruf, verbunden mit einer Zahlkarte, die herausgeschnitten und zur Spendeneinzahlung verwendet werden kann. Das Extrablatt ist nicht in dem Sinne popularistisch, daß es den primitiven Hetztiraden der BILD-Zeitung eine schlichte „Gegeninformation" entgegenstellt. Aber es kann politisch interessierten Leuten, auch Arbeitern, eine einsichtige und vor allem andere Betrachtungsweise des portugiesischen Prozesses vor Augen führen. Das Flugblatt besteht aus 4 Seiten DIN A 3, ist bebildert und mehrfarbig gedruckt, ist (ausschließlich gegen Vorauszahlung!) vom SB zu beziehen (100 Stück DM 10,–, 1000 Stück DM 80,–).

Der in dieser „links" abgedruckte Brief des Genossen Alfred Moos an Willy Brandt liegt auch als Brief-Flugblatt vor und kann (gegen Vorauszahlung!) beim SB bestellt werden (100 Stück DM 5,– 1000 Stück DM 40,–). Da der Brief vorwiegend die SPD-Politik zu Portugal betrifft, ist es nicht zweckmäßig, ihn ungezielt zu verteilen: auf jeden Fall ist eine Verteilung angebracht bei SPD- und Jusoveranstaltungen, bei Gewerkschaftsveranstaltungen, vor Betrieben (auch vor Kommunalbetrieben, denn kommunale Arbeiter, Angestellte und Beamte sind – besonders in sozialdemokratisch regierten Städten und Gemeinden – zu einem hohen Anteil auf die SPD orientiert), durch sozialistische Jusos und Altsozialisten innerhalb der Partei, durch Versand an zugängliche Adressen von SPD-Mitgliedern, innerhalb von Jugendgruppen, deren Organisationen politisch mit der SPD liiert sind (Falken, Naturfreundejugend).

Die Broschüre „Portugal – Auf dem Weg zum Sozialismus?" mit Dokumenten und Analysen zum portugiesischen Prozeß wurde inzwischen in 8000 Exemplaren vertrieben. Die materialreiche, bebilderte Broschüre ist weiterhin aktuell; sie sollte an keinem Informationsstand, Büchertisch o. ä. fehlen. 160 Seiten, DM 8,–, bei Abnahme von mindestens 10 Stück 20 % Rabatt, Bezug gegen Vorauszahlung bei Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591.

Film: Viva Portugal

Seit Beginn des portugiesischen Revolutionsprozesses versucht die bürgerliche Presse mit dem Phänomen u. a. auch dadurch fertig zu werden, daß sie die „Führer" im Auge behalten, die „Hauptquartiere" der Parteien und Machtgruppen, die Chefideologen. Der Film „Viva Portugal" hält sich nicht damit auf, Führer, Parteistrategen und selbsternannte Avantgarden vorzustellen oder Fragen nachzugehen, wieviel Prozent Wahlstimmen wohl dieser oder jener bekommen würde. Er zeigt u. a.: Daß Auseinandersetzungen zwischen dem rechten und dem linken Flügel der MFA schon bei der Freilassung der politischen Gefangenen aus den Gefängnissen von Taxias einsetzten; wie Soldaten aus direktem Kontakt mit Arbeitern aus besetzten Betrieben lernten; wie der Putschversuch der sogenannten schweigenden Mehrheit zusammenbricht; wie Landarbeiter ihre Felder besetzen und Tagelöhner ihre Pächter vertreiben, wie sie versuchen, die Landwirtschaft selbst zu organisieren; wie Bankangestellte ein Lehrbuch des portugiesischen Kapitalismus erstellen, indem sie heimlich jeden Bankvorgang fotokopieren; mit welchen Methoden die katholische Kirche im Norden des Landes ihre Gläubigen gegen die Linke aufhetzt; Ausschnitte aus dem wohl einmaligen Filmdokument des portugiesischen Fernsehens über das Scheitern des Rechtsputsches vom 11. März: eine Fallschirmjägereinheit, als Killer gegen MFA-Truppen ausgeschickt, gibt keinen Schuß ab, sondern läßt sich in Diskussionen verstricken und legt schließlich die Waffen nieder.

Der Film „Viva Portugal" (gemacht von Christiane Gerhards, Malte Rauch und Samuel Schirmbeck) steht ab Mitte Oktober zum Verleih zur Verfügung. Das SB hat eine Kopie des 1½-Stunden-Films anfertigen lassen. Die Verleihbedingungen, die technischen Angaben über den Film können beim Sozialistischen Büro in Offenbach angefordert werden. Frühzeitige Terminplanung erforderlich, da der Film bereits bis Ende November vergeben ist!

Medizinische Instrumente für Portugal

Genossen aus dem Gesundheitsbereich stehen in Kontakt mit Medizinern und Gesundheitsarbeitern in Portugal, die sich um den Aufbau von Volkskliniken und um die ambulante medizinische Versorgung der Bevölkerung bemühen. Zur Unterstützung dieser Projekte werden dringend medizinische Geräte benötigt:

- **Instrumente für die sogenannte „kleine Chirurgie" (z. B. für Wundversorgung) und für gynäkologische Untersuchungen, also Pinzetten, Scheren, Nadelhalter, Nadeln, Nahtmaterial etc.;**
- **Teststäbchen zur Diagnose von Diabetes oder Harnwegerkrankungen;**
- **EKG-Geräte (Schreiber) und Laborgeräte.**

Detail-Auskünfte erfragt bitte bei bekannten Medizinern oder bei der Frankfurter Gesundheitsgruppe. Bitte beachtet, daß die Teststäbchen kühl gelagert und mindestens ein halbes Jahr haltbar sein müssen. Die Spenden nimmt entgegen bzw. Informationen sind erhältlich: Gesundheitsgruppe Frankfurt, c/o Bernd Hontschik, 6 Frankfurt, Weberstr. 20, Telefon 0611/596290.

Spendet für die portugiesische Basisbewegung für die selbstorganisierten Initiativen in den Betrieben, auf dem Lande und in den Stadtteilen, für die Arbeiterkommissionen, Bauernkooperative, Volkskliniken, Alphabetisierungsschulen, Volkskindergärten usw.! Der Arbeiterkommission, der inzwischen autonomen sozialistischen Zeitung Republica wurden beispielsweise aus dem Portugal-Solidaritätsfonds des SB DM 5.000,– überwiesen. Sonderkonto Portugal, Michael Schwelien, Bank für Gemeinwirtschaft, Offenbach, Nr. 17455702.

Portugalwoche im November

Vom 8. bis 23. November werden portugiesische Genossen (Mitglieder von Arbeiter- und Mieterkommissionen sowie Vertreter der MFA) zu einer Veranstaltungsreihe die BRD bereisen. Die Aktion wird überregional vom SB organisiert und soll auf lokaler Ebene von den jeweiligen SB-Gruppen und bestehenden organisationsunabhängigen Portugal-Komitees und -Initiativen getragen werden. Wo sich eine Zusammenarbeit mit anderen linken Organisationen am Ort auf der Basis eines Konsens hinsichtlich der Inhalte und der organisatorischen Durchführung der Kampagne anbietet, ist es selbstverständlich, diese Zusammenarbeit herzustellen. Es ist beabsichtigt, diese Veranstaltungen in Westberlin, Hamburg, Hannover, Köln, Frankfurt, Heidelberg oder Mannheim, Stuttgart und München stattfinden zu lassen, wobei organisatorische und sonstige Voraussetzungen noch zu klären sind, so daß sich hinsichtlich der Veranstaltungsorte noch Ver-

PORTUGAL
Auf dem Weg zum Sozialismus?
Analysen und Dokumente

Mit den in der Broschüre „Portugal – auf dem Weg zum Sozialismus?" zusammengestellten Texten soll versucht werden, die Komplexität des gesellschaftlichen Umwälzungsprozesses darzustellen, der in Portugal nach dem Sturz der Diktatur in Gang gesetzt wurde: seine Schwierigkeiten, seine Widersprüche und seine revolutionäre Dynamik. Neben einer Chronik der Ereignisse seit dem 25. April 1974 und einer Analyse der ökonomischen und sozialen Verhältnisse, enthält dieser Band vor allem Dokumente zur Rolle und Funktion der Bewegung der Streitkräfte sowie zu den Basiskämpfen und autonomen Organisationsformen in den Fabriken, auf dem Lande und in den Stadtteilen. Darüber hinaus werden die politischen Parteien vorgestellt und schließlich die Reaktion der bürgerlichen Presse auf den portugiesischen Prozeß untersucht.

Die Broschüre (160 Seiten) kann gegen Vorauszahlung von DM 8.– (der Bestellung in Briefmarken oder per Scheck beilegen) bezogen werden über Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591.

schiebungen ergeben können. Der genaue Terminplan und detaillierte Angaben zu den Veranstaltungsorten werden in der November-Ausgabe von „links" abgedruckt, damit auch benachbarte Gruppen bzw. einzelne Genossen aus der Umgebung die Möglichkeit haben, an den Veranstaltungen teilzunehmen. Es ist vorgesehen, jeweils eine öffentliche Veranstaltung mit den portugiesischen Genossen durchzuführen. Auf einer zweiten Veranstaltung soll der Film „Viva Portugal" gezeigt werden, und in Verbindung mit der Vorführung dieses Filmes sollen Genossinnen und Genossen, die in letzter Zeit in Portugal waren, über ihre Erfahrungen berichten.

Spendenkampagne

Die materielle Hilfe für die vielfältigen Basis-Projekte in Portugal kann nicht genügend hervorgehoben werden. Jeder Genosse sollte selbst tief in die Tasche greifen und eine dicke Spende auf unser Portugal-Solidaritätskonto überweisen: Sonderkonto Portugal, Michael Schwelien, Bank für Gemeinwirtschaft, Niederlassung Offenbach Nr. 17455702 (ein Spendenaufruf mit anhängender Zahlkarte war der September-Ausgabe „links" beigelegt; der Spendenaufruf kann in kleineren Mengen kostenlos vom SB angefordert werden, bei größeren Mengen bitten wir um Kostenbeteiligung von DM 20,– je 1000 Exemplare).

Es müßte Bestandteil jeder Aktion sein, daß auch Geld direkt für die Basisbewegung in Portugal gesammelt wird. Portugiesische Genossen aus mehreren Projekten haben uns immer wieder bestätigt, welche große Bedeutung die materielle Unterstützung hat. Nicht nur, daß es gerade bei diesen selbstorganisierten Projekten und Kooperativen so ziemlich an allem fehlt, so daß jeder Hundertmarkschein irgendein dringendes Problem lösen hilft, auch die Auswirkungen für die politische Stabilisierung, die solche solidarische Hilfe bei den Betroffenen hat, sind von großer Bedeutung.

Aber materielle Hilfe hat hier noch eine andere Seite: Im Falle Portugal unterstützen wir eine Basisbewegung, die trotz der erstarkenden Konterrevolution und trotz der Gefahr des Bürgerkrieges oder Intervention von außen doch auch die Chance hat, sozialistisches Bewußtsein in den Massen weiter zu entfalten und sich gegen die restaurativen Kräfte durchzusetzen. Und wir können – anders als im Falle Chile – sagen, was wir mit dem gesammelten Geld machen. Wir können über die Projekte berichten, die unterstützt werden, denn wir bringen ja nicht die Genossen, denen wir helfen, in Gefahr, wie dies in Chile der Fall sein würde. Nachdem wir inzwischen auf unseren Spendenaufruf über DM 30.000 zusammen haben, wird unser Genosse Rosa Cravos in diesen Tagen nach Portugal fahren und mehrere Basisprojekte aufsuchen, das Geld übergeben, weiteren Bedarf ermitteln und für die November-Ausgabe von „links" einen ausführlichen Bericht verfassen. – Die Geldsammlungen müßten also intensiviert werden, denn was sind DM 30.000 (oder auch DM 100.000, wenn man die Spendenergebnisse anderer Gruppen so hoch veranschlagt), gemessen an den Schwierigkeiten und der materiellen Notlage der Basisprojekte, die sich unter der neugebildeten Regierung noch verschärfen dürfte.

Wenn es auch kurzfristig darum geht, vor allem Geld zur Unterstützung der vielfältigen Basisinitiativen zu sammeln, so wollen wir längerfristig auch auf die Beschaffung von medizinischen Instrumenten, evtl. landwirtschaftlichen Geräten oder anderen notwendigen Gebrauchsgegenständen orientieren. Dazu wird gegenwärtig versucht, in Portugal selbst zu klären, wo Bedarfslücken bestehen, die durch Sammlungen hier geschlossen werden könnten. Ein erstes konkretes Projekt dieser Art ist die Sammlung medizinischer Instrumente (siehe Kasten Seite 21).

Selbstorganisation der Aktionen

Die hier dargestellten Materialien, Projekte und Aktionsmöglichkeiten sollen die Portugal-Solidaritätsarbeit nicht zentralisieren. Das Gegenteil ist der Fall. Gegenöffentlichkeit und Solidaritätsaktionen (insbesondere auch Geldsammlungen, die über die engen materiellen Ressourcen der linken Organisationen hinausgehen) lassen sich nur auf breiter Ebene und vor Ort entfalten bzw. organisieren. Dazu gehört der Leserbrief in der „Heimatzeitung" ebenso wie ein spezifisches Betriebsflugblatt oder ein Entschließungsantrag in einer Gewerkschaftsversammlung oder eine Kollekte oder die Sammlung von Gegenständen, die auf einem „Flohmarkt" zugunsten der Portugal-Solidarität verkauft werden oder die Auseinandersetzung mit einem lokalen „Prominenten", der etwas total Schiefes in Sachen Portugal von sich gibt oder ein spezifisches Flugblatt zur Verteilung vor der Bundeswehrkaserne bzw. an die Bevölkerung einer Garnisonsstadt usw. Vielleicht kann eine Portugalgruppe eine Straßenausstellung (Bilder, Plakate, Zeitungsausschnitte) zusammen und auch für andere Gruppen zur Verfügung stellen. Über solche und weitere Aktionsmöglichkeiten sollten Berichte an das SB geschickt werden; auch wenn wir nicht alles (schon aus Platzgründen) in „links" abdrucken können, so besteht doch die Möglichkeit, solche Erfahrungen über die Portugal-Rundschreiben des SB weiterzuvermitteln. Wer übrigens die Portugal-Rundschreiben, die nach Bedarf hektografiert erscheinen, regelmäßig haben möchte, kann sie beim SB bestellen (DM 5,– für die nächsten 5–6 Ausgaben in Briefmarken beifügen).

KLAUS VACK

dokument

Brief an Brandt in Sachen Portugal

Der Genosse Alfred Moos – seit Ende 1933 Mitglied der Ausländer-Organisation der SAP (der auch Willy Brandt angehörte) und, wie er selbst schreibt, „alter Sozialdemokrat" – hat dem Sozialistischen Büro eine Abschrift seines Briefes an den heutigen SPD-Vorsitzenden zugeleitet und diesen zur Veröffentlichung freigegeben. Wir gehen zwar davon aus, daß dieser Brief bei Willy Brandt und in der SPD-Führung nichts bewirken wird. Wenn wir den Brief von Alfred Moos weiterverbreiten, so deshalb, weil er am Beispiel Portugal sehr klar und überzeugend aufzeigt, wie sich die westeuropäische Sozialdemokratie – und die SPD voran! – jedem revolutionären Prozeß, der den Sozialismus als realistische Perspektive in sich trägt, mit allen Mitteln entgegenstellt. Die Argumente, die Alfred Moos vorbringt, zeigen deutlich auf, daß die SPD-Führung durch ihre Unterstützung der Soares-Politik unter dem Deckmantel „sozialistischer Solidarität" in Wirklichkeit den konterrevolutionären Kräften in Portugal in die Hände arbeitet und nicht, wie sie vorgibt, eine Entwicklung zum „demokratischen Soazilismus" unterstützt. Mit dem Brief von Alfred Moos könnten jene Jusos und Altsozialisten in der SPD in eine innerparteiliche und öffentliche Auseinandersetzung mit ihrer Partei eintreten, um dem offen antisozialistischen Kurs, den die SPD verfolgt, im Falle Portugal wenigstens an der Basis der Partei entgegenzuwirken. Die sozialrevolutionären, basisorientierten sozialistischen Kräfte in Portugal brauchen in dieser Stunde gerade auch aus der BRD jede politische und materielle Hilfe, die der konterrevolutionären Tendenz jeglicher Spielart den Aktionsspielraum beschneidet. – Das SB hat diesen „Brief in Sachen Portugal" auch als Flugblatt herausgegeben, das bei geeigneten Veranstaltungen (Jusos und SPD, Gewerkschaften, Volkshochschulen, Informationsständen usw.) verteilt werden sollte. Das Flugblatt kann unter dem Stichwort „Brief in Sachen Portugal" bestellt werden (nur gegen Vorauszahlung, je 100 Stück 5 DM) bei Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591.

Redaktion „links"

Lieber Genosse Willy Brandt,

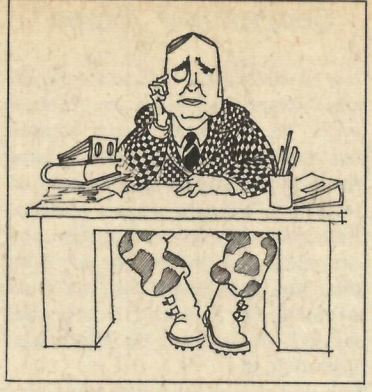
ich habe mich zu einem persönlichen Schreiben an Dich entschlossen, weil ich zu dem, wie ich meine, unentschuldbaren Verhalten der Partei und der von ihr geführten Bundesregierung gegenüber der portugiesischen Revolution nicht länger schweigen kann, ohne mich mitschuldig zu fühlen an dem Elend und den Verbrechen, die durch eben dieses Verhalten, wie immer auch der Ausgang sein mag, heraufbeschworen werden. Ich wende mich dabei nicht nur als alter Sozialdemokrat – erster Parteieintritt 1931 – an meinen Parteivorsitzenden: wir sind beide Jahrgang 1913, waren einst SAP-Genossen, mußten emigrieren und waren beide einmal Freunde unseres Jacob W., ich für meine Person bis zu seinem Tode. Eine solche Vergangenheit läßt sich nicht ungeschehen machen, und die Erkenntnise, die wir uns in unserer Jugend erarbeiteten, und die uns damals aus der SPD in die SAP führten, haben notwendigerweise ihre Spuren hinterlassen.

Hatten wir nicht klar erkannt, wie die deutsche Revolution von 1918 verraten und vertan wurde und wissen wir etwa nicht – der Genosse „Rex" Löwenthal hat es ja niedergeschrieben – daß die Ereignisse der Jahre ab 1918 eine der Voraussetzungen für 1933 waren? Kannten wir etwa nicht damals schon den Stalinismus und sind wir nicht gerade deshalb in die SAP und nicht in die KPD gegangen?

Waren aber die kommunistischen Parteien nach 1945 prinzipiell anders als vor dem Überfall Hitlers auf die UdSSR? Waren die Aussagen der SAP, der Gruppe Neubeginnen usw. nicht wesentlich differenzierter und eben sozialistisch fundierter als das heutige würdelose Hinterherkriechen hinter dem seit Bismarck tradierten Antikommunismus unserer innenpolitischen Gegner? Ist es nicht fast schon ein schlechter Witz, daß wir selbst schon 1939 vor Ausbruch des Kriegs diesen alt-neuen Antikommunismus vorausgesehen, aber natürlich nicht im Traum daran gedacht haben, daß wir uns selbst einmal gerade so verhalten würden, wie wir uns bürgerliche Nicht-Nazis vorstellten und daß in unseren eigenen Reihen Menschen mit einer solchen Ideologie weithin das Gesicht unserer Partei bestimmen würden? Und damit zu Portugal. Viele Jahre lang haben die westlichen Länder und allen voran die BRD, den portugiesischen Faschismus und seine Kolonialkriege unterstützt, aus wirtschaftlichen Gründen (Kapitalverwertungsinteressen unserer Konzerne) und politischen (NATO-Partner). Als nun endlich das portugiesische Volk unter Führung des Militärs, das nicht länger in Afrika für die Interessen der eigenen und ausländischen „Wirtschaft" verbluten wollte, das faschistische Regime stürzte, da glaubten unverbesserliche Optimisten wie ich, daß Demokraten in Europa wie z. B. die Führung der SPD, aufatmen und der neuen Regierung Portugals mit allen nur möglichen Mitteln helfen würden, um dort einen den portugiesischen Verhältnissen entsprechendes demokratisches und sozialistisches System zu erkämpfen. Denn daß eine Demokratie in keinem Fall, und schon gar nicht in einem unterentwickelten und von ausländischen Interessen abhängigen und von ein paar Dutzend Familien beherrschten

Land, einfach dekretiert werden kann, sondern in harten Kämpfen (Klassenkämpfen!) errungen werden muß, das sollten wir – auch wenn man „in seiner Jugend noch mehr hätte lesen sollen" – eigentlich gelernt haben. Auch, daß unter solchen Verhältnissen die einzige während der langen Jahre der Unterdrückung durch den Faschismus intakt gebliebene Partei, die PCP, eine maßgebliche Rolle spielen wird, mußte einkalkuliert werden. Die Rolle der westeuropäischen Staaten, jedenfalls der von Sozialdemokraten regierten, wäre es gewesen, Portugal so großzügig zu unterstützen, daß die Boykottmaßnahmen der bisher wirtschaftlich und politisch Herrschenden (Devisenschmuggel, Produktionseinstellungen, Warenverlagerungen, Massenabschlachtungen von Vieh usw.) wettgemacht werden, um die Sympathien der Bevölkerung für die Revolution und den Sozialismus zu erhalten bzw. erst zu gewinnen, und dadurch auch einen unverhältnismäßig großen Einfluß der PCP zu verhindern. Was aber haben die europäischen Regierungen unter Führung der französischen, italienischen, und deutschen (!) gemacht? Nach langem Nichtstun haben sie erklärt, solange keinen Pfennig zu geben, bis ein „pluralistisches", demokratisches, westlich-freiheitliches System (Helmut Schmidt: so wie wir es verstehen!) gewährleistet sei, obwohl sogar Soares für eine an keine Bedingungen geknüpfte Hilfe plädierte, wobei ich mir allerdings nicht sicher bin, ob diese Äußerung nicht mehr für den innenpolitischen Gebrauch in Portugal bestimmt war.

Und was tat die SPD unter Deiner Führung? Während Du zunächst noch ebenfalls für eine schnelle und bedingungslose Wirtschaftshilfe warst, hat man nach der Absage durch die europäischen Regierungen nur noch leise Töne von Dir gehört, obwohl nur durch eine Mobilisierung der Partei in dieser Frage – insoweit man überhaupt eine Mobilisierung außerhalb von Wahlkämpfen noch kennt – die Bundesregierung den nötigen Rückhalt bekommen würde, wenigstens ihre bilateralen Versprechungen einzuhalten. Mit Lügen und Verdrehungen – auch Unterschlagung von Nachrichten gehört bekanntlich dazu – werden wir täglich durch die Massenmedien (mit wenigen Ausnahmen) gefüttert. Bekanntes Beispiel: „Pressegleichschaltung" und Fall „Republica". Die portugiesische Presse ist so gleichgeschaltet, daß noch vor wenigen Tagen im „Jornal Novo" Antunes der Regierung faschistischen (!) Geist vorwerfen konnte und die Absicht, eine bürokratische Diktatur zu errichten. „Diario Popular" konnte am selben Tag über eine Offiziersversammlung in Porto berichten, auf der es offene Opposition gegen die MFA-Spitze gegeben habe (alles nachzulesen in der „Frankfurter Rundschau" vom 9. 8. 75). Auch, daß die Drucker bei „Republica" keine Mitglieder der PCP sind,



wurde uns verheimlicht; verschwiegen wurden die wirklichen Gründe des Disputs (interne Zensur, Ausübung von Druck zur Kündigung, Proteste der Leser und Nichtveröffentlichung von Leserzuschriften, „vor allem aber die offene und höchst verdächtige Parteilichkeit unserer Zeitung" – nachzulesen im Manifest der Arbeiterkommission von „Republica" vom 27. 5. 75, von dem im Musterland der Pressefreiheit, der BRD, überhaupt keine Notiz genommen wurde). Nicht nur, daß es sie also gibt, die Pressefreiheit, ist es doch ein fauler Witz, gerade dieses Thema hochzuspielen in einem Land mit fast 50% Analphabeten, einem Land, das um sein wirtschaftliches Überleben kämpft (Erbe des Faschismus, internationaler Boykott, Angolaflüchtlinge usw.), anstatt uns zu berichten über die Landreform vor allem im Süden Portugals, die Vergesellschaftung der wichtigen Produktionsmittel, die Aufklärung der Bevölkerung über die Möglichkeiten einer sozialistischen Gesellschaft, den Boykott des Tourismus durch die konzertierte Reaktion in Europa usw., und immer wieder die wirtschaftliche Hilfe, die wir Portugal geben könnten und sollten. Wenn uns das deutsche Fernsehen genüßlich über die Demonstrationen der kleinen Bauern und Händler im Norden Portugals gegen Kommunisten und deren Büros berichtet, dann weißt Du so gut wie ich, daß diese Massen von den Faschisten und der Kirche in gleicher Weise wie seit 50 Jahren gegen die Kommunisten aufgehetzt werden, unterstützt durch dunkle und nicht ganz so dunkle Kräfte im europäischen Ausland, einschließlich dem faschistischen Spanien und Herrn Spinola. Inzwischen wird ja längst nicht mehr nur gegen die PCP – deren überspitzte und ungerechtfertigte Machtansprüche gar nicht geleugnet werden sollen –, sondern gegen die gesamte MFA demonstriert, und wenn man den Sack schlägt, meint man den Esel: alles, was links steht und für einen portugiesischen Sozialismus kämpft. Diese organisierte Hetze fällt auf fruchtbaren Boden, obwohl man den Kleinbauern kein Haar gekrümmt hat, weil sie wegen des Ausbleibens wirtschaftlicher Unterstützung aus dem Ausland einen ökonomischen Niedergang nicht zu Unrecht befürchten müssen. Diese Angst, zusammen mit der Lügenpropaganda, die MFA wolle diesen Bauern ihr Stückchen Land wegnehmen, wird von den Agenten weidlich ausgenutzt. Das Ergebnis dieser Gewalttätigkeiten in Nordportugal wird kein pluralistisch-freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat sein – wieviele Portugiesen können sich nach 50 Jahren Klerikalfaschismus schon etwas darunter vorstellen – sondern, wenn nicht unverzüglich mit aller Energie dagegen vorgegangen wird, die Restauration eines autoritär-kapitalistischen Systems, wieder unter der Herrschaft der „Familien", der Kirche und der ausländischen Konzerne.

Was Soares und andere Führer der PSP und der PPD im Kopf haben, ist die eine Sache, die Dialektik der Geschichte, die sich um solche Gedankenkonstruktionen wenig zu kümmern pflegt, eine andere, und diese Dialektik hat schon jetzt die Soares und Genossen zum Zentralisationspunkt aller restaurativen und konterrevolutionären Kräfte gemacht. Daß sie ebenso wie die SPD in der Weimarer Republik nach vollbrachter Dreckarbeit den verdienten Tritt erhalten werden, ist sicher. Die Verweigerung jeglicher Hilfe aus dem Ausland wird vermutlich zunächst zu einem blutigen Bürgerkrieg führen und letztlich mit ausländischer Hilfe (Helmut Schmidt: „das westliche Lager muß den Willen haben, jede für die Verteidigung unserer lebenswichtigen Interessen notwendige Aktion (!) zu unternehmen") zu einer Restauration mit grauenhaften Folgen à la Chile, wo ja in gleicher Weise Allende durch ökonomische Aushungerung gestürzt wurde. Die Wirtschaftshilfe, die jetzt von den EG-Regierungen verweigert wird, wird dann umso reichlicher fließen. Aber offenbar ist den europäischen Regierungen – und natürlich auch den USA – jedes Mittel recht, um eine attraktive sozialistische Gesellschaft in Portugal zu verhindern. Ja, seinerzeit bei Dubcek konnte man Beifall klatschen, weil sein Sieg für die autoritäre UdSSR peinlich gewesen wäre, aber wenn im NATO-Bereich etwas Vergleichbares geschehen sollte, muß es unter allen Umständen verhindert werden. Es könnte ansteckend wirken ... Es geht ja in Portugal primär gar nicht um Demokratie und Pressefreiheit, sondern um das Eigentum an den wichtigen Produktionsmitteln und dem Großgrundbesitz, um Kapitalismus oder Sozialismus.

Ich kann mir Deinen Einwand denken: ja aber haben denn nicht die Sozialisten zusammen mit der PPD die Wahlen gewonnen, und stünde denn nicht diesen Parteien – zusammen mit der MFA – die Regierungsgewalt zu? Wenn sich diese Parteien darüber klar wären, wie wenig solche Wahlen nach 50 Jahren Faschismus mit Kommunistenhetze durch ein halb analphabetisches Volk an wirklicher Aussagekraft beinhalten und wenn sie sich trotzdem mehr um den sozialistischen Aufbau an der Basis auf dem Lande und in den Fabriken kümmern würden, anstatt sich vor den konterrevolutionären Karren spannen zu lassen, dann hättest Du recht. Was meinst Du, wieviele Menschen haben in den Städten PSP gewählt, weil sie den Sozialismus wollen und der PSP vertrauen, daß sie ihn verwirklichen wird, und wieviele wiederum auf dem Lande, weil sie „gegen den Kommunismus" und gegen einen Sozialismus stimmen wollten? Vielleicht sollte man gelegentlich wieder einmal lesen, was Rosa Luxemburg in der kurzen Zeit zwischen der Novemberrevolution und ihrer Ermordung über diese Fragen geschrieben hat? Es gibt Portugiesen, die diese Zeit in Deutschland sehr aufmerksam studieren, und die eine Stimmzettel-demokratie bei ihrem unterentwickelten Volke als Farce betrachten, bei der nur Parteibürokratien mit den üblichen Privilegien entstehen, aber keine Demokratie (= Herrschaft des Volkes) und schon gar kein Sozialismus, und die deshalb dafür eintreten, daß zunächst unter dem Dach einer MFA-Regierung örtliche Räte gebildet werden (keine PCP-Herrschaft!), in denen die Menschen auf den von ihnen sachlich und örtlich überschaubaren Gebieten echte demokratische Gewalt ausüben, um dann allmählich immer höhere Ebenen demokratisch zu beherrschen. Dies würde die Existenz von Parteien und ihre Einflußnahme auf die verschiedenen Ratsmitglieder keineswegs ausschließen, sondern im Gegenteil, ihnen Gelegenheit geben, ihre demokratische und sozialistische Zuverlässigkeit unter Beweis zu stellen. Aber genau dies will „Europa" bzw. die NATO nicht. Wenn man wider Erwarten den Sozialismus schon nicht verhindern kann, dann soll er als Folge eines wirtschaftlichen Boykotts elend und abschreckend wirken, so daß er niemand zur Nachahmung reizt (auch hier gibt es ein Vorbild: Cuba). Dies ist die brutale Wahrheit – in keinem Fall Sozialismus, und schon gar nicht einen zur Nachahmung reizenden „menschlichen". Wie seinerzeit bei Rajk und Slansky, als man Stalin gefälschte Dokumente unterjubelte, nur damit schon der Versuch eines auf die Bedürfnisse des jeweiligen Volkes zugeschnittenen, menschlicheren Sozialismus im Keime erstickt wird. Obwohl dies alles bekannt ist, schreit niemand auf gegen die neuen Ungeheuerlichkeiten im Falle Portugal, Du nicht und nicht die Partei, nicht die Gewerkschaften, und fast niemand von all den anderen, die es angehen müßte. Bist Du Dir dessen bewußt, welche Schuld die SPD wieder einmal durch ihr Versagen auf sich lädt, und daß wieder einmal eine Hoffnung auf einen demokratischen Sozialismus, der modellhaft für die Entwicklung in den Ländern der Dritten Welt sein könnte, stirbt, wenn die Konterrevolution in Portugal siegen sollte? Soll nachher keiner kommen und sagen, dies und jenes sei nicht vorhersehbar gewesen! Es war vorhersehbar!

Es grüßt Dich Dein alter Genosse

ALFRED MOOS

modelle [redacted]

Kippe-Konflikt: Resozialisierung oder Kriminalisierung?

In „links" Nr. 67 vom Juni 1975 veröffentlichten Mitarbeiter der Mannheimer Wohngemeinschaft für jugendliche Strafentlassene, „Kippe", einen Artikel über das Scheitern ihres Modellversuches. Darin lasten sie die Ursachen für das Scheitern unter anderem den Jugendlichen des Stadtteils Rheinau und einigen „ehemaligen Mitarbeitern" des neben dem Kippe-Haus gelegenen Nachbarschaftshauses (NBH) an. Der Kippe-Konflikt war im Januar 1975 ausgebrochen und erreichte seinen Höhepunkt im April 1975, als die Kippe-Mitarbeiter den Rheinauer Jugendlichen die Benutzung eines Clubraumes im Keller des Kippe-Hauses verweigerten, obwohl sie die Benutzung bereits fest zugesagt hatten. Die dadurch provozierte Erregung der Jugendlichen deuteten die Kippe-Mitarbeiter als massive Bedrohung, und sie behaupten nun, daß sie „die einzige Möglichkeit, noch ungeschoren davonzukommen, darin sahen, den Jugendlichen das Haus zu überlassen" („links", aaO). Stadtverwaltung und Polizei griffen dankbar nach dieser Chance, die ihnen ohnehin wegen ihrer Regsamkeit unliebsam gewordenen Rheinauer Jugendlichen strafrechtlich zu disziplinieren. Das Ereignis fiel in die Zeit des Wahlkampfes zu den Mannheimer Gemeinderatswahlen. Der SPD-Stadtverwaltung war es recht, daß sie auf diese Weise „aggressive Jugendliche" vorzeigen konnte, um die Tatsache zu rechtfertigen, daß sie das Nachbarschaftshaus, die einzige Freizeitstätte des ganzen Stadtteils, seit November 1974 für Jugendliche geschlossen hatte. Die Kippe-Mitarbeiter begriffen, wie sehr diese Situation ihrem fortschrittlichen Anspruch schaden konnte. Sie versuchten, den drohenden Image-Verlust abzuwenden, indem sie verbreiteten und über plötzlich sehr interessierte DKP-Presseorgane verbreiten ließen, die Rheinauer Jugendlichen seien vom KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschland) zur „Hausbesetzung" mißbraucht worden. Beweis genug dafür war ihnen, daß einer der „ehemaligen Mitarbeiter "des Nachbarschaftshauses Rheinau, der die Jugendlichen im Kippe-Konflikt unterstützte, im KBW ist. Sie ließen aber absichtlich die ihnen sehr gut bekannte Tatsache unter den Tisch fallen, daß die Verfasser dieses Aufsatzes weder Mitglieder noch Sympathisanten des KBW sind.

Der Kippe-Konflikt hat unter der Mannheimer Linken Verwirrung gestiftet, weil er vielen – nicht zuletzt durch die bewußt verzerrende Informationspolitik der Kippe-Mitarbeiter – erschienen ist als ein Konflikt zwischen fortschrittlichen Sozialpädagogen mit unterschiedlicher politischer Orientierung. Die Kippe-Mitarbeiter haben „politische Tätigkeit" definiert als Tätigkeit gegenüber „Betroffenen, die versorgt bzw. behandelt werden müssen" („links", aaO), also als Tätigkeit zur Beseitigung von Defiziten. Wir dagegen haben bei unserer Arbeit mit den Rheinauer Jugendlichen nicht gefragt: Was wollen wir mit den Jugendlichen machen?, sondern: Wozu können die Jugendlichen uns gebrauchen? Damit ist nicht mehr festgelegt als eine Einstellung. Es läßt sich daraus nicht ohne weiteres ableiten, welche Funktion wir für die Rheinauer Jugendlichen haben.

Der Kippe-Konflikt ist kein aus sich heraus verständliches Ereignis. Er war nur der bisherige Höhepunkt einer seit 1973 in Gang gekommenen Bewegung unter der Arbeiterjugend im Stadtteil Mannheim-Rheinau. Er erfordert eine ausführliche Darstellung, die wir in einem der nächsten Hefte des Info Sozialarbeit unter dem Titel „Sozialpädagogik und Arbeiterinteressen – am Beispiel der Jugendarbeit im Stadtteil Mannheim-Rheinau" versuchen wollen. Der vorliegende Aufsatz gibt Auszüge dieser Darstellung wieder und soll im wesentlichen den Irrtümern und Verzerrungen entgegentreten, die in dem Kippe-Artikel in „links" vom Juni 1975 enthalten sind.

Das wesentlichste Ereignis aus der Vorgeschichte des Kippe-Konflikts ist die wegen einer Schlägerei zwischen Jugendlichen der Stadtteile Hochstätt und Rheinau erhobene Anklage wegen besonders schweren Landfriedensbruchs gegen etwa 30 Jugendliche beider Stadtteile. Die Art der Anklage läßt erwarten, daß die Staatsanwaltschaft in dem noch bevorstehenden Prozeß auf Höchststrafen aus sein wird. Das bedeutet bei Anwendung des Jugendstrafrechts 5 Jahre, ansonsten 10 Jahre Knast. Zur Vorbereitung der zu erwartenden Prozesse hatten wir gemeinsam mit den betroffenen Jugendlichen begonnen, eine Rechtshilfe zu organisieren, insbesondere fortschrittliche Rechtsanwälte einzuschalten, die Notwendigkeit geschlossenen Auftretens zu diskutieren und einen Rechtshilfefonds zu organisieren. Zu diesem Zweck trafen wir uns regelmäßig im NBH Rheinau.

Als das NBH Rheinau im November 1974 geschlossen wurde, führte das zu einer schweren Belastung der Prozeßvorbereitung. Die Gruppenbeziehung begann zu zerfallen, die Jugendlichen trafen sich nur noch vereinzelt und über Rheinauer Kneipen verstreut. Die Resignation der Jugendlichen war auf dem Tiefpunkt angekommen. Niemand hatte mehr Lust, irgendetwas gemeinsam zu unternehmen. Und die Lage verschärfte sich zusehends, denn einzelne Kneipen sprachen schon Hausverbote aus, weil die Jugendlichen zu laut waren. Die wichtigste Voraussetzung, um aus dieser trostlosen Lage herauszukommen, wäre ein Raum gewesen, in dem sich die Jugendlichen ohne Repression hätten treffen können. Es war nicht erkennbar, wie ohne einen solchen Raum die wichtigsten Aufgaben hätten gelöst werden können, nämlich:

– die Vorbereitung der Landfriedensbruchprozesse,
– die Vorbereitung des Kampfes um die Wiedereröffnung des Nachbarschaftshauses.

In dieser Situation erinnerten wir uns daran, daß im Kippe-Haus, das direkt neben dem Nachbarschaftshaus steht, ein Keller mit eingerichteten Clubräumen vorhanden war. Damit rückte die Kippe in das Interessenfeld der Rheinauer – und Hochstätter – Jugendlichen. Hieraus entwickelte sich der Kippe-Konflikt.

Nach verschiedenen Besprechungen mit Kippe-Mitarbeitern kam im Januar 1975 endlich das erste Treffen von Rheinauer Jugendlichen mit Kippe-Bewohnern und -Mitarbeitern zustande. Es zeigte sich dabei, daß die Kippe-Mitarbeiter das Problem der Cluberöffnung offenbar noch nicht gemeinsam besprochen hatten. Die Gespräche begannen also wieder am Nullpunkt. Die Kippe-Mitarbeiter bestätigten die Notwendigkeit des Clubs und machten grundsätzliche Zusagen. Sie hatten ohnehin in ihrem Kippe-Konzept den Clubbetrieb wie folgt begründet: „Eine Einrichtung wie die Kippe befindet sich laufend in der Gefahr der Isolation. Im Haus sind keine Möglichkeiten gegeben, ein Zusammentreffen mit anderen Jugendgruppen zu ermöglichen. Da es zu den Zielen der Kippe gehört, uns Jugendlichen zu einem gesunden Selbstvertrauen zu helfen, ist eine Gruppenbildung mit anderen Jugendlichen in neutralen Räumen außerhalb der Isolation erforderlich." (Aus: Clubkonzept der Kippe e.V., S. 2). Die Kippe-Bewohner hatten sich für den Club ausgesprochen, lediglich der Vorstand sollte noch gefragt werden. Dieser ganze Zirkus wiederholte sich in den folgenden drei Wochen noch dreimal – immer wieder von vorne. Was hinzukam, waren lediglich jedesmal neue organisatorische, technische oder juristische Bedenken. Was sich änderte, war jedesmal die Anwesenheit von seiten der Kippe-Mitarbeiter. Die vom nächstenmal wußten nicht, was beim letztenmal besprochen worden war und erklärten, daß sie nicht für die Kippe, sondern nur für sich zu sprechen in der Lage seien.

Zu einer gemeinsamen Besprechung mit Kippe-Mitarbeitern und Kippe-Vorstand wurden wir als „ehemalige Nachbarschaftshausmitarbeiter etc." auf Anfang März in die Kippe eingeladen, ausdrücklich ohne Rheinauer Jugendliche. In den Augen der Kippe-Mitarbeiter sollten wir als „Fachleute" mit ihnen als „Fachleuten" über die Cluberöffnung reden. Das lehnten wir ab und kamen zusammen mit einer Anzahl Rheinauer Jugendlicher in die angesetzte Versammlung. Bis sich die Verärgerung darüber gelegt hatte, war der halbe Abend vorbei. Die Kippe-Mitarbeiter verlangten die Vorlage eines Konzepts für den Club, obwohl ihnen die Jugendlichen bereits in den früheren Verhandlungen immer wieder erklärt hatten, daß die sich nicht stundenlang mit der Herstellung eines Papiers befassen würden, solange ihnen die Cluberöffnung nicht zugesichert werde. Nach dieser fruchtlosen Konzept-Streiterei nannten die Kippe-Vertreter weitere Bedingungen für die Cluberöffnung: Getränkelizenz, Unfallversicherung, Aufsicht von Kippe-Mitarbeitern im Club, kein „Terror" mehr, kein Zutritt der Rheinauer Jugendlichen ins übrige Kippe-Haus, Öffnung an nur drei Tagen in der Woche. Die Rheinauer Jugendlichen gingen hoch. Sie wiesen darauf hin, daß sie von Anfang an erklärt hatten, der Club solle Selbstverwaltung der Jugendlichen geführt werden, also während der ganzen Woche und ohne Aufsicht. Als Hinderungsgrund wurde nu

Seminar zur „Kippe"

Der Arbeitskreis Kritische Sozialarbeit Mannheim plant am Wochenende 18./19. Oktober ein Treffen, auf dem der Kippe-Konflikt – unter für eine sozialistische Strategie relevanten Fragestellungen – diskutiert und aufgearbeitet werden soll. Anmeldungen (insbes. für die Praktiker aus dem Regionalbereich) an: Arbeitskreis Kritische Sozialarbeit im ISZ Mannheim, 68 Mannheim, Ifflandstr. 3.

Jugend in der Klassengesellschaft

Dokumentation zum Jugendpolitischen Forum

Materialien, Protokolle und Ergebnisse zu den 3 Arbeitsgruppen:

- Arbeitssituation und Arbeitslosigkeit von Jugendlichen
- Familienkonflikte und Familienflucht
- Freizeitsituation und Selbstorganisation von Jugendlichen

Herausgeber: Initiative Jugendpolitisches Forum (BDP/BDJ, DJD, NFJ Hessen und Sozialistische Aktion).
Bezug: Die 270 Seiten starke Dokumentation (DM 8,–) ist in linken Buchläden und über den Verlag Jugend & Politik, 6 Frankfurt/M. 90, Emserstr. 29, erhältlich.

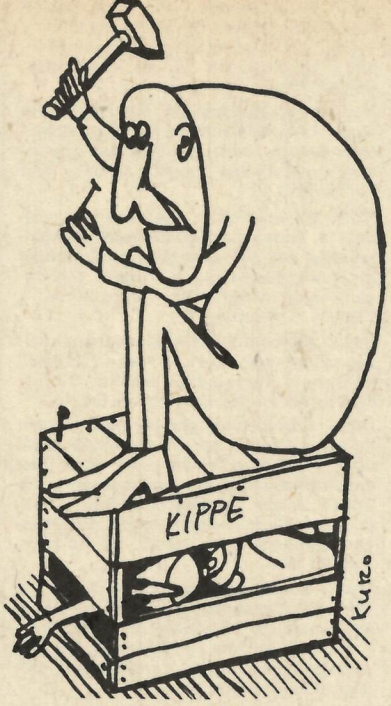
die Versicherungsfrage hochgespielt. Die Kippe-Mitarbeiter äußerten sich herablassend über die Erregung der Jugendlichen. Sie bezichtigten die Jugendlichen der Unvernunft und erklärten, unter diesen Bedingungen werde es überhaupt keinen Club geben.

Für viele Jugendliche war damit der Kippe-Club gestorben. Trotzdem machten sich einige von ihnen wieder Gedanken, wie man zu einem Kompromiß kommen könnte. In einer Versammlung am 19. 3. 1975 trugen sie ihren Kompromißvorschlag vor: Öffnung des Clubs an drei Wochentagen, zusätzlich Benutzung des Kippe-Versammlungsraumes an einem weiteren Wochentag für die Vollversammlung aller Jugendlichen. Die technischen Voraussetzungen sollten im Zuge der Wiederherstellung der Clubräume gemeinsam besprochen werden. Kippe-Mitarbeiter und Kippe-Vorstand erklärten sich mit diesem Vorschlag einverstanden. Als die Zusage eingelöst werden sollte, machten die Kippe-Mitarbeiter in einer Besprechung mit den Jugendlichen am 3. April 1975 aber einen Rückzieher. Der genaue Ablauf der Ereignisse ergibt sich aus folgendem „Protokoll der Kippe-Clubversammlung" vom 4. 4. 1975, dessen Richtigkeit 10 Jugendliche durch ihre Unterschrift bestätigt haben: „Anwesend: Einige Kippe-Mitarbeiter und 15 Rheinauer Jugendliche.

Die Kippe-Mitarbeiter teilten mit, daß die Kippe ab sofort geschlossen sei. Nur die Clubversammlungen würden noch gestattet, und zwar nur donnerstags von 19.00 Uhr bis 23.00 Uhr. Die jugendlichen Bewohner seien untergebracht. Solange die Kippe geschlossen sei, könne auch eine Öffnung des Clubs nicht stattfinden. Die Jugendlichen waren darüber sehr erregt, zumal man ihnen die Schuld praktisch gab, daß die Kippe renoviert werden müsse. Nach lautstarken Wortgefechten bat der Kippe-Mitarbeiter Christian um das Wort und teilte den versammelten Jugendlichen mit: ‚Wir übergeben Euch das Haus, da wir anscheinend nicht zusammenarbeiten können.' Von den Jugendlichen befragt, ob er das überhaupt dürfe, sagte Christian laut und für alle verständlich: ‚Jawohl, ich kann das.' Die Kippe-Mitarbeiter übergaben den Jugendlichen den Hausschlüssel und verließen sofort das Haus. Die Jugendlichen berieten daraufhin, was zu tun sei. Sie beschlossen, das Haus zu übernehmen, um es zu einem Jugendhaus in Selbstverwaltung aufzubauen. Es wurde ein Flugblatt gemacht und einstimmig angenommen. Ein Jugendausschuß wurde gewählt. Dieser ist vorläufig verantwortlich für Öffnung und Schließung des Hauses. Es wurde weiterhin beschlossen, sofort am nächsten Tag mit den Aufräumungsarbeiten anzufangen.

Von der Vollversammlung des Jugendhauses Rheinau als richtig angenommen."

In ihrem Artikel über den Kippe-Konflikt in „links" vom Juni 1975



Die wollen aber auch immer mit dem Kopf durch die Wand.

kommt es den Kippe-Mitarbeitern darauf an, das Scheitern ihres Modellversuches einer Wohngemeinschaft für jugendliche Strafentlassene in einer Weise zu rechtfertigen, die die Ursachen für das Scheitern nicht in Eigenschaften dieses Modells sucht, sondern bestimmten Feinden anlastet, die es kaputt gemacht haben sollen: in erster Linie den von ihnen als agressiv und bedrohlich eingestuften Rheinauer Jugendlichen und den „ehemaligen Mitarbeitern" des Nachbarschaftshauses Rheinau.

Was im „links"-Artikel nicht erwähnt wird: die Kippe war bereits längere Zeit vor dem Ausbruch des Kippe-Konflikts finanziell am Ende und stand kurz vor ihrer Auflösung. Über die Hintergründe dafür haben die Kippe-Mitarbeiter nicht genügend nachgedacht, sonst hätten sie sich die Frage stellen müssen, was wohl Stadt und Staat dazu bewegen sollte, monatlich 20 000,– DM zur Finanzierung einer Resozialisierungsidylle für inzwischen nur noch 5 Jugendliche auszugeben, wo doch erkennbar der Abbau der sogenannten sozialen Reformen überall drastisch voran schreitet. Es paßte der Stadt natürlich in den Kram, daß sie die Kippe schließen konnte mit der Begründung, die Rheinauer Jugendlichen hätten sie besetzt. Das ersparte ihr die Angabe der wirklichen Gründe. Aber sie hätten auch ohne diese Gelegenheit die Finanzierung eingestellt. Das ist inzwischen unstreitig. Die Kippe hat von jeher der Stadtverwaltung als Vorzeigeobjekt gedient, solange reformerische Demagogie noch finanziell verkraftbar war. Politisches Betätigungsfeld im Sinne proletarischer Jugendarbeit konnte sie daher nie werden. Falsch ist es deshalb, daß die Kippe-Mitarbeiter ihre in der Kippe geleistete Sozialarbeit als politische Arbeit verkauft haben und immer noch verkaufen. In dem „links"-Artikel bezeichnen sie ihre Strategie dahin, „sich institutionellen Zwängen begrenzt zu beugen und damit das Aktionsfeld und die Möglichkeit zu langfristiger politischer Arbeit zu erhalten". Die Arbeiterjugendlichen sehen sie an als Menschen, deren Persönlichkeit von Defiziten geprägt ist. So reden sie von den Kippe-Bewohnern als „Betroffenen, die versorgt bzw. behandelt werden müssen", und die außerhalb der Kippe wohnenden Jugendlichen bezeichnen sie als „Außenseiter", weil sie arbeitslos sind, Alkohol trinken und in Schlägereien verwickelt sind. Daß Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Alkoholismus, Schlägereien nur der an den Personen erkennbare Ausdruck der Verhältnisse sind, unter denen die Arbeiterklasse im Kapitalismus lebt, haben die Kippe-Mitarbeiter nicht begriffen. Die sozialpädagogische Betreuung von höchstens 15 Strafentlassenen (diese Zahl wurde praktisch nie erreicht, vor allem im letzten Jahr lag sie weit darunter, zuletzt bei 5) durch rund ein Dutzend sozialpädagogische Mitarbeiter war solange politisch unproblematisch, wie sie nicht in Widerstreit zu den unmittelbaren Lebensinteressen der Rheinauer Arbeiterjugend geraten ist. In dem Augenblick jedoch, als diese aus ihrer Lage heraus ein dringendes Bedürfnis nach dem Kippe-Club bekamen, versäumten es die Kippe-Sozialpädagogen, ihre pädagogischen Ziele zu überprüfen. Statt die Chance zu erkennen, den strafentlassenen Bewohnern der Kippe gemeinsam mit anderen Rheinauer Jugendlichen die Selbstorganisation zu ermöglichen, versteiften sie sich auf ihr pädagogisches Konzept. Statt den Jugendlichen eigene Fähigkeiten zuzutrauen, versuchten sie, die Jugendlichen von der Notwendigkeit der Sozialpädagogik zu überzeugen. Damit wurden sie objektiv zu Gegnern der Jugendlichen.

Wir dagegen haben unser gemeinsames Handeln mit den Jugendlichen aber nicht abgeleitet aus der Annahme, unsere Klassenlage sei mit derjenigen der Arbeiterjugend identisch. Wir sind, im Gegenteil, davon ausgegangen, daß nicht wir zu bestimmen haben, was gut für die Jugendlichen ist. Gerade in der Phase, in der die Jugendlichen das Kippe-Haus durch Säuberungs- und Renovierungsarbeiten in ihr Haus umzugestalten begannen, in der sie Vollversammlungen mit bis zu 50 Teilnehmern selbst organisierten und ihre Aktion auf Wahlversammlungen zur bevorstehenden Gemeinderatswahl verteidigten, waren die Jugendlichen nicht auf unsere Aktivität angewiesen. Sie formulierten ihre Interessen und ihre Kritik an Kippe-Mitarbeitern und Jugendamt schärfer und klarer, als wir es je gekonnt hätten, aber sie erwarteten ausdrücklich von uns, daß wir uns in der Öffentlichkeit eindeutig hinter ihre Sache stellten. Daß wir dies taten, bestätigte sie und gab ihnen ein Gefühl von Sicherheit angesichts der Beschimpfungen, denen sie von vielen Seiten ausgesetzt waren. Neben dieser wahrscheinlich wichtigsten Stabilisierungsfunktion hatten wir zu den Jugendlichen die Stellung von Beratern, d. h. wir beteiligten uns in keinem Fall an Abstimmungen, sondern versuchten in Diskussionsbeiträgen auf Dinge hinzuweisen, die uns wichtig erschienen. Dazu gehörte zum Beispiel der Vorschlag, Versammlungsprotokoll zu führen, die Presse und die Stadträte über den wirklichen Hergang der Kippe-Übergabe zu informieren, aber auch der Hinweis auf das damals gerade ergangene Urteil, wonach „Hausbesetzer" als kriminelle Vereinigungen angesehen werden. Unsere Informationen über rechtliche Auswirkungen bestimmter Verhaltensweisen wurden immer eingehend von den Jugendlichen diskutiert. Deshalb begriffen sie auch die Zwiespältigkeit der Kippe-Mitarbeiter, die einerseits den Anspruch hatten, Jugendliche zu „resozialisieren", andererseits aber mit ihrer Behauptung, die Kippe sei ihnen gewaltsam abgenommen worden, die Strafverfolgung gegen die Jugendlichen erst auf Touren brachten. Aufgrund unserer Beratung hatten die Jugendlichen die Möglichkeit, das Risiko ihrer Entscheidungen und Verhaltensweisen abzuwägen, aber auch Wege zu ihrer Verteidigung zu erkennen. Ihre Entscheidungen trafen sie selbständig und führten sie auch selbständig aus.

Die Kippe-Mitarbeiter ziehen in dem „links"-Artikel folgende Bilanz: „Das Jugendhaus in der Kippe hat sich in der Folge als Windei entpuppt. Der Erfahrungsmangel der Jugendlichen in politischen Auseinandersetzungen und ihr noch zu geringer Organisationsgrad verhinderten einen über die kurzfristige Besetzungsaktion hinausgehenden Kampf für ihre Interessen". Diese Äußerung ist das beste Beispiel für das Unverständnis, das die Kippe-Mitarbeiter auch in den Verhandlungen mit den Jugendlichen an den Tag gelegt haben. Nicht Erfahrungsmangel und zu geringer politischer Organisationsgrad hinderten die Jugendlichen daran, das Kippe-Haus in Selbstverwaltung weiterzuführen. Was sie daran hinderte, war zunächst einmal der Mangel an Strom, Gas und Wasser. Denn die Kippe-Mitarbeiter hatten sofort nach der Übergabe des Hauses Strom, Gas und Wasser absperren lassen. Was sie weiter daran hinderte, waren die von Kippe-Mitarbeitern bei der Polizei erstatteten Anzeigen gegen die Jugendlichen und die gemeinsam mit dem Kippe-Vorstand öffentlich verbreitete Behauptung, die Jugendlichen hätten das Haus widerrechtlich besetzt. Die Aussicht auf eine weitere Massenanklage gegen die Rheinauer Jugendlichen vor der bürgerlichen Justiz zerbrach den Willen, das Haus weiter zu halten. Gerade zum Zeitpunkt des Kippe-Konflikts stand in den Zeitungen das höchstrichterliche Urteil, wonach Hausbesetzer als kriminelle Vereinigung zu behandeln seien. Darauf steht nach § 129 Strafgesetzbuch eine Frei-

kleinanzeigen

(10/1) **Wie verhalte ich mich bei Berufsverbot?** Die von RA J. Brückner verfaßte Broschüre enthält Kommentierungen zu den verfassungsrechtlichen Grundprinzipien, Rechtsberatung f. Einstellungsgespräche, Ablehnung und Kündigung aus politischen Gründen, Disziplinarverfahren etc. Erhältlich in linken Buchläden oder beim Aktionskomitee gegen Berufsverbote, 1 Berlin 33, Ihnestr. 21 (OSI)

(10/2) **Berufsverbot in Hessen**: a) Dokumentation zum **„Fall Roth"** – Nichteinstellung – Gegenwehr – Verlauf des Einstellungsverfahrens – Klage gegen das Land Hessen. Es folgen noch 4 grundsätzliche Beiträge, die versch. Aspekte der Berufsverbotspraxis beleuchten. Gegen eine Schutzgebühr von DM 3,– (Briefmarken) erhältlich: AStA Gießen, 63 Gießen, Leihgesterner Weg 16; – b) Dokumentation zu den **Berufsverboten an der Ernst-Reuter-Schule Frankfurt;** erhältlich über GEW-Bezirksverband, 6 Ffm., Bleichstr. 38

(10/3) Dokumentation über die Maßnahmen des **Hamburger Kirchenrats gegen die ESG** – Stellungnahmen – Kommentare – Dokumente – Einschätzungen; Bezug: Geschäftsstelle der ESG, 7 Stuttgart 1, Kniebisstr. 29

(10/4) **Blätter des IZ3W:** Nr. 45 Landreform in Lateinamerika (DM 2,20); Nr. 46/47 Unterdrückung und Widerstand in Zimbabwe (Rhodesien) (DM 2,80); Nr. 48 Der Widerstand in Chile (DM 2,20); Bezug: Informationszentrum Dritte Welt, 78 Freiburg, Postfach 5328

(10/5) **Vietnam – Kultur und Befreiungskampf** – monatlich wird über die Entwicklung in Indochina, wie über die Probleme beim Aufbau in Vietnam berichtet. Die Zeitschrift kostet im Abo. DM 10,– und ist erhältlich bei: Initiativkomitee für deutsch-vietnamesische Kulturbeziehungen, 5 Köln 41, Berrenratherstr. 190

(10/6) Dokumentation: **Frauen in Vietnam** – auf 80 Seiten wird der Weg der vietnamesischen Frauen von Sklavinnen des Feudalsystems zu Kämpferinnen für die Revolution geschildert, ergänzt durch ausführliches Bildmaterial. Preis DM 5,–. **Filme zu Vietnam:** Verleihkatalog anfordern bei: Initiativkomitee, 5 Köln, Berrenratherstr. 190

(10/7) Dokument **Christen für den Sozialismus** – erhältlich über die Projektgruppe Lateinamerika c/o M. Abeck, 483 Gütersloh 1, Zur Ikel 65 (1,50 DM in Briefmarken)

(10/8) **Marxistisches Lesebuch** – Einführungstexte von Marx, Engels, Lenin, Luxemburg, Mandel u.v.a.; 126 Seiten. Bezug: Verband Sozialistischer Mittelschüler, A-1070 Wien, Lindengasse 32 (DM 5,– Schein einlegen)

(10/9) **Filmkatalog 1975** – Filme aus dem Betriebs-, Wohn- und Jugendarbeitsbereich; anfordern: Basis-Film-Verleih, 1 Berlin 45, Finckensteinallee 32

(10/10) **Handbuch zur Jugend und Freizeitarbeit** – Teil 1/2 enthält Materialien, Texte und Arbeitshilfen für eine konfliktbezogene Schulungsarbeit in Jugendzentren; 40 Seiten im Plastikordner zur Ergänzung für Teil 3/4, Preis DM 5,– plus Porto: Bezug: SOAK, 305 Wunstorf, Postfach 231

(10/11) Dokumentation **Abenteuerspielplatz** – Die Lage nach einem Jahr Arbeit –. Die 52 Seiten starke Broschüre schildert die Projektarbeit und die Schwierigkeiten durch die Politik des Senats. Gegen Voreinsendung von DM 3,10 in Briefmarken erhältlich: AKSp-Büro Berlin, 1 Berlin 31, Kaubstr. 10

(10/12) **Informationsdienst für Jugendpublikationen** – Der Funke – erscheint monatlich und bringt aktuelle und grundsätzliche Informationen aus der Jugendpolitik, Tips und Hinweise wie man eine Jugendzeitung macht u. a. Probeexemplar gegen DM 1,50 in Briefmarken: Der Funke, 479 Paderborn, Postfach 1570

(10/13) Unterrichtseinheit **„Sozialpolitik am Beispiel Jugendzentrum"**, 200 S. / DM 6,– auf PSCHKto. Ffm. 62625-605, Verein für ein demokratisches Jugendzentrum Limburg; Kontakt über Isa Liebhart, 625 Limburg, Limburger Weg 11 A

AUF – FRAUEN-ZEITSCHRIFT

erscheint viermal jährlich/2. Jg. Heft 5 erscheint Anfang Oktober

INHALT:
Simone de Beauvoir spricht mit Sartre über Feminismus – Prostituierte kämpfen (Frankreich) – Geschichte der Prostitution – Krankenhausgeschichten

IN VORBEREITUNG:
Frauen in der Dritten Welt
Psychoanalyse und Frauen

Bestellungen an:

AKTION UNABHÄNGIGER FRAUEN
Tendlergasse 6/1-2, A-1090 Wien

Einzelheft S 15.– (Ausland plus Porto), Abonnement S 56.- = DM 10,– = Sfr. 11.50 (inkl. Porto) Konto: Zentralsparkasse d. Gem. Wien Nr. 606 241 305. BRD: Postscheckamt München, Nr. 120874-800, Ingrid Strobl – Sonderkonto – Wien
Zusendung nach Einzahlung. Kein Brief erforderlich.

(10/14) **Selbstverwaltung im Jugendzentrum** – auf 190 Seiten wird über die Entstehung des Jugendzentrums, die Arbeit und die Erfahrungen mit der Erkämpfung und Durchsetzung der Selbstverwaltung berichtet. Gegen Voreinsendung von DM 5,– (Briefmarken) erhältlich bei: Verein Jugendzentrum e.V., 6078 Neu-Isenburg, Frankfurter Str. 42

(10/15) **Nachrichtendienst der Gefangenenräte** – Heft 9 ist erschienen und enthält Berichte aus in- und ausländischen Gefängnissen. Gegen Voreinsendung von DM 2,– plus Porto (in Briefmarken) bei: Gefangenenrat-Büro Goller, 6 Ffm., Glauburgstr. 75a

(10/16) **Perlach Aktuell** – Stadtteilzeitung – Nr. 4 enthält Berichte zu Mieterstreiks, Jugendarbeitslosigkeit, KKW Wyhl u. a. Erhältlich gegen DM -,50 bei: Redaktion c/o Klaus Bürner, 8 Mü 83, Karl-Marx-Ring 51

(10/17) **Fäustle** – Presseorgan des Dachverbandes der Jugendzentren – Nr. 1 enthält Artikel zur Jugendarbeitslosigkeit, Schulgesetze u. a.: Gegen DM -,50 zu beziehen über: Frank Lutz, 7519 Walzbachtal 1, Steinerstr. 35

(10/18) Hildesheimer – **Stadtteilzeitung** – Nr. 4 bringt Beiträge zur CDU-Politik in der Gesamtschule, Heimerziehung, Jugendzentrum, Jugendarbeitslosigkeit; gegen DM 1,– (in Briefmarken) zu beziehen bei: HIZ-Redaktion c/o Margit Hilbig, 32 Hildesheim, Ahornweg 23

(10/19) **Kölner Volksblatt** – Bürgerinitiativen informieren – Nr. 9 enthält Beiträge zur geplanten Fahrpreiserhöhung, 2 Jahre Faschismus in Chile, Jugendzentren u. a. Probeexemplar anfordern (DM 1,40 in Briefmarken): Kölner Volksblatt, 5 Köln 1, Hohenzollernring 97

(10/20) **Dachorganisation für Behinderte** sucht **1 Sozialarbeiter** nach Düsseldorf. Mitwirkung bei Neuorganisation des Aufgabengebietes. Anfragen unter Chiffre 10/20 an das Sozialistische Büro

(10/21) **Wohnheim für geistig behinderte Kinder** in Frankfurt sucht noch **Erzieher.** Eröffnung frühestens im November. Anfragen unter Chiffre 10/21

Vorwärts in der SB-Basisarbeit!

(10/22) **Ev. Gemeinde Düren** sucht **Sozialarbeiter(in)** für zwei Obdachlosenfamilien; Team von 4 Mitarbeitern, Supervision, BAT; Bewerbungen an: Ev. Gemeindeamt, 516 Düren, Philippstr. 4

(10/23) **Dipl. Psychologin** mit therapeutischen Kenntnissen sucht Stelle im Rhein-Main-Gebiet, vorzugsweise in einem emanzipatorischen Projekt. Kontakt über Chiffre 10/23

(10/24) Betreuer eines Abenteuerspielplatzes in ungekündigter Stellung **(Sozialarbeiter)** will seine langjährige Erfahrung in entwicklungsfähiges Projekt einbringen. Angebote an AKSp – Büro Berlin –, 1 Berlin 31, Kaubstr. 10

(10/25) **Betreuer** eines Abenteuerspielplatzes sucht zum 1. 11. 75 neue Tätigkeit im Bereich Kinderarbeit. Manfred Körner, 6236 Eschborn/Ts., Max-Planck-Str. 15

(10/26) **Sozialpädagogin,** die noch 1/2 Jahr im Anerkennungsjahr arbeiten muß, sucht ab 1. 11. 75 oder später eine auch über das Anerkennungsjahr hinausgehende Tätigkeit in der gewerkschaftlichen o. bildungspolitischen Jugendarbeit. Erfahrungen vorhanden. B. Spieß, 354 Korbach, Tempel 10

(10/27) **Sozialpädagoge** sucht zum 1. 3. 1976 Zivildienst-Stelle auf einem Abenteuerspielplatz, möglichst in NRW. Praktische Erfahrungen vorhanden, später Berufspraktikum möglich. Ferdi Stöppel, 4831 Langenberg, Brede 18

(10/28) **Junglehrerin** sucht zum 1. 10. 1975 in Hamburg–Buxtehude Wohngemeinschaft. Hinweis über Chiffre 10/28

(10/29) Gepachteter **Aussiedlerhof** in der Rhön hat noch Platz für 3–4 Leute. Marienhof, 6405 Eichenzell 8, Tel. 0665/1303

(10/30) **Wohngemeinschaft** in Hannover, bewohnt von 3 Studenten (Pädagogen) sucht 4. Genossen(in); Tel. 0511/446712

(10/31) **Wohngemeinschaft** (4 Erw./2 sechsjährige Kinder) im Odenwald (20 km von Heidelberg) sucht Mitbewohnerin mit/ohne Kind. Kontakt: Helgard Gammert, 6901 Hilsenhain, Unterdorfweg 8

(10/32) **Sponti-Wohngemeinschaft** in Heidelberg sucht noch Wohngenossen mit Kindern. Tel. 23055

(10/33) **Sozialarbeiterin** z. Zt. Studentin, 28, undogmatisch, sucht Platz in einer Wohngemeinschaft in Frankfurt. Tel. 0611/529454

(10/34) **Sozialarbeiter/-pädagogen** – wir suchen Kontakt zu Leuten im Raum Hannover, die sich aktiv mit ihrem Berufsfeld auseinandersetzen. Kontakt: Ingrid Fröhlich, 3 Oannover, Stolzestr. 55, Tel. 0511/815840

(10/35) **Was tun?!** Wir möchten an unserem neuen Wohnort Münster-N. wieder politisch und/oder pädagogisch aktiv werden. **Wo können wir mitarbeiten** (evtl. Eltern/Kinderarbeit oder kommunalpolitisch o. ä.) oder wer will mit uns was auf die Beine stellen? Zuschriften an: Barbara u. Hans Steube, 44 Münster-Nienberge, Von Schonebeckring 71

(10/36) **Jugendeigene Zeitungen in Hessen** (Schüler-, Lehrlings- und Jugendhauszeitungen sollen Kontakt aufnehmen mit dem neuen Landesvorstand der Jungen Presse Hessen. Informationen: Barabara Senser, 645 Hanau, Vorstadt 13

(10/37) **Gesucht werden Materialien und Erfahrungsberichte:**

- Zur Motivation/Studiensituation von Sozialarbeitern/pädagogen. Gerhard Pfannendörfer, 75 Karlsruhe 1, Ruschgraben 14
- Das Spiel – Bedeutung für die Sozialisation, Bedeutung in Ausbildung und Praxis von Pädagogen. Udo Langen, 1 Berlin 45, Baseler Str. 46
- Fortschrittliche Modelle in der Erziehungsberatung, Entwicklung und Ausbau von EB's. Horst Röckemann, 6 Ffm. 70, Dreieichstr. 43
- Rehabilitationspolitik für geistig, körperlich und psychisch Behinderte in der BRD – suchen auch Kontakt zu Selbsthilfegruppen und Genossen, die in diesem Bereich arbeiten. H. G. Ritz, 48 Bielefeld 1, Jakob-Kaiser-Str. 16/112
- „Aus Staatsräson. Neue Texte zur Lage in der BRD". Für diese literarische Anthologie suchen wir kurze Prosatexte und Lyrik, die sich kritisch mit der derzeitigen Situation auseinandersetzen. Geeignete Texte (bis zu drei Seiten) sind zu senden an: Harry Hermanns, 775 Konstanz 12, Postfach 5506
- „Arbeiterfotograf" Zeitschrift der KPD aus den 30er Jahren – Wer kennt dies Buch? Monika Nieswand, 46 Dortmund 1, Sengsbank 29

heitsstrafe bis zu fünf Jahren! Die Jugendlichen hielten das den Kippe-Mitarbeitern immer wieder vor. Der Politisierungsgrad der Rheinauer Jugendlichen ist gerade durch den Kippe-Konflikt erheblich gestiegen. Der Kippe-Konflikt hat ihnen die Gelegenheit gegeben, das Verhältnis unterschiedlicher politischer Richtungen zu ihrem im Konflikt entfalteten Aktionen zu beobachten. Eine bessere Gelegenheit zu erkennen, wie wenig sie von bürgerlicher Politik, von CDU bis DKP, zu erwarten haben, war ihnen bis dahin nie geboten worden. Und sie konnten feststellen, wie noch nachträglich sich als fortschrittlich ausgebende Sozialarbeiter alles tun, um die Jugendlichen und diejenigen Intellektuellen, die sie unterstützen, zu diffamieren und zu kriminalisieren.

Alle, die im Kippe-Konflikt die großen Töne gespuckt haben: „warum habt ihr nicht das Nachbarschaftshaus besetzt, dann hättet ihr unsere volle Unterstützung gehabt" – wo sind sie jetzt? Wo sind sie, nachdem die Kippe verriegelt, das Nachbarschaftshaus aber immer noch geschlossen ist? Wo ist die Unterstützung von DKP, Jusos, von Kippe-Mitarbeitern und Kippe-Vorstand und von der dazugehörigen eins-rechts-eins-links-gestrickten Mannheimer Sozialschickeria? Weg sind sie. Für ihre Imagepflege ist nichts mehr drin. Ob die Arbeiterjugend in der Scheiße sitzt, ist ihnen egal – bis zum nächsten Eklat, bei dem sie wieder eine Ehrennummer machen können.

Nach der Rückgabe des Kippe-Hauses an seinen Eigentümer, die Stadt Mannheim, treffen wir uns regelmäßig mit den Rheinauer und Hochstätter Jugendlichen in einer Kneipe, um die Rechtshilfe für den Landfriedensbruchprozeß weiter aufzubauen. Auf der ersten Zusammenkunft wurde ein „Gemeinsamer Ausschuß" von Rheinauern und Hochstättern gebildet, der bereits Fußballspiele zwischen einer Hochstätter und einer Rheinauer Mannschaft organisiert hat. Inzwischen sind die Feindseligkeiten zwischen beiden Stadtteilgruppen eingeebnet. Das wichtigste gegenwärtige Vorhaben ist die Organisierung einer Party mit Tombola und Getränkeverkauf. Aus dem Erlös soll der Rechtshilfefonds aufgebessert werden. Bisher war es nicht möglich, einen Raum dafür zu bekommen. Anträge an die Stadt und die Rheinauer Kirchen wurden abgelehnt. Den Versuch, die Party am 24. 5. 1975 als „Großes Landfriedens(bruch)fest" im leerstehenden Kippe-Haus zu veranstalten, vereitelte die Stadt, indem sie das Kippe-Haus verbarrikadieren und von der Polizei bewachen ließ.

ANNELIESE MAAS, UDO MAAS
INGRID SCHWARZ

(Weitere Informationen – auch über Möglichkeiten, unseren Rechtshilfefonds finanziell zu unterstützen – sind erhältlich über Ingrid Schwarz, 67 Ludwigshafen, Von der Tann Str. 16, Telefon 0621/516967.)

blätter des iz3w

- enthält regelmäßig eine „Chronik der abhängigen Welt“
- gibt Aufschluß über den Zusammenhang zwischen kapitalistischer Wirtschaftsstruktur und dem Elend der Massen in der Dritten Welt
- beleuchtet die „Entwicklungshilfe“, ihre Hintergründe und Auswirkungen
- setzt sich in einer „Ideologiekritik-Serie“ mit den Vorstellungen der bürgerlichen Entwicklungsländertheorie und -politik auseinander
- erörtert Theorie und Praxis der fortschrittlichen Widerstandsbewegungen in den Ländern der Dritten Welt
- nimmt teil an der Diskussion über die Strategie der Internationalismusgruppen

Jahresabonnement bei 10 Nummern zu 40–60 Seiten: DM 25,– (für Studenten, Zivildienstleistende und andere Einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 18,–)
Probeexemplar anfordern!

Informationszentrum Dritte Welt
78 Freiburg, Postfach 5328

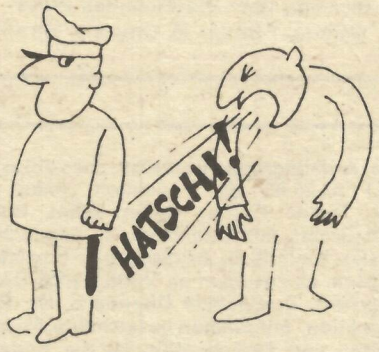
Jugendclub geht's an den Kragen

Für den 19. Juli 1975 war von der Freisinger Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft DFG/VK ein „Friedensfest“ im städtischen „Haus der Jugend“ geplant. Es handelte sich um einen Informationsabend über das Problem der Kriegsdienstverweigerung und des „antimilitaristischen Kampfes“. Das Programm der Veranstaltung sah u. a. Theaterstücke von Tucholsky und Kästner sowie Filme mit pazifistischer Tendenz vor, z. B. den berühmten Anti-Atomkriegsfilm „War Game“, den die Londoner BBC gedreht hatte. Dieser Film wird übrigens auch aus den Beständen der staatlichen Landesfilmdienststellen ausgeliehen und von der evangelischen Filmgilde empfohlen.

Der Freisinger OB Dr. Schäfer (SPD) entsprach jedoch einer Bitte des Kreis- und Ortsverbandes der CSU und verbot das Fest. Als Grund gab der OB die „linksradikale Einstellung“ der Kriegsdienstverweigerer an. Die CSU hatte vor allem auf die Broschüre des Innenministeriums „Verfassungsschutz 1973“ hingewiesen, in der die DFG als „prokommunistische Organisation“ aufgeführt wurde. Die DFG/VK bewirkte daraufhin beim Bayerischen Verwaltungsgericht München eine einstweilige Verfügung, nach der das Fest wie vorgesehen stattfinden konnte. Nach Mitteilung der Freisinger Lokalpresse reagierte OB Dr. Schäfer auf diese Maßnahme „verärgert“.

Die einstweilige Verfügung der DFG/VK brachte eine Lawine ins Rollen, denn der Vorwurf prokommunistischer und linksradikaler Tätigkeit wurde nun auch auf das selbstverwaltete Freisinger Jugendzentrum (Jugendclub Freising e. V.) übertragen, das u. a. der DFG/VK Gruppenräume zur Verfügung stellte.

Lokalpresse und CSU unterstellten eine weitgehende Identität der als prokommunistisch bezeichneten DFG/VK mit dem Jugendclub e. V. und forderten die Streichung der Mittel und die Schließung des Jugendzentrums. Zur Ergänzung sei erwähnt, daß der 800 Mitglieder starke Verein sich seit Jahren (bis auf einen Heizkostenzuschuß der Stadt von DM 125,–) vergeblich um öffentliche Mittel bemüht hatte. Die Freisinger Lokalpresse freute sich, daß es dem Jugendclub nun „langsam an den Kragen“ ginge, zumal wenige Tage vorher eine empirische Untersuchung (mit Unterstützung des Münchner Instituts für empirische Pädagogik) veröffentlicht worden war, in der die bisherige Berichterstattung dem Jugendclub gegenüber als „diffamierend“ und „geeignet, das Bild des Jugendclubs in der Öffentlichkeit und bei Stadt- und Kreisräten negativ zu verzerren“ beurteilt wurde. Das Freisinger Tageblatt interpretierte die Untersuchung als Prozeß „wie er in totalitären Staaten üblich ist“ und fühlte sich „zum Tode verurteilt“.



frageZeichen

zeitschrift für hannover und ande

Sondernummer 2 - Kunst und Literatur

Aus dem Inhalt:Georges Moustaki - texte, portrait,interview + Joachim Schaab,Mali, Fritz Bollnow,Joh.P.Tammen,Matthias Behre, John H.Dieter - Gedichte,aphorismen + ein fernsehspiel wie es im fernsehen nicht gesendet wird + Cartoons von Uli Stein + interview mit dem karikaturisten Hans Firzlaff + Kulturspliter + Grafiken von Ulrike Berndt,Hans Firzlaff,Herbert Somplatzki u.v.a.
Probeexemplare gegen DM 2,- in Briefmarken (kleine Mengen) vom Schriftenversand Peter Moch,3 Hannover-Bothfeld,Kurze Kampstr.12c. oder für DM 1,48 im linken Buchhandel.

Anläßlich der neuen Auseinandersetzung engagierte sich die Freisinger Presse mit bisher fast 40 Artikeln und bezog darin eindeutig Stellung gegen den Jugendclub. Das zeigt sich u. a. darin, daß die ehrenamtlichen Mitarbeiter des Jugendclubs, darunter Psychologen, Sozialarbeiter und Lehrer, als „linksextreme Drahtzieher“, „Links-Fanaten“, „politische Profis“ und „Polit-Strategen“ diffamiert wurden, während über die konkrete Arbeit des Jugendclubs kein Wort verloren wurde.

ARBEITSKREIS „ZEITUNG“ IM JUGENDCLUB FREISING

Theaterspiel macht Spaß und Politik

Wir, die Theatergruppe MALOCHE aus Castrop-Rauxel, sind von der Zusammensetzung her Schüler, Lehrlinge und Ausgelernte. Wir wollen Theater spielen für Leute, um die man sonst kein Theater macht. Das heißt, wir spielen nicht die antike Schlacht des großen klassischen Königs, sondern den aktuellen Kampf des kleinen heutigen Arbeiters. Unser Ziel ist es so auch, nicht dem Publikum ein paar schöne Stunden zu bereiten, sondern Anstöße zu geben, sich mit der eigenen Situation auseinanderzusetzen. Unser Theater ist in jedem Fall politisches Theater! Wir stellen dar, was jeder unmittelbar erfährt und sagen unsere Meinung dazu.

Diese Meinung braucht natürlich nicht richtig zu sein, und deshalb ist das Wichtigste bei jeder Aufführung die anschließende Diskussion mit dem Publikum. Um Probleme zu lösen, mußt du sie anpacken, und Theaterspielen ist die ungezwungenste Form dazu.

Du hast Krach in der Schule, findest etwas beschissen, ein oder mehrere andere sind der gleichen Ansicht. Ihr überlegt euch, daß ihr die anderen ansprechen müßt. Nur wie? Diskussion? Wenn sie vorgeschrieben ist, kommt sie kaum zustande. Also spielt ihr das, was ihr erlebt habt, was ihr sagen wollt. Ihr lernt selbst daraus, außerdem macht es Spaß zu spielen, auch für die Zuschauer, und ihr kommt mit den Leuten, die ihr ansprechen wollt, ins Gespräch.

So kann praktisch alles dargestellt werden: Der Ausbilder ist ne Null, hat keine Ahnung und motzt dauernd 'rum. Die Alten haben dich rausgeschmissen. In der Siedlung sind die Mieten erhöht worden. Wir hätten gern ein freies Jugendzentrum. Das neue Berufsausbildungsgesetz ist Scheiße. Der § 218 muß weg . . .

Alles Probleme, die viele Leute angehen, nicht einen persönlich. Wie ist das mit dem Stück, das gespielt werden soll? Entweder ist bereits eine konkrete Vorlage oder gar ein fertiges Stück da, oder aber die ganze Gruppe setzt sich zusammen und schreibt eins. Soll ein Problem dargestellt werden, das man selbst nicht gut kennt, ist es natürlich ratsam, beim Schreiben und Einproben des Stücks Leute, die damit Erfahrung haben, zuzuziehen.

Ein solches Stück zu reinen Agitationszwecken braucht natürlich nicht so perfekt zu sitzen wie bei einem Profitheater. Im Gegenteil, wir haben die Erfahrung gemacht, daß ein bißchen Unfertigkeit und Improvisation beim Spiel sehr auflockernd wirkt und gut ankommt. Wir legen auch keinen großen Wert auf Aufmachung, große Kulisse und technische Feinheiten (bei auswärtigen Aufführungen müssen wir variabel sein), sondern eben auf die Aussage und die Möglichkeit, reale Probleme wiederzuerkennen. Also ein paar Tische, Stühle, Pappkartons oder Bierkästen, vielleicht eine Stellwand, genügen schon Auch Kostüme sind nicht unbedingt notwendig (z. B. ein Arbeitskittel reicht schon).

Gastarbeiter-Festival in Stuttgart

Das diesjährige internationale Fest für ausländische und deutsche Arbeitnehmer findet am Sonntag, 12. Oktober, von 15–19 Uhr auf dem Stuttgarter Marktplatz statt. Kulturgruppen und Einzelinterpreten aus sieben Nationen nehmen daran teil. Wer Kontakt zu ausländischen oder deutschen Gruppen hat, die an einer Teilnahme (auch im Programm) interessiert sind, schreibt! Dem Festival geht eine „multinationale Woche“ mit nationalen und internationalen Veranstaltungen voraus.
Kontaktadresse: Kulturkomitee für ausländischer Arbeitnehmer, 7 Stuttgart 1, Schlosserstraße 36; Programmkoordination: 0711 264345

Nun zu den Schwierigkeiten, die sich bei der Arbeit ergeben: das erste sind die schon angesprochenen Probleme, die sich daraus ergeben, daß es in der Gruppe sehr unterschiedliche politische Auffassungen gibt. Falls man nur zu einem bestimmten Problem Stellung nimmt, ist das nicht wichtig. Wird die Gruppe jedoch auf Dauer zu einer festen Einrichtung, so wird es sehr schwer, Kompromisse zu finden. Eventuell kann sich die Gruppe hier spalten. Als Beispiel: Wir sind uns in der Frage des § 218, zu dem wir ja jetzt ein Stück bringen, völlig einig. Weitergehend jedoch, in der Frage einer Gesellschaftsveränderung, kommt es zu den größten Streitigkeiten. Bewußtseinsbildung braucht halt Zeit.

Für unsere Arbeit war für uns die Kontaktaufnahme zum Westfälischen Landestheater wichtig, wo uns ein paar fortschrittliche Leute schauspielerisch und organisatorisch unterstützten. Ein Problem stellt der Zeit- und Arbeitsdruck dar. Wir probten von Anfang an zweimal in der Woche, und wenn man da immer die gleichen Gesichter sieht und nicht mal öfter Erfolgserlebnisse in Form von Auftritten oder Berichten über die Gruppe hat, werden die Mitspieler leicht lustlos und springen dann eventuell ab. Das Einreißen von Lustlosigkeit haben wir ganz gut dadurch abgefangen, daß wir momentan drei Stücke gleichzeitig spielen und Auftritte schon längere Zeit im voraus festsetzen. Das ist auch besser für Leute, die an unserem Theater interessiert sind, da sie aus einem Programm wählen können.

Wir versuchen, unserem Publikum etwas bewußt zu machen. Insofern ist unser Spiel, ist jedes Arbeitertheater Lernen, Lernen für alle Beteiligten, Lernen, die eigene Situation zu erkennen und die notwendigen Schritte daraus abzuleiten.

Wir würden uns freuen, wenn sich aufgrund dieses Artikels weitere Theatergruppen bildeten und diese vielleicht Kontakt mit uns aufnehmen würden. Vielleicht ist hier wirklich eine Alternative für die Freizeitgestaltung aufgezeigt, ein Weg für das Vorwärtskommen unserer gemeinsamen Sache auf jeden Fall. Vielleicht hilft uns dieser Artikel auch, weitere Auftritte zu

links

bekommen. Unser Programm ist:
1. Schöne heile Arbeitswelt (Jugendarbeitslosigkeit – warum?)
Für eine Reform des Berufsausbildungswesens/45 Min und Diskussion
2. Zyankali, Szenen zum § 218
30 Minuten und Diskussion
3. Knast-Story (ab Februar/März 1976)
Isolationshaft – Folter – „Resozialisierung" – skandalöse Justiz
1¾ Stunden und Diskussion wenn erwünscht

Kontaktadresse: R. Spiess, 462 Castrop-Rauxel, Bussardstraße 6

Lehrlingsrolle

Ein Medienpaket hat die Westberliner Elefanten-Press-Galerie herausgegeben: Thema ist die Jugendarbeitslosigkeit und der Lehrstellenmangel. Das Medienpaket besteht aus einer Plakatrolle mit 10 farbigen DIN-A-1-Postern der bekanntesten politisch engagierten Karikaturisten und Grafiker, so: Jürgen Holtfreter, Ernst Volland, Walter Kurrowski, Arno Ploog, Clodwig Poth, F. K. Waechter, Guido Zingerl u. a.

Dazu gibt es ein – begleitendes – Arbeitsbuch mit Zusatzmaterialien, u. a. praktischen Tips für die politisch-aufklärerische Arbeit, mit vielen Fotos und Karikaturen und schließlich die Lehrlings-Film-Rolle: ein ausgesuchtes Filmprogramm zur Situation der Lehrlinge in der BRD. Das Filmprogramm hat eine Dauer von rund 70 Minuten und enthält vorerst 2 Leihfilme: Ausbildung als Ausbeutung und den Streifen „Lehrlinge". Vorgesehen ist, dieses Filmprogramm ständig durch aktuelle Beiträge zu erweitern bzw. zu verändern. Die runde Sache wird noch runder durch ein Preisausschreiben, das durchaus in den Rahmen möglicher Veranstaltungen einzubeziehen ist: Beschreibungen und Erfahrungen bei der Lehrstellensuche, aus Beruf und Betrieb werden gesucht – als Texte, Bilder, Fotos, Filme, Tonbänder – was immer denkbar ist. Für die Gewinner: eine Woche Berlin, Langspielplatten und Bücherpakete.

Das Beispiel praktischer Zusammenarbeit ist sehr erfreulich: auf Initiative der Elefanten-Press-Galerie und ihrer Mitstreiter hat sich das (Berliner) Bali-Kino mit der Auswahl und dem Verleih der Lehrlings-Filme befaßt, das Lehrlingsrollenbuch haben Claus Garbe und Stephanie Odenwald zusammengestellt und geschrieben – verlegt wurde es vom Verlag für das Studium der Arbeiterbewegung.

Alle Materialien können auch einzeln bezogen werden – am einfachsten über die Elefanten-Press-Galerie, 1 Berlin 36, Dresdner Straße 10, Telefon 030-614 7704. Die Lehrlingsplakate allein kosten 9,– zzgl. 2,– DM Porto, das Lehrlingsrollenbuch 8,– DM, beides zusammen 16,– DM mit Porto.

Gesagt sein soll, daß sowohl private Nutzung nützlich ist als auch kollektiver Einsatz, für den das Paket letztlich entwickelt wurde. Mit den großformatigen Plakaten läßt sich ohne weitere Kosten eine Ausstellung arrangieren – auf der Straße, verbunden mit einem Info-

Stand, aber auch in Jugendhäusern und -zentren, DGB-Häusern, in politischen Buchhandlungen und wenns sein muß sogar an der Uni – vor allem aber bei Veranstaltungen zum Thema Arbeitslosigkeit. Leider liegt das VSA-Bändchen für eine ausführlichere Kritik nicht vor – jedoch läßt das Inhaltsverzeichnis auf gut verwendbares Material hoffen. Im übrigen sei auch auf das rororo-Bändchen „Jugendarbeitslosigkeit" – Materialien und Analysen zu einem neuen Problem, Hrsg. Sybille Laturner und Bernhard Schön, verwiesen.

PETER GROHMANN

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Straße 28 (Souterrain), Telefon 0611 / 83 25 93 ● Redaktion „links" z. Z. Andreas Buro (presserechtlich verantwortlich für diese Ausgabe), Dieter Esche, Egbert Jahn, Roland Roth, Eva Senghaas-Knobloch ● Vertrieb und Anzeigen: Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Straße 28 (Souterrain) Telefon 0611/832593. Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 1,50, Jahresabonnement DM 18,– zuzüglich DM 3,– Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH: Postscheck Frankfurt Nr. 61041-604; Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft, Zweigstelle Offenbach, Nr. 17412695 ● Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in „links" wird kein Honorar bezahlt. Redaktionsschluß ist jeweils der 5. vor dem Erscheinungsmonat ● Druck hbo-druck, Bensheim ● Beilagenhinweis: Einer Teilauflage liegen bei: Prospektkarte „links" + „express" Prospektkarte „Jetzt abonnieren!"; Drucksache „Neue Thesen des Sozialistischen Büros" mit anhängender Zahlkarte; Spendenaufruf „Arbeiter-Solidaritäts-Fonds" mit anhängender Zahlkarte; Bücher- & Paperliste des Sozialistischen Büros; Prospekt „Broschüren des SB – Sommer 1975"; Spendenaufruf „Solidarität mit Portugal" mit anhängender Zahlkarte; Prospekt der SOAK „Bücherzettel mit Neuerscheinungen Herbst 75"; „links"-portugal-extrablatt.

Bestellschein

(bitte gut leserlich schreiben)

An den Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591

Ich abonniere ab sofort „links" sozialistische Zeitung

Bezugspreis für das restliche Jahr 1975 und das volle Jahr 1976 insgesamt DM 25,– (einschl. Versandkosten)
Das Abonnement läuft weiter, wenn es nicht bis zum 30. November zum Jahresschluß gekündigt wird.

Vor- und Zuname: _____

Postleitzahl und Wohnort: _____

Straße: _____

Datum: _____ _____

Unterschrift